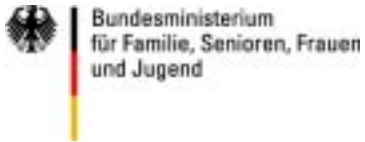


im Auftrag des:



## **Tragfähige Strukturen im Quartier?**

**Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung als Königsweg?**

Dokumentation zur Veranstaltung  
vom 25. Juni 2003 im Stadtteilkulturzentrum  
Motte Hamburg



Stiftung SPI

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
[www.eundc.de](http://www.eundc.de)

Ansprechpartnerin der Standorte Nord-West  
*Sabine Meyer*

### **Redaktion und Berichtstexte:**

Johann Daniel Lawaetz – Stiftung  
Neumühlen 16-20  
22763 Hamburg  
[www.lawaetz.de](http://www.lawaetz.de)

*Peer Gillner*  
*Wolfgang Kühn*

## **Inhalt:**

- 4 Peer Gillner  
**Begrüßung zur E&C-Fachkonferenz**
- 6 Dr. Heike Herrmann  
**Soziale Nachhaltigkeit im Quartier – zum  
Aufbau umfassender Informations- und  
Akteursnetzwerke**
- 15 Joachim Barloschky  
**Wo Quartiersentwicklung draufsteht  
muss auch Beteiligung drin sein – Ansätze  
und Erfahrungen aus Bremen-Tenever**
- 27 Hermann J. Schaaf  
**Lebensqualität vor Ort verbessern:  
So werden Bewohnerschaften zu hand-  
lungsfähigen Akteuren**
- 38 Krimhild Strenger / Rüdiger Kuehn  
**Vernetzung von Jugendhilfe und Quar-  
tiersentwicklung**
- 49 Thomas Joschonek  
**Sozialraumorientierung und Gemeinwe-  
senarbeit – Der Schlüssel für nachhaltige  
Wirkung im Stadtteil?**
- 56 **Feedback der Konferenzteilnehmer/innen**
- 58 **Tagungsprogramm**
- 59 **Teilnehmerinnen und Teilnehmer der  
E&C Fachkonferenz**

**Peer Gillner**  
**Johann Daniel Lawaetz-Stiftung Hamburg**

## **Begrüßung zur E&C- Fachkonferenz**

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe  
Kolleginnen und Kollegen,**

ich begrüße Sie ganz herzlich zur Fachkonferenz „Tragfähige Strukturen im Quartier Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung als Königsweg?“ im Rahmen des Programms E&C hier in der Motte in Hamburg.

Ich freue mich über die Teilnahme zahlreicher Hamburger/innen, aber ich freue mich auch ganz besonders über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den entfernteren Gebieten, die die weite Anreise zu früher Stunde auf sich genommen haben.

Das bundesweite Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) möchte einen Beitrag zu der Diskussion und Erprobung von Ansätzen leisten, die die Situation und die Zukunftschancen junger Menschen in benachteiligten Gebieten verbessern können. In diesem Zusammenhang werden integrierte und sozialräumlich orientierte Handlungskonzepte der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe gefordert, um gemeinsam mit Programmen und Maßnahmen der Stadtteilentwicklung einen effizienten und regional nachhaltigen Einsatz vorhandener Ressourcen zu ermöglichen.

Sie alle wissen vielleicht, dass diese Fachkonferenz bereits die 5. Konferenz ist, die die Lawaetz-Stiftung im Auftrag der Regiestelle E&C in den letzten 2,5 Jahren durchgeführt hat. Wir haben uns seit Beginn an zum Grundsatz gemacht, Veranstaltungen die an der Schnittstelle von Quartiersentwicklung und Jugendhilfe verortet sind, auch räumlich in stadtteilbezogenen Kulturzentren stattfinden zu lassen. Wir finden, der Dialog gehört hierhin, und nicht in professionelle Tagungshotels. Also haben wir diesmal die Motte ausgewählt und wir hoffen, dass der unkonventionelle Charme auch Ihren Geschmack trifft.

Die Motte in Hamburg Ottensen ist ein Zentrum für stadtteilbezogene Kultur- und Sozialarbeit, gegründet 1976 in den Räumen einer ehemaligen Schokoladenfabrik. Seit über 25 Jahren gibt es Veranstaltungs-, Kurs- und Werkstattangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. 13 festan-

gestellte, insgesamt ca. 20 hauptamtliche und ca. 120 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen gestalten und organisieren ihre Zusammenarbeit in einem Selbstverwaltungsmodell. Der offene Kinder- und Jugendtreff, der Veranstaltungs- und Werkstattbereich der MOTTE verfolgen den Ansatz, sozialpädagogische, kulturelle und künstlerische Angebote zu vernetzen und in engem Bezug zum Stadtteil umzusetzen. Soweit zu unserer Herberge.

### **Anlass der Konferenz**

Das Thema unserer heutigen Tagung hat zweierlei Anlässe. Einerseits ist der Begriff der Nachhaltigkeit eine Vokabel, die aus der europäischen, der nationalen und der regionalen Politik nicht mehr wegzudenken ist. Geht es doch darum, soziale (und wirtschaftliche) Strukturen zu entwickeln, die über den Tag hinaus und auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens bestand haben. Im Klartext geht es also um integrierte Handlungskonzepte, die nicht nur für Zielgruppen (Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier), sondern mit ihnen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Nachhaltigkeit bedeutet also Aktivieren, Beteiligen, Handlungskompetenz entwickeln und schließlich Verantwortung für eine aktive Gestaltung des sozialen Lebens an Betroffene selbst übertragen.

### **Nun zum zweiten Anlass unserer Konferenz**

Sowohl in den Stadtstaaten als auch in den Flächenländern bestehen bereits einige erprobte Kooperations- und Netzwerkbeziehungen zwischen Jugendhilfe und sozialer Stadtentwicklung. In der Praxis zeigen sich diese Beziehungen in konkreten Austausch- und Maßnahmeprozessen zwischen Quartiersentwicklung und Jugendhilfeträgern. Hierbei stoßen aber in der Regel zwei Systeme aufeinander: das dauerhaft und individuell angelegte Angebot der kommunalen Jugendhilfe und die grundsätzlich zeitlich begrenzten und regional fokussierten Maßnahmen der Quartiersentwicklung.

Immer häufiger stellt sich hierbei die Frage nach der Nachhaltigkeit der geschaffenen Systeme und Netzwerke. „Was passiert, wenn der Quartiersentwicklungsauftrag ausläuft und wie können wir geschaffene Strukturen dauerhaft und tragfähig anlegen?“, diese und ähnliche Fragen sind zunehmend Gegenstand der Diskussion zwi-

schen den Praktiker/innen und den programmverantwortlichen Akteuren. Anerkannte Instrumente der Schaffung nachhaltiger Strukturen sind – zumal in der fachtheoretischen Diskussion – vor allem Aktivierung von Akteuren und Institutionen im Stadtteil, die Beteiligung von Jugendlichen und Bewohner/innen in Quartieren und Schaffung/ Aufrechterhaltung tragfähiger Netzwerke und Kooperationen. Einige Quartiere sind nun in einer Phase angelangt, in der sich die ‚Nachhaltigkeit des Geschaffenen‘ beweisen muss, andere zeigen großes Interesse, bereits in der Planungs- und Umsetzungsphase ihrer Maßnahmen die Frage nach dem ‚Danach‘ zu thematisieren.

Die drei Handlungsebenen Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung möchten wir im Rahmen der Konferenz anhand von Praxisprojekten in unterschiedlichen Bundesländern (Bremen, Hamburg und NRW) vorstellen und – vor allem im Hinblick auf ihrem Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Strukturen – mit Ihnen diskutieren.

### **Zur Organisation**

Wie Sie dem Tagungsprogramm entnehmen können, werden wir am Vormittag hier im großen Raum der Motte – neben einem aktuellen Bericht zur Umsetzung des Programms E&C - gemeinsam einen Input über Handlungsansätze zur Schaffung nachhaltiger Strukturen in der Quartiersentwicklung von Frau Dr. Heike Herrmann hören.

Im Anschluss daran werden wir gleich die Workshops eröffnen und vor der Mittagspause von den Kollegen Krimhild Strenger/ Rüdiger Kuehn, Herrmann Schaaf, Joachim Barloschky einen ersten Eindruck aus der Praxis bekommen. Nach der Mittagspause werden wir dann ausreichend Gelegenheit haben, uns über die Ansätze auszutauschen.

Den Nachmittag wird dann Thomas Jochonek abschließen, der aus sehr praktischer Erfahrung aus Niedersächsischen Projektzusammenhängen über die Frage: Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit – der Schlüssel für nachhaltige Wirkung im Stadtteil? referieren wird. Auch hier hoffen wir auf eine aktive Diskussion.

Soweit von meiner Seite. Leider konnte Herr Riez aus dringenden terminlichen Gründen nicht kommen, ich bitte daher Herrn Brocke an das Mikrofon, um uns den Stand der aktuellen Entwicklungen im E&C-Programm zu berichten.

Vielen Dank

## Soziale Nachhaltigkeit im Quartier – zum Aufbau umfassender Informations- und Akteursnetzwerke

### Einleitung

Handlungsansätze und Ziele der Sozialen Stadtentwicklung – oder genauer: der Sozialen Stadtteilentwicklung stammen im Wesentlichen aus zwei Bereichen:

- Zum einen aus der städtebaulichen Stadterneuerung (die sich von der klassischen Sanierung mehr und mehr zu einer Stadterneuerung mit ausgeprägten „sozialen“ Elementen entwickelt hat) und
- zum anderen aus der stadtteilbezogenen Sozialarbeit (die sich mit dem „Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“, so Tilo Klöck, auf den „Sozialraum Quartier“ bezieht).

Im Bereich der *Stadtentwicklung* wurden mit Programmen der Sozialen Stadt (zuletzt auch Länder übergreifend über das Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“) bestimmte Gebiete zum Gegenstand von Analyse, Zielsetzungen und Handlungsstrategien. Gebiete, die auch gleichzeitig Bezugsräume des E & C – Programms sind. In diesen Gebieten sind es die „sozial benachteiligten“ Bewohner/innen, die als eine besondere Zielgruppe der Programme gelten. Aufgrund des städtebaulichen Ursprungs dieses Programmfeldes wird die Unterstützung der sozial Benachteiligten in den meisten Fällen durch die Baubehörden der jeweiligen Städte, in Hamburg heute durch die „Behörde für Bau und Verkehr“ gesteuert.

Von der Orientierung am „Sozialraum“ sind dagegen primär die Jugendämter, Allgemeine Soziale Dienste und andere betroffen, die sich im weitesten Sinne mit dem „Sozialen“ befassen. In diesem Arbeitsfeld gewann die Orientierung am Sozialraum am Ende der 90er Jahre in der Diskussion und in der Praxis von Jugendhilfeplanung bzw. der Neuorganisation Sozialer Dienste mehr

und mehr an Bedeutung. Ausdruck und Anstoß der Diskussion war u.a. das Kinder- und Jugendhilfegesetz, welches an verschiedenen Stellen Aufträge für eine sozialräumlich ausgerichtete Analyse, Planung und Organisation von Leistungsangeboten formuliert. Auch verweist es über den Begriff der „Lebensweltorientierung“ auf die räumliche Komponente.

Die Umsetzung der Neuorientierung in der Praxis Sozialer Arbeit befindet sich in den Ländern und Gemeinden in unterschiedlichen Stadien. In einigen Teilräumen wurde mit dem „Sozialraumbudget“ eine Ressourcensteuerung eingeführt, bei der öffentliche und freie Träger gemeinsam das – für den Hilfebereich in einem Sozialraum veranschlagte – Budget bewirtschaften sollen. Grundsätzlich blieb Sozialarbeit und insbesondere die Jugendhilfe in der Ressourcenverteilung bis heute jedoch Klientel und nicht – wie die Stadtentwicklungsplanung – Raum orientiert. Dies liegt u.a. daran, dass umfassende und in der Praxis erprobte Konzepte der Sozialraumorientierung für die Soziale Arbeit bisher fehlen.

Erklärtes *gemeinsames* Ziel der Stadtteilentwicklung und der Sozialen Arbeit im Quartier ist es, Rahmenbedingungen für die Selbstorganisation von Bewohnern/innen der Gebiete zu schaffen, um so Grundlagen für eine spätere, eigenständige Entwicklung im Sinne der Bewohner/innen zu legen. Quartiersmanagement/Stadterneuerung und Soziale Arbeit treffen dennoch mit unterschiedlichen professionellen Perspektiven in der Lebenswelt der Bewohner/innen, vor Ort aufeinander. Obwohl das Zusammentreffen der Professionen in der Praxis faktisch immer noch eher einer Kollision von Konkurrenten als einem Miteinander gleicht, fragen wir heute bereits nach der Nachhaltigkeit der Raum-bezogenen Zusammenarbeit.

Ich möchte Ihnen in meinem Beitrag zeigen,

- dass es in Hinblick auf eine nachhaltige Quartiersentwicklung nicht nur um eine Aktivierung und Beteiligung von Bewohnern/innen oder um den Aufbau und Entwicklung von Netzwerkstrukturen unter ihnen geht, sondern um eine Aktivierung und Beteiligung weiterer, an der Quartiersentwicklung direkt oder indirekt beteiligter Akteure,
- dass dies in Zeiten der starken funktionalen Trennung verschiedener Bereiche (wie des ökonomischen und des sozialen Sektors sowie einzelner Fachresorts innerhalb der Verwaltungen) auch

bedeutet, dass mit der Entwicklung von Quartieren betraute Professionen weit über den Tellerrand schauen und viel Verknüpfungsarbeit leisten müssen,

- dass dieses nur geschehen wird, wenn vor und vor allem *parallel zum Handeln* vor Ort eine umfassende Analyse der (sich verändernden) Rahmenbedingungen der anzustoßenden Prozesse durchgeführt und den Beteiligten in den Konsequenzen vermittelt wird
- und dass Jugendhilfe und Quartiersentwicklung diesbezüglich einen wichtigen Beitrag leisten können.

Grundlage meiner Überlegungen ist dabei ein Verständnis von „Quartiersmanagement“, das in seinem Vorgehen quartiers- bzw. raumbezogen, prozesshaft und bewohnerorientiert ist. Das Quartiersmanagement soll kleinräumige Rahmenbedingungen für sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklungsprozesse schaffen. Es ist somit ein *strukturschaffendes Instrument* (so auch Monika Alich), keine Betreuungsinstanz – und auch nicht der verlängerte Arm der Verwaltung. Es sind Potentiale für „passgenaue“ Projekte zu entdecken und diejenigen, die vor Ort etwas bewegen können, dabei zu unterstützen, diese Projekte zu realisieren. Das heißt: Es geht auch um eine Mobilisierung der Lern- und Handlungsfähigkeit von Individuen, Familien und sozialer Milieus. Ziele der Mobilisierung sind außerdem

- die Aktivierung zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Potentiale und
- das Vermitteln zivilgesellschaftlicher Potentiale in regelhafte und neu zu entdeckende Formen der Unterstützung.

Die neuen Formen der Unterstützung können dabei sehr vielfältig sein. Es können Verknüpfungen zur Ökonomie über „public-private-partnership“ hergestellt werden, indem lokales Gewerbe, Wohnungsgesellschaften, Verbände und (auf einer übergeordneten Ebene der Unterstützung) Handwerkskammern und Arbeitsämter in die Arbeit eingebunden werden.<sup>1</sup> Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind zu neuen Formen der „passenden“, im Sinne von „zu den Gegebenheiten im Quartier passenden“

<sup>1</sup> Siehe hierzu den auf der Tagung verteilten Bericht der Projektgruppe Tenever: Stadtteilentwicklung, Quartiersmanagement, Netzwerke und Bewohner/innenbeteiligung in sozialen Brennpunkten. Erfahrungsbericht aus Bremen-Tenver. Kurzfassung des Referates von Joachim Barloschky. (siehe nachfolgender Beitrag in dieser Dokumentation)

Förderung aufzufordern bzw. ihnen sind die entsprechenden personellen und finanziellen Mittel bereit zu stellen.<sup>2</sup> Aber auch auf die tatkräftige Unterstützung lokaler Politik und Personen administrativer Strukturen ist nicht zu verzichten. Sie sind zur Beteiligung an Netzwerken und von diesen auf den Weg gebrachten Projekten aufzurufen (als Beispiel sei wiederum die „Stadtteilgruppe Tenever“ genannt; es ließen sich viele andere finden).

Trotzdem: Mit staatlicher finanzieller Unterstützung ist in Zeiten des Sparzwangs (bzw. der Sparpolitik) immer weniger zu rechnen. Anlass genug sich vom alten Ektismus zu befreien und sich Gedanken um den Aufbau von *breiteren Unterstützungsstrukturen* zu machen.

Erste Voraussetzung für die so beschriebene Aufgabe des Quartiersmanagements und für die Entwicklung tragfähiger Strukturen ist eine Analyse und das gegenseitige Vermitteln des Vorhandenen.

## **Analyse und Vermittlung des Vorhandenen in Netzwerken**

Wie sammeln wir strukturiert Wissen über das, was da ist? Wir brauchen bei der Beantwortung dieser Frage nicht bei Null anzufangen, sondern es gibt bereits – in „Quartiersentwicklungskonzepten“ oder „Sozialraumanalysen“ (etwa von Riege und Schubert)<sup>3</sup> – bestehende Konzepte, wie dies zu tun ist. Mein folgender Vorschlag wird sich jedoch in drei Punkten von der bestehenden Praxis unterscheiden:

### **Der Weg führt von der Defizit-Analyse zur Defizit-Ressourcen-Analyse.**

Es hat sich für die Arbeit vor Ort als wenig produktiv erwiesen, in Form von alleinigen Beschreibungen der Defizite und Probleme, einen Stadtteil und mit ihm die Menschen „schlecht zu reden“ – auch wenn aufgrund der bestehenden Förderstrukturen ein gewisser Zwang zur defizitären Sichtweise notwendig erscheint, um finanzielle Mittel für die Betroffenen und damit auch für die eigene Arbeit ein zu werben.

<sup>2</sup> Ein Beispiel für eine Sprachförderung in Kooperation mit dem Unternehmen Microsoft Deutschland lässt sich im Internet finden. Siehe z.B. die von Microsoft Deutschland unterstützte Sprachförderung in Kindergärten, -tagesstätten usw.: [www.schlaumaeuse.de](http://www.schlaumaeuse.de); im übrigen auch ein Kooperationsprojekt von E&C

<sup>3</sup> Riege, Marlo & Schubert, Herbert (Hrsg.) (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich.

## Die Analyse sollte fortwährend geschehen.

Ich verstehe unter einer Analyse der Situation nicht die alleinige Analyse eines Ist-Zustandes, sondern eine fortwährende Analyse von Prozessen. Es werden Prozesse in unterschiedlichen Stadien beschrieben und auch die Analyse selbst durchläuft unterschiedliche Phasen, deren Vorgehensweisen und Ergebnisse etwa in ihrer räumlichen und sozialen Differenziertheit verschieden sind.

## Die Analyse sammelt quantitatives und qualitatives Wissen.

Je nach Phase der Analyse selbst, aber auch Stadium der laufenden und angestoßenen Prozesse ist das Ergebnis der Analyseschritte eher statistisch-quantitativer Natur oder qualitativ-differenzierender Natur. Wird z.B. in den ersten Phasen der Analyse quantitatives Wissen über die Sozialstruktur der Gebiete gesammelt, so ist in einer weiteren Phase differenzierter (etwa nach der lokalen Situation der allein erziehenden Mütter) zu fragen.

Der Bezugspunkt „Sozialraum“, d.h. die Grenzen des in das Blickfeld rückenden Gebiets, ist dabei erst das Ergebnis der qualitativ-differenzierenden Analyseschritte; Sozialräume entsprechen nicht automatisch statistischen Gebieten.<sup>4</sup>

## Elemente der Defizit-Ressourcen-Analyse

### 1. Bevölkerungs- und Sozialstrukturelle Entwicklung und ihr Wirkung auf den (Sozial-) Raum

Die Analyse der Altersstruktur, der in einem Gebiet vorhandenen Nationalitäten und anderer Strukturmerkmale ist im Rahmen der Sozialberichterstattung und auch der Quartiersentwicklungskonzepte zur Regel geworden. Es werden Daten meist zu administrativ oder statistisch abgegrenzten Gebieten gesammelt. Sie umfassen größere o-

<sup>4</sup> Die Fachwelt ist sich hierüber einig. Doch wird die Eingrenzung eines Gebiets aufgrund quantitativer und qualitativer Ergebnisse einer Analyse als wenig praktikabel angesehen, da bereits die finanzielle Unterstützung der Analyse im administrativen Rahmen von Gebietsgrenzen und Fachinhalten geschieht. Das Problem der Ungleichheit von Sozial- und administrativen Räumen wird jedoch nur verschoben. Es taucht wieder auf, wenn Projekte sich nur in Kooperation mit „Grenz-überschreitenden“ Institutionen als sinnvoll erweisen.

der kleinere Teilbereiche eines Förder-Gebiets. In Hamburg stehen uns Daten zu den „Statistischen Gebiete“ zur Verfügung, die als relativ kleinräumige Datengrundlage recht rasch eine erste Einschätzung der Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen über den Raum ermöglichen.<sup>5</sup>

Bedeutsam in Hinblick auf die vorhandenen Ressourcen und damit einer Aktivierung/Beteiligung der Bewohner sowie für den Aufbau nachhaltiger Strukturen sind die bei der Analyse deutlich werdenden Schwerpunkte im Gebiet:

- Wo wohnen besonders viele Jugendliche, wo viele ältere Menschen?
- Wo liegen Schwerpunkte von Zuwanderern und um welche Gruppen handelt es sich?
- ...

Wichtig ist es auch, Entwicklungen aufzuzeigen:

Hier hat sich ein Schwerpunkt von Zugezogenen aus Mittel- und Osteuropa entwickelt, dort wird ein weiterer aufgrund der Belegung von Wohnungen entstehen. Damit sind auch Daten vergangener Jahre einzusehen.

Direkt anknüpfend an die Analyse der Bevölkerungsstruktur und –entwicklung ist eine Darstellung der *Wohnverhältnisse* zu leisten: Wo liegen Schwerpunkte des Sozialen Wohnungsbaus, wo laufen Wohnungen aus der Bindung aus, wie sind die Eigentümerstrukturen im Gebiet? Gibt es Teilgebiete mit einer auffällig hohen Bevölkerungsdichte, andere mit einer auffällig niedrigen? Droht an bestimmten Orten gar Obdachlosigkeit – oder sind die Bewohner/innen an anderen Orten besonders zufrieden mit der Wohnsituation? – Die Analyse der Wohnsituation dient auch der Frage, wer als Eigentümer für Raumentwicklung in Frage kommt, das heißt: Wer in zukünftige Netzwerke zu integrieren ist.

### Zur Vorgehensweise

Bisher werden häufig statistische Analysen vom Quartiersmanagement für die Quartiersentwicklungskonzepte, vom Jugendamt für die Sozialraumanalyse und von Evaluatoren in ihren Berichten gesammelt und dupliziert. Hier geht viel, ich vermutete effizienter einzusetzende Arbeitskraft verlo-

<sup>5</sup> Siehe Statistisches Landesamt Hamburg (2002): Indikatoren zur Sozialstruktur für die Statistischen Gebiete Hamburgs 2000. Acht thematische Karten. Hamburg.regional Bd. 16. Hamburg.



ren. Es bleibt keine Zeit, die von den Akteuren vor Ort ohnehin während ihrer Arbeit, in zahlreichen Gesprächen, aber auch selbst gemachten Beobachtungen zu sammeln und zu kommunizieren. So weiß die Sozialarbeit vor Ort um die Wohnorte der Jugendlichen, ihre Treffpunkte, ihre Wünsche und ihre Ressourcen, die sie einsetzen könnten, um diese zu verwirklichen. Ämter, wie das Jugendamt, wissen welche Hilfsangebote bereits wie gelaufen sind und welche politischen Schwerpunkte der Förderung zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Diskussion stehen. Wie auch andere gesamtstädtische Behörden sind sie dazu in der Lage, das Geschehen in *einem* Sozialraum (in Bezug auf bestimmte Themenbereiche) in einen gesamtstädtischen Zusammenhang zu stellen.

Das „qualitative“ Wissen um Rahmenbedingungen der Entwicklungen, sowohl in Bezug auf die Gesamtstadt als auch in Bezug auf die Ereignisse vor Ort, ist neben dem „quantitativen“ Wissen aus den Statistiken eine notwendige Grundlage nachhaltiger Quartiersentwicklung. Nur auf der Grundlage einer die Rahmenbedingungen und die überörtlichen, zielgruppenspezifischen Ressourcen einbeziehenden Analyse lassen sich tragfähige Konzepte entwickeln. Das Einbeziehen der oben genannten Akteure (Wohnungseigentümer, Ämter und Behörden usw.) sollte entsprechend bereits zu Beginn der Arbeit des Quartiersmanagements geschehen.

Damit ergibt sich ein weiterer Schritt in der Vorgehensweise: Es ist die Auswertung und Aufbereitung des gesammelten Wissens für andere beteiligte Akteure. In Bezug auf Sozialstrukturdaten ist dies etwa im „Sozialatlas Hamburg“ geschehen. Schwieriger als die Vermittlung statistischer Daten ist jedoch die Aufarbeitung des „qualitativen Wissens“. Dies umso mehr, als es für unterschiedliche Akteursgruppen (Bewohner/innen, Politik, Administration, Gewerbe, Unternehmen) in unterschiedlicher Art und Weise geschehen muss.

Doch die Arbeit lohnt sich: So ist das Auftreten von Generationenkonflikten unter Bewohner/innen eines Blocks von allen Beteiligten leichter zu verstehen, wenn Karten deutlich zeigen, wo und mit welchen Bedürfnissen junge und alte Menschen aufeinander treffen. Dass Generationenkonflikte in bestimmten Strukturen häufiger auftreten als in anderen, hat auch mit dem zweiten Element der Analyse zu tun: den baulich-räumlichen Strukturen. Die hohe Lärmentwicklung in einem Hof ergibt sich nicht nur aus einer hohen Zahl von Kindern aus den

umliegenden Häusern, sondern ist auch Folge der Übertragung des Schalls in den „Häuserschluchten“ oder der Flächennutzung als Spiel(platz)fläche.

## **2. Baulich-räumliche Strukturen, Flächennutzung, Umweltsituation**

Die Analyse der im Gebiet vorhandenen Räume ist eine weitere Grundlage, um anknüpfend an das Vorhandene neue Möglichkeiten der Nutzung zu entwickeln. Wo sind Grünflächen vorhanden und wie werden sie genutzt? Gibt es Flächen- oder Gebäuderessourcen? Wo bestehen Umnutzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten? Ist es in einer Großwohnsiedlung etwa möglich, Wohnraum zu Gemeinschaftsräumen umzunutzen? Lässt sich durch die Unterstützung eines Cafés Straßenraum beleben, ein zusätzlicher, öffentlicher Ort der Kommunikation schaffen?

Über die Beschreibung des Bestehenden hinaus bedarf es zudem einer Rekonstruktion von Nutzungstraditionen herausragender Orte im Quartier. Welche Geschichten ranken sich um welche Orte? Sind sie in den Köpfen der Bewohner/innen und anderer Nutzer/innen präsent? – So wird der traditionell von einer bestimmten Jugend-Gruppe genutzte Raum nur unter sehr Bedingungen von einer anderen Gruppe genutzt werden können.

### **Zur Vorgehensweise**

Flächennutzungspläne sind einzusehen, Eigentümerverhältnisse zu klären. An einzelnen, sich als markant herauskristallisierenden Orten sind Raumbesichtigungen durchzuführen, die durch Gespräche mit den Raumnutzer/innen zu ergänzen sind. So sind etwa auf den häufig im Rahmen der Quartiersentwicklung bereits statt findenden Einwohnerversammlungen auch Fragen nach den Geschichten von Orten im Quartier zu stellen.

Die Präsentation und Vermittlung der Sichtweisen von Bewohnern/innen auf ihr Quartier kann etwa in Form von kommentierten Fotodokumentationen und Ausstellungen geschehen. Äußerst interessant wäre sicher auch eine Gegenüberstellung verschiedener Sichtweisen auf einen Ort (z.B. eine Grünfläche): Für die einen ist sie „Brachland“, für die anderen Spielplatz oder Liegewiese usw.

Die genannten Formen der Vermittlung unterschiedlicher Sichtweisen auf den Raum sind ebenso wie die Raumbesichtigungen

und Befragungen bereits „Projekte“, die zur Quartiersentwicklung und zur Netzwerkbildung beitragen. In der Vorgehensweise zeigt sich, wie die von mir als fortwährend angelegte Analyse in die Projekt- und damit Handlungsphase der Quartiersentwicklung übergeht.

### **3. Ökonomischen Entwicklungen und ihre lokalen Auswirkungen**

Neben der Feststellung von Sozialhilfedichte und den Daten zur Arbeitslosigkeit geht es in diesem Bereich vor allem um eine Analyse des lokalen Arbeitsmarktes, das heißt um eine Übersicht über das im Sozialraum (und im Nahbereich des Sozialraumes) vorhandene Arbeitsangebot und der Arbeitskräftenachfrage.

Analysen des Hamburger Arbeitsmarktes haben gezeigt, dass das Arbeitskräfteangebot auf dem Hamburger Arbeitsmarkt zwischen den Jahren 1980 und 1997 zum einen weiblicher und zum anderen multiethnischer geworden ist.<sup>6</sup> Neustrukturierungen innerhalb der Arbeitskräftenachfrage haben zusätzlich dazu geführt, dass einige Gruppen mehr als andere als die Verlierer von Neustrukturierungen der lokalen Ökonomie zu bezeichnen sind. Eine negative Beschäftigungsentwicklung weisen vor allem die Bereiche auf, die von wenig oder ungelerten Kräften ausgeübt werden können: z.B. Industrielles Fertigen und Verarbeiten, oder Handwerkliches Verarbeiten und Bauen. Vor dem Hintergrund dieses Wissens über allgemeine Rahmenbedingungen ist z.B. in Hamburg zu fragen:

Welche Betriebe liegen im unmittelbaren Umfeld, wie sind sie erreichbar, bilden sie aus und wenn ja, in welchen Bereichen? Wer sucht mit welcher Qualifikation einen Arbeitsplatz? Welche Unterstützungsangebote im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich bestehen bereits und wie werden sie angenommen?

#### **Zur Vorgehensweise**

Hilfestellung in der Analyse können das Arbeitsamt sowie die Handels- und Handwerkskammern leisten. Im Rahmen der Sozialen Arbeit sind in der Regel Beschäftigungsträger und bereits in diesem Bereich tätige Institutionen und Organisationen bekannt. Auch besteht hier ein Wissen dar-

über, welche Zielgruppen die bestehenden Angebote erfolgreich nutzen können und welche nicht – und auch darüber, warum dieses und jenes nicht erfolgreich ist. Mehr als bei jedem anderen Element der Analyse ist hier eine Verknüpfung des vorhandenen lokalen Wissens mit den Kompetenzen/Ressourcen der innerhalb der gesamtstädtischen Ökonomie tätigen Akteure unerlässlich.

Auch sind die Schulen, noch umfangreicher als bisher geschehen, in die Verbesserung der Lebensqualität über den Faktor „Bildung“ einzubeziehen. In Form von „Nachbarschaftsschulen“, des von Eltern getragenen Mittagstisches für die Schulkinder u.v.a. sind diesbezügliche, sehr positive Ansätze bereits vorhanden. Die Förderstrukturen behandeln z.B. Kinder anderer Nationalität jedoch nach wie vor eher als „Problem“, als Grundlage einer multikulturellen städtischen Gesellschaft.

### **4. Soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Infrastruktur**

Schließlich ist eine Analyse der Quantität und Qualität der vorhandenen sozialen Infrastruktur durchzuführen. Auch in diesem Punkt muss mehr als bisher auf bereits Bestehendes zurückgegriffen werden, ist der Informationsfluss zwischen den hiermit befassten Behörden und Ämtern zu verbessern. Darüber hinaus geht es innerhalb einer kleinräumigen Betrachtung wiederum um die Beantwortung von Fragen wie: Welche Konzepte werden in welchen Teilen des Gebiets verfolgt und von wem? Gab es in der Vergangenheit und gibt es bereits bestehende Kooperations- und Unterstützungsnetzwerke unter den Institutionen? – Der sich am heutigen Tag noch vorstellende „Kooperationsverbund Schanzenviertel“ ist ein Beispiel für eine umfassende Kooperation von mit Familienförderung befassten Institutionen in einem Gebiet.

Neben den Daten zur sozialen Infrastruktur gehört zu diesem Element der Analyse auch die Sammlung von Wissen über die kulturellen, den Sport betreffenden u.a. Angebote im Quartier. Welche Vereine oder andere Gruppen sind in dem Gebiet bisher tätig? Gibt es kurzzeitige Aktivitäten, „Events“, die regelmäßig durchgeführt werden?

Und schließlich ist die gesundheitliche Versorgung und Vorsorge zu untersuchen: Wie hoch ist die Arztdichte und sind die Be-

<sup>6</sup> Läßle, Dieter & Kempf, Birgit (1999): Die Entwicklung der Beschäftigung in der Freien und Hansestadt Hamburg. Unveröffentlichter Zwischenbericht eines Forschungsprojekts. Hamburg.

wohner/innen mit der Ärzteversorgung zufrieden?<sup>7</sup>

### Zur Vorgehensweise

Auch in diesem Punkt geht es in den meisten Fällen darum, das bereits vorhandene, im Zuge von Sozialraumanalysen gesammelte Wissen um „qualitative Komponenten“ zu ergänzen: Wie werden vorhandene Angebote wahrgenommen? Welche Schwierigkeiten gibt es in der Ansprache bestimmter Zielgruppen? Kann in letzterem Punkt vielleicht ein Erfahrungsaustausch organisiert werden?

Spätestens bei den im Zusammenhang mit dem dritten und vierten Element der Analyse genannten Akteuren wird deutlich, dass es sich nicht um den Aufbau eines Netzwerks unter allen an der Quartiersentwicklung zu Beteiligten handeln kann. Vielmehr muss auch unter den Akteuren und mit Hilfe des Quartiersmanagements entschieden werden, wessen Beteiligung in welchen Informations-, Kooperations- und Handlungsverbund sinnvoll ist. Verbunden werden sollten die Netzwerke über Akteure, die in mehreren Netzwerken tätig sind. Indirekt ist dies in der Praxis auch heute schon der Fall. Gerade die mangelnde Verknüpfung zu bestimmten Netzwerken führt jedoch trotzdem dazu, dass Personen bestimmter Gebiete benachteiligt sind! Hier sind neue Verknüpfungen herzustellen.

### Der Raumbezug

Von der Motivation der Akteure für eine gemeinsame, von bisherigen Entwicklungen abweichende Quartiersentwicklung hängt es letztlich ab, ob Vorhaben umgesetzt werden können. Der Raum, als sozialer und physischer Raum, ist jeweiliger Knotenpunkt der Beteiligung an Problem- und Ressourcendefinitionen, an der Kommunikation von Handlungsrahmen und möglicher Handlungskorridore für zukünftige Entwicklungen.

Über den *Ortsbezug* ergeben sich auch die Notwendigkeiten der Zusammenarbeit z.B. zwischen den Sozialarbeiter/innen und der Wohnungsgesellschaft. Dabei ergeben sich die räumlichen und sozialen Schwer-

punkte der Analyse und der späteren Arbeit – die ausführliche Erhebung von Wissen ist nicht überall in gleichem Maße und flächendeckend zu jedem Zeitpunkt sinnvoll – aus den zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Relevanzen der vor Ort tätigen Akteure.

Alle genannten Elemente des Analyse-schemas sind miteinander verwoben, einzelne Themenfelder und Arbeitsbereiche überlappen sich. Eine zweite Phase in der Analyse – meist zeitgleich mit der ersten Phase verlaufend – ist die *Suche nach Verknüpfungsmöglichkeiten* zwischen dem Vorhandenen: Welche Räume in Grünflächen, am Rande von Spielplätzen usw. lassen sich so umgestalten, dass sie zum Kommunikationsort einer bestimmten Zielgruppe (etwa von Müttern) werden könnten? Wo könnten Räume zur Verfügung gestellt werden, um hier etwa einen „Umsonst-Laden“<sup>8</sup> einzurichten? – Der Fantasie ist (zunächst) in Hinblick auf die Vielfältigkeit der Nutzung/Umnutzung und Entwicklung des Vorhandenen keine Grenze gesetzt. Die Einschätzung der Hindernisse (z.B.: Hier ist keine gewerbliche Nutzung möglich...) und mögliche Wege ihrer Beseitigung sind ein weiterer Schritt im Zuge der Quartiersentwicklung.

Im Sinne von räumlichem und sozialem (ich nenne dies: lokalem) Kapital werden die ermittelten Potentiale und Ressourcen einsetzbar, wenn a) die Suche nach Potentialen bereits im Analyseprozess einen entsprechend großen Raum einnimmt und b) die im Analyseprozess bereits entdeckten oder aufzubauenden Netzwerke die Potentiale aufnehmen und weiter entwickeln. Die Entwicklung und der Ausbau der Potentiale können wiederum nur im Zuge des „*Geben und Nehmen*“ geschehen. Von Beginn an müssen etwa Vorteile und Erträge einer Kooperation bisher nicht kooperierender Akteure verdeutlicht werden. So wie Wohnungsgesellschaften Aktionen für die Bewohner/innen auch deshalb unterstützten, weil sie über eine Stärkung der Hausgemeinschaft finanziell profitieren (etwa durch verringerte Gebäudeschäden), so sind andere, gegenseitige „Profitstrukturen“ noch zu entdecken.

### Ziel der Analyse ist der Aufbau von Informations- und Aktionsnetzwerken

<sup>7</sup> Mir wurde etwa kürzlich berichtet, dass die mangelnde Organisation der Kinderärzte in einem Quartier dazu führt, dass berufstätige Mütter Ärzte in benachbarten Stadtteilen aufsuchen müssen. So werden Frauen aus einem benachteiligten Gebiet noch einmal benachteiligt, denn auch sie können es sich nicht „leisten“, mehr als zwei Stunden im Wartezimmer eines Arztes zu sitzen.

<sup>8</sup> Siehe: Kunath, H. (2001): Bildet weitere Umsonstläden. In: *Contraste*. Monatszeitung für Selbstorganisation. 18 Jg., Nr. 207, S.1.

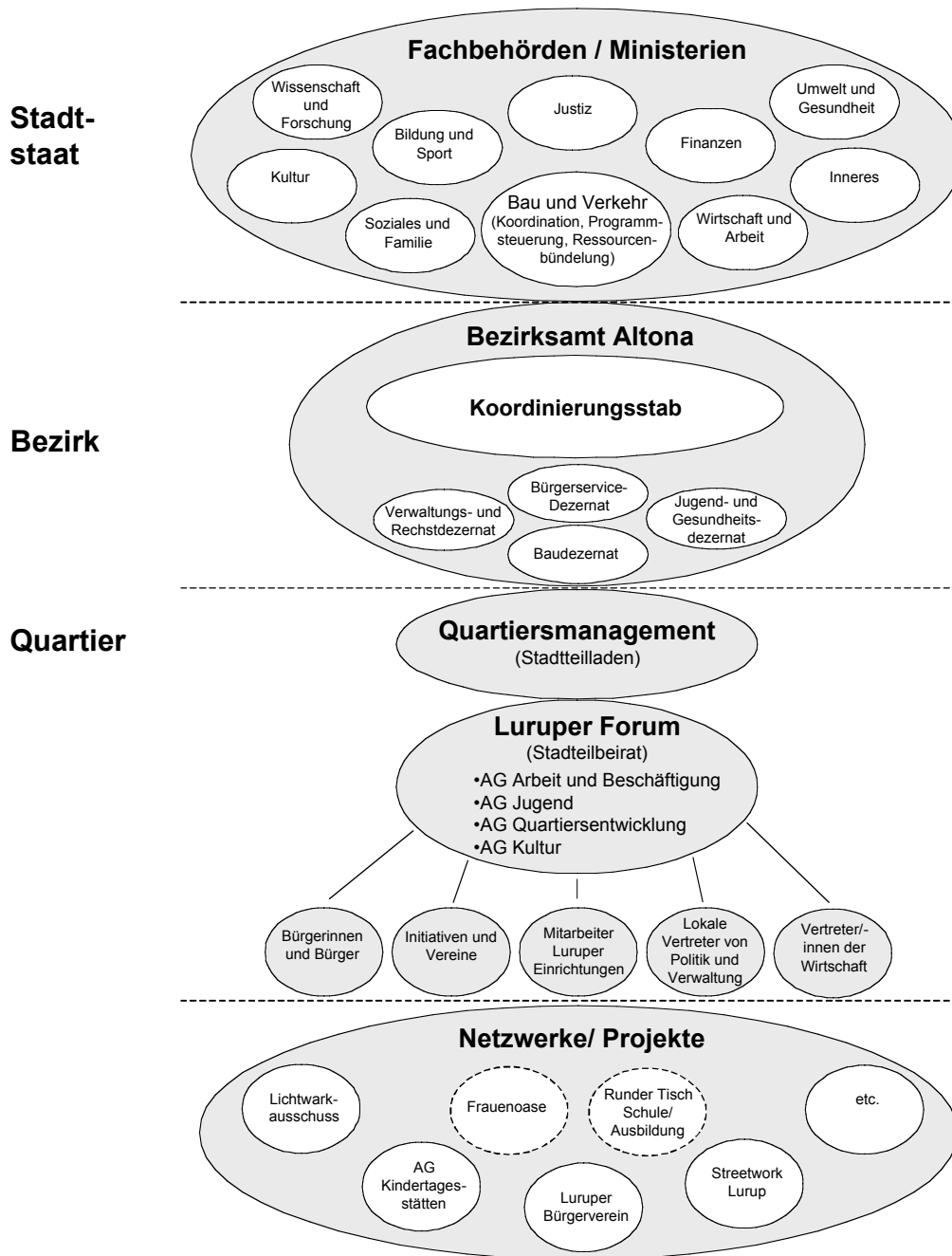
Neben dem Sammeln von Wissen – ich hoffe, dies ist deutlich geworden – ist das übergeordnete Ziel der Aufbau von Informations- und Aktionsnetzwerken. Dies kann über die Aktivierung der bereits vorhandenen Netzwerkstrukturen (für neue Ziele?) oder auch durch die Ansprache neuer Akteure geschehen: etwa durch den Aufbau einer Zusammenarbeit mit der türkischen Botschaft/der türkischen Bewohner/innen zum Bau eines Hamams.<sup>9</sup>

Zur Akquirierung finanzieller Ressourcen und fachlicher Kompetenzen ist zudem Klarheit über öffentliche und private (Förder) - Strukturen herzustellen: Wer ist in der Gemeinde und dem Land für welchen, das Quartier in den oben genannten Punkten berührenden Bereich zuständig? Wer könnte für eine diesbezügliche Entwicklung gewonnen werden? Gibt es Zuständigkeiten/ Ressourcen des Bundes oder EU, die ebenfalls auf die Quartiersentwicklung wirken oder wirken könnten? Es geht nicht nur um eine Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen, sondern auch der Administration sowie privater Akteure für eine Quartiersentwicklung. Vor Ort ebenso wie auf gesamtstädtischer Ebene sind Netzwerkstrukturen zum effizienten Einsatz der vorhandenen schrumpfenden Ressourcen aufzubauen. Es sind „Diskurszellen“ zu initiieren, die mit bestimmten Themen, vor allem jedoch mit konkreten Projekten bzw. Vorhaben zu verbinden sind. Sie sind der Rahmen, in dem kollektive Lernprozesse stattfinden können. Sie ermöglichen einen Austausch über Wertvorstellungen und die handlungsleitenden Prinzipien. Die von ihnen gebildeten Organisations- und Kommunikationsstrukturen bilden – in der folgenden Übersicht in Bezug auf Hamburg-Altona-Lurup – die Basis der Quartiersentwicklung.

---

<sup>9</sup> Letzteres wurde von dem Projekt „Frauenoase“ im Rahmen der Quartiersentwicklung Hamburg-Altona-Lurup versucht.

## Akteure und Handlungsfelder im Modellgebiet Hamburg-Altona-Lurup



Erfahrungsgemäß entstehen Lernprozesse in den Diskurszellen (Bürgerforen, Arbeitsgemeinschaften, Runde Tische, Stadtteilgruppen u.a.) über die Reflexion von Problemdefinitionen und Lösungswegen. Als Foren der Konfliktaustragung und Konsensfindung anhand des Diskurses über konkrete Projekte bilden die Diskurszellen eine Struktur der systematischen Einbindung von Interessen bzw. Bevölkerungsgruppen, wenn sie über Schlüsselpersonen mit administrativen und politischen Gremien verbunden sind. Es hat sich dabei als für die späte-

re Organisationsstruktur hilfreich erwiesen, wenn die Aufgabe der Vermittlung dabei nicht allein vom Quartiersmanagement, sondern von Personen aus der administrativen Struktur selbst übernommen wird. Es geht um die Vermittlung der Vor-Ort-Interessen in die städtischen Entscheidungsprozesse.

Nachhaltig kann Quartiersentwicklung nur dann sein, wenn Netzwerke der verschiedenen räumlichen Ebenen und Systeme aufgebaut und miteinander verknüpft werden; deshalb sprach ich vom Quartiersmanage-

ment als Struktur schaffendem Element. Ist die Struktur und ist die Grundlage für eine auf der fortwährenden Analyse aufbauende, dynamische Weiterentwicklung dieser Struktur erst einmal geschaffen, dann hat sich das Quartiersmanagement überflüssig gemacht.

Eines ist in meinem Beitrag sicherlich bisher zu kurz gekommen: Es reicht nicht, die unterschiedlichen Diskurszellen „reden zu lassen“. Selbstverständlich muss der Diskurs auch mit einer tatkräftigen Umsetzung des Besprochenen und damit auch mit der Entscheidung über finanzielle Mittel verbunden sein. Dies möchte ich zum Ende noch einmal betonen.

### **Zum Aufbau tragfähiger Strukturen...**

- ist eine umfassende Defizit-, Ressourcenanalyse der vor Ort vorhandenen und wirkenden Strukturen unverzichtbar. Diese Analyse muss sich, mehr als bisher, auf die Ressourcen und weniger auf die Defizite konzentrieren. Die Ressourcen sind Anknüpfungspunkt zukünftiger Entwicklungen;
  - ist ein breiter, sich auf das Soziale *und* den Raum beziehender Ansatz notwendig;
  - ist der zeitlich begrenzte Einsatz von Ressourcen von Beginn an in die Entwicklung der Handlungsstrategien einzubeziehen. Das heißt auch: Nachhaltige Strukturen lassen sich nur dann etablieren, wenn der Ausstieg des Quartiersmanagements von Anfang an in die Planung einbezogen wird;
  - müssen neue Strukturen an das Vorhandene anknüpfen.
- 
- Eine nachhaltige Quartiersentwicklung braucht Kontinuität der mit der Initiierung und des Managements von Prozessen betrauten Personen.
  - Aufgaben des Quartiersmanagements (Betreuung von Projekten, Bündelung von finanziellen Ressourcen usw.) müssen frühzeitig an andere Professionen, an ehrenamtlich Tätige, aber auch an institutionelle Strukturen abgegeben werden. Verantwortung ist zu formulieren und zu organisieren.
  - Dies erfordert ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen im Quartier sowie über das Quartier hinaus.
  - Die durch die Förderung entstehende technische und räumliche Ausstattung

(z.B. der Stadteilladen) sind in ihrem Unterhalt frühzeitig in den Regelhaushalt der Behörden/anderer Programme oder auch eines privaten Trägers zu überführen.

- Notwendig ist zudem ein kontinuierliches, Stadtteil bzw. Sozialraum übergreifendes Monitoring-System, welches so weit wie möglich gegenseitige Erwartungen vermittelt und Transparenz herstellt. Gleichzeitig kann es Erfahrungen aus verschiedenen Räumen miteinander verknüpfen.

Es sind nicht Brotsamen, die für die sozial-räumliche Entwicklung der Quartiere aufzusammeln sind. Alle von mir genannten Akteure haben dazu beigetragen, dass die räumliche und soziale Situation in den Quartieren so ist, wie sie ist (Wohnungsgesellschaften und Ökonomie, lokale Politik usw.). Da eine moderne (Stadt-)Gesellschaft tragfähige ökonomische und soziale Strukturen braucht, ist es nun eine gemeinsame Aufgabe, die weitere Quartiersentwicklung in die von allen ausgehandelte Richtung zu lenken.

#### **Weitere Informationen:**

Technische Universität Hamburg Harburg  
Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie  
Dr. Heike Herrmann  
Woellmerstraße 1  
21071 Hamburg  
Tel. 040 / 42878 – 0  
Fax. 040 / 42878 - 2794  
[h.herrmann@tu-harburg.de](mailto:h.herrmann@tu-harburg.de)

## Wo Quartiersentwicklung draufsteht muss auch Beteiligung drin sein

### Ansätze und Erfahrungen aus Bremen - Tenever

#### Das Programm WiN -Wohnen in Nachbarschaften

Ich möchte Ihnen das Bremer Programm WiN - Wohnen in Nachbarschaften" vorstellen als Antwort auf:

- die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich (und die damit einher gehenden Segregationsprozesse)
- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der nicht nur städtebaulichen Korrekturen in den benachteiligten Gebieten
- die wachsende Distanz zwischen Politik / Verwaltungsprofis und dem realen Leben und Stimmungen in der Bevölkerung
- den wachsenden Bedarf nach Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement

Herauskristallisiert hat sich in nunmehr vierjähriger Praxis (mit dem Vorläufermodell „Nachbesserung von Großsiedlungen“: 13 Jahre), dass dezentrale Ressourcenverteilung und neue Formen des Bürgerengagements möglich und sinnvoll, ja erfolgreich sind.

#### Rahmendaten, Prinzipien und Handlungsfelder des Programms WiN

Der Bremer Senat hat dieses Programm für den Zeitraum 1999-2004 mit ca. 10 Mio. € aufgelegt, um 10 benachteiligten Quartieren (soziale Brennpunkte, Sanierungsgebiete oder vornehmer ausgedrückt: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf) und ihren Bewohnern/innen eine Verbesserung ihrer Lebens- und Alltagssituation zu ermöglichen. Mittlerweile wird das Programm durch das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ergänzt, so dass jedem Stadtteil / Quartier in Bremen jährlich ca. 270.000 € zur Verfügung stehen (alle Gebiete erhalten die gleiche Summe - egal, ob es sich um Brennpunkte handelt oder Ge-

biete, deren "Abkippen" zum Sozialen Brennpunkt verhindert werden soll, egal ob in dem Gebiet 20.000 Einwohner/innen leben oder 1.500 - verdient haben alle Gebiete diese Summe und benötigen täten sie alle mehr - allerdings ist bei der beschlossenen Fortführung des Programms bis 2010 geplant die finanzielle Ausstattung der Gebiete stärker den jeweiligen Bedarfen anzupassen.)

Finanziert wird das Programm von 7 Senatsressorts, die Federführung liegt beim Senator für Bau und Umwelt sowie dem Sozialsenator. Aus dem Programm können sowohl investive als auch Personal- und konsumtive Ausgaben bestritten werden (ein enormer Pluspunkt gegenüber dem Programm Soziale Stadt, das im Wesentlichen ja nur investive Maßnahmen fördert.)

#### Prinzipien

##### Das Programm ist ressortübergreifend

Grundgedanke dabei ist, dass der Problemlage dieser Gebiete nur ein integriertes Handlungskonzept gerecht wird. Dass es nicht nur um Fragen der Architektur geht oder mehr Sozialarbeiter/innen eingestellt werden müssen, sondern dass alle gesellschaftlichen Bereiche zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen müssen. Eine Verbesserung der Wohnsituation in manchen Quartieren ist auch im Interesse der sozialen Situation des Quartiers; eine bessere Infrastruktur ist hilfreich für die Stabilität des Gebietes etc. etc.

##### Das Programm lebt von public-private partnership

Empfänger der Gelder sind nicht nur Ämter, die zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der Quartierssituation vornehmen, sondern in hohem Maße auch Wohnungsunternehmen, freie Träger, Vereine, Bewohnergruppen. Schon durch die Grundsatzzregelung, dass jedes Projekt nur mit maximal 50% der Gesamtkosten gefördert wird, ist sichergestellt, dass zusätzliche Gelder für diese Quartiere mobilisiert werden. Zur Zeit kann man sagen, dass 1 € WiN-Geld in Tenever ca. 6-7€ der jeweiligen Träger (Eigenmittel bzw. Sponsoren, Arbeitsamt, Stiftungsmittel etc.) nach sich zieht.

##### Alle Maßnahmen sollen zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen

Insbesondere durch die Bedingung der Bewohner/innen- und Nutzer/innenbetei-

ligung bei allen Projekten wird das bürgerschaftliche Engagement verstärkt. So wird durch das Einräumen von mehr Bürgerrechten auch ein Beitrag zur Entfaltung und Stärkung des Selbsthilfepotentials geleistet sowie zur Stärkung des Verantwortungsgefühls für das Gemeinwesen.

### **Bildung von Quartiersbudgets**

Die Schaffung von Quartiersbudgets entspricht der Ressourcen- und Verantwortungsdelegation.

### **Handlungsfelder**

Die Mittel werden in erster Linie eingesetzt in folgenden Handlungsfeldern

- Wohnungsbestand und Neubau (u.a. Wohnumfeldverbesserung)
- Städtebau (u.a. Verbesserung der Infrastruktur)
- Wirtschaftliche Effekte und Ökonomie (eine der wichtigsten Punkte für die Quartiere, aber bisher am schwierigsten und nur bei ganz wenigen Projekten realisiert)
- Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (bedeutsam für die Menschen in den Quartieren mit ihrem geringeren Qualifikationsniveau und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit; die meisten Maßnahmen allerdings im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes)
- Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (die meisten Projekte sind in diesem Bereich angesiedelt)
- Soziale und kulturelle Netzwerke / Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation

### **Wie funktioniert das - am Beispiel Bremen-Tenever**

Dieses Quartier ist seit langem ein sozialer Brennpunkt - und *der* Integrationsstadtteil Bremens. Ein Quartier wie jedes andere auch aber mit fünf Besonderheiten:

#### **Tenever ist hoch.**

Hier leben zur Zeit ca. 6.000 Menschen in Sozialwohnungen. ‚Urbanität durch Dichte‘ versprochen uns die Planer und Architekten. Doch es kam wie bei Christian Morgenstern: ‚Der Architekt jedoch entfloh - nach Afri od Ameriko‘. Die Hochhäuser gehören verschiedenen Eigentümern mit sehr unterschiedlichem bürgerschaftlichen Engagement und Sozialstaatsverhalten. Der Zustand der Häuser und des Wohnumfeldes ist zum Teil sehr schlecht, ganz nach dem

Motto „Tausendmal Miete kassiert, - aber sonst ist überhaupt nichts passiert.“ Wir betonen das deshalb besonders, damit nicht der Eindruck entsteht, es seien die Menschen in diesen Wohngebieten, die für den unwirtschaftlichen, und zum Teil desolaten Zustand dieser Wohnblöcke verantwortlich gemacht werden können. Nein, es sind einige Eigentümer, die ihre Wohnungen oder das Wohnumfeld verkommen lassen. Allerdings, gerade auch durch das Bewohner/innen- und Quartiersengagement wird sich die Situation wesentlich verändern. Der Bremer Senat hat eine umfangreiche Sanierung der Wohngebäude, größere städtebauliche Maßnahmen inkl. Abriss von Wohnblöcken beschlossen. Im Zeitraum 2003 - 2008 wird diese Sanierung im Rahmen des Stadtumbaus West jetzt (besser schon vor 20 Jahren) durchgeführt. Die Gesamtkosten von 75 Mio. € (inkl. Eigentumserwerb) werden aufgebracht von dem städtisch geförderten Erwerber (OTG: 42 Mio. €), der Stadt (30 Mio. €) sowie aus dem Stadtumbau West (3 Mio. €).

#### **Tenever ist jung.**

Er ist der kinderreichste Ortsteil von ganz Bremen; Ein Drittel ist unter 16 Jahren. Hier wächst gewissermaßen die Zukunft Bremens und somit der Sozialversicherungssysteme heran. Nur haben Kinder nicht solch eine Lobby wie Investoren, denen ja in allen Städten rote Teppiche ausgerollt werden.

#### **Tenever ist international.**

Es ist Heimat für Menschen aus 80 Ländern, 40 % der Bewohner sind Ausländer/innen; 25 % sind Aussiedler/innen, macht zusammen 2/3 Menschen mit Migrationshintergrund. Mit all seinen Vorteilen der Interkulturalität, der Kulturvielfalt, Weltoffenheit und Toleranz fordernd und fördernd. Aber es ergibt sich auch ein großer Integrationsbedarf. EXKURS: Die Tenevers sind die Integrationsstadtteile Deutschlands!

#### **Tenever ist schließlich arm.**

Ich sehe da einen deutlichen Zusammenhang zu den vorgenannten drei Besonderheiten Tenevers. Indikatoren für Armut weit überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug 33% etc., mit all seinen Folgen für die Gesundheit, die soziokulturelle Benachteiligung (Achte auf PISA - Deutschland Weltmeister bei der sozialen Selektion) und das geringere Selbsthilfepotential.



Und Tenever hat eine aktive Bewohnerschaft und ein gutes soziales Netzwerk, das auch mit Hilfe des WiN-/Soziale Stadt-Programms und seines Vorläufers, eines Nachbesserungsprogramms, gut ausgebaut worden ist

## **Der Rahmen für das WiN-Programm in Tenever**

Als Anschubs- bzw. Ergänzungsfinanzierung stehen dem Quartier jährlich ca. 270.000 € aus den Programmen WiN und Soziale Stadt zur Verfügung (die Bewohner/innen und auch die anderen Akteure interessiert nicht sonderlich aus welchem Programm die Gelder kommen, sondern wie viel real für den Stadtteil zur Verfügung steht). Für die Entwicklung und Umsetzung ist vor Ort eine Projektgruppe eingesetzt (eine Fachkraft des Amtes für Soziale Dienste als Quartiersentwickler, eine halbe Stelle des Stadtplanungsamtes; und seit kurzem eine weitere Fachkraft für die zusätzliche Beteiligungsaktivitäten im Rahmen der Sanierung). Uns obliegt die Quartiersentwicklung und die Projektsteuerung und Moderation. Sie sehen hier also die öffentl. Verwaltung als aktivierende, als steuernde und moderierende Verwaltung. Die Projektgruppe ist nicht an die übliche Hierarchie und Dienstwege gebunden, sondern kann sich Ämter- und ressortübergreifend an die Zuständigen wenden, hinweisen, koordinieren, beschweren etc.

## **Die Stadtteilgruppe Tenever als zentrales lokales Forum der Quartiersentwicklung**

Für das WiN-Programm und die Stadtteilentwicklung haben wir die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. Hier treffen sich alle 6-8 Wochen alle mit dem Gemeinwesen verbundenen gesellschaftlichen Kräfte. (Ende des Jahres wird die 100. Sitzung dieses lokalen Forums stattfinden). Die Sitzungen sind öffentlich. Jeder kann daran mit den gleichen Rechten teilnehmen. Die Ankündigung erfolgt durch Aushänge und in der Presse. Von den Sitzungen werden umfangreiche Protokolle erstellt.

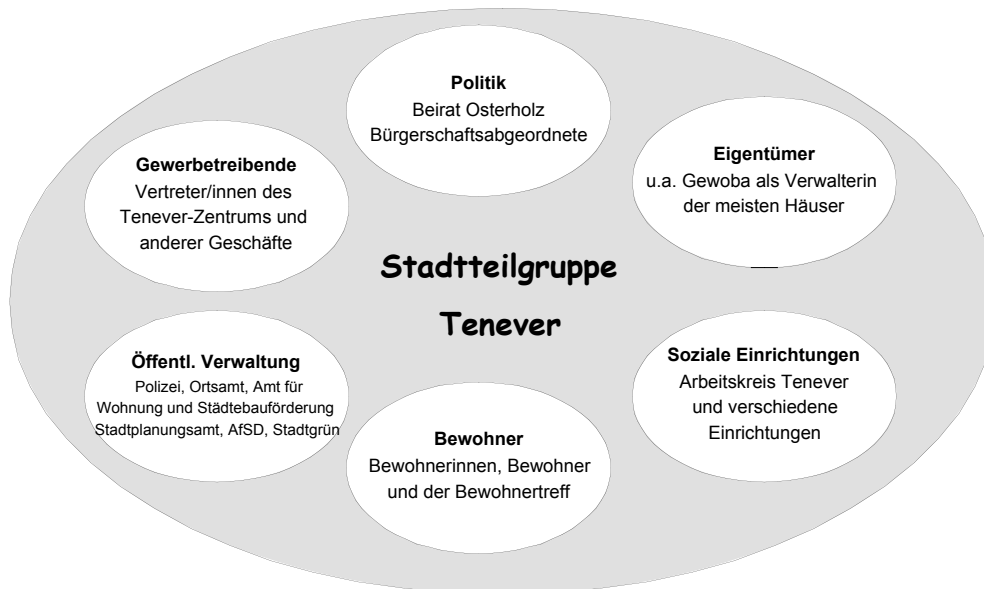
### **Zusammensetzung der Stadtteilgruppe**

- Alle interessierten Bürger/innen und Bewohner/innengruppen - schließlich geht es um sie.

- Die Wohnungsunternehmen, schließlich ist die Wohnung die ‚dritte Haut‘ des Menschen, also von zentraler Bedeutung. Immer dabei die mehrheitlich im städtischen Besitz befindliche Gewoba. Sie ist Eigentümerin von einem Drittel aller Wohnungen des Hochhausquartiers und verwaltet 90% aller Tenever-Wohnungen. Zeitweise nehmen auch weitere Wohnungsbesitzer/verwalter an den Sitzungen teil.
- Die Gewerbetreibenden (lokale Ökonomie); Wir haben in Tenever nur wenige Geschäfte und Ärzte in einem Zentrum und einige Gaststätten / Imbisse, die auch noch unter der geringen Massenkauftkraft leiden und kaum gewerbliche Arbeitsplätze. Aber der Vertreter der lokalen Werbegemeinschaft des Zentrums nimmt meistens an den Sitzungen teil.
- Die sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Ihre Vertreter nehmen entweder selbst an den Sitzungen teil bzw. sie werden vertreten durch die Selbstorganisation all dieser Einrichtungen, den Arbeitskreis Tenever als Netzwerk.
- Die Politik. Mitglieder des Kommunalparlaments (Beirat Osterholz) sowie zwei - drei Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nehmen regelmäßig an allen Sitzungen teil.
- Die öffentliche Verwaltung. Regelmäßig dabei sind Vertreter des Amtes für Wohnung und Städtebau, des Stadtplanungsamtes, des Amtes für Soziale Dienste, der Polizei, des Ortsamtes und von Stadtgrün

In der Regel nehmen ca. 60 - 90 Menschen an den Sitzungen teil, davon ca. 30-70 BewohnerInnen. (Wir hatten allerdings in den 90ern auch schon mal Sitzungen mit nur 7 - 20 Bewohner/innen) Diese Stadtteilgruppe repräsentiert die wesentlichen Kräfte des Gemeinwesens. In diesem Gremium werden alle Fragen des Quartiers beraten, Projekte vorgestellt und über die Vergabe von öffentlichen Mitteln (Steuern!) für den Stadtteil entschieden.

Bevor aber Entscheidungen über Projekte und damit die Vergabe von Geld in der Stadtteilgruppe fallen; kommt traditionell die Erörterung von ‚Aktuelle Fragen und Probleme‘. Dieser TOP wurde auf Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner eingeführt. Hier können alle Akteure aktuelle Fragen des Gemeinwesens besprechen.



**Die Stadtteilgruppe entscheidet im Konsens über die Vergabe öffentlicher Mittel (WiN und Soziale Stadt). Sie tagt als lokales Forum ca. alle 6 Wochen öffentlich.**

Dabei geht es um Mieter– Vermieter- Probleme, aufgebrochene Keller, verschmutzte Eingänge, aber auch große politische Themen wie drohende Schließung einer Stadtbibliothek, Umweltfragen, Fragen der Sicherheit, Imageprobleme des Stadtteils etc. Die Fragestellungen und Meinungen werden kurz thematisiert, in der Regel von den Zuständigen (die ja in der Regel mit am Tisch sitzen) beantwortet bzw. auf der nächsten Sitzung berichtet, wie die angesprochenen Probleme gelöst (oder auch nicht und dann aus welchem Grund) wurden. Sollte das aktuelle Thema von größerer Bedeutung sein, wird es auf einer der nächsten Sitzungen, mit den Zuständigen aufbereitet, in einem extra Tagesordnungspunkt behandelt. Wer aufmerksam lauscht bei diesem Tagesordnungspunkt Aktuelles, der weiß um die aktuellen Probleme und Stimmungen im Stadtteil Bescheid.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt können Bewohner/innen, aber auch Ämter, Wohnungsunternehmen und andere Träger, Ideen für neue Projekte darlegen, Projekte vorstellen und beraten. Wichtig bei uns ist für alle Projekte, dass sie im Laufe ihrer Bearbeitung der aktiven Beteiligung von Bewohner/innen bedürfen. Dazu können beitragen: Hausversammlungen, thematische Versammlungen, Hofversammlungen, Umfragen, Veranstaltungen, Arbeitsgruppen, Klingelaktionen, aber z.B. auch die Senio-

rentreffen (auf denen sich jährlich 10% aller Rentner Tenevers versammeln, um ihre spezifischen Anliegen einzubringen). So wird mit den ersten beiden TOP's der Stadteildiskurs über die Angelegenheiten des Quartiers öffentlich und langfristig geführt. Im Ergebnis können sich daraus Prioritätenlisten für die verschiedensten Projekte ableiten.

Beim dritten TOP geht es schließlich um die Mittelvergabe. Zur Zeit verfügt der Stadtteil Tenever aus den Programmen ‚Wohnen in Nachbarschaften (WiN) / Soziale Stadt‘ über 270.000 € pro Jahr. Diese Mittel (als Anschub- bzw. Ergänzungsfinanzierung von Projekten) werden nur vergeben, wenn in der Stadtteilgruppe Konsens über die Vergabe erzielt wird. D. h.: alle Beteiligten haben ein Vetorecht! Das ist sicherlich sensationell. Es ist allerdings kein einklagbares Recht, sondern eine Selbstverpflichtung von Politik und Verwaltung. In Bremen ist dieses abgesichert durch Beschluss des Senats und der Bürgerschaft.

Dabei kann man sich von der klaren Erkenntnis leiten lassen, dass die Bewohner/innen Experten ihres Wohnumfeldes, ihres Alltagslebens sind und nicht zuletzt von der Tatsache, dass sie die Betroffenen von allen Maßnahmen im Quartier sind. Dem entsprechend sollen sie im Mittelpunkt stehen und besondere Rechte der Mitbestimmung erhalten. Zugleich kann man davon

ausgehen, dass die Qualität und Effizienz der Maßnahmen gesteigert wird. Zumal es gerade die Bewohner/innen sind, die besonders sparsam mit dem Geld umgehen. Schließlich wird so auch die Akzeptanz von Maßnahmen in der Bewohnerschaft und im Gemeinwesen gestärkt. Im Grunde genommen haben wir die objektiven Vetorechte von Wohnungseigentümern (Privateigentum lt. Grundgesetz geschützt), von Verwaltung (Verwaltungsvorschriften) und Politik nur ergänzt um das Vetorecht für die Betroffenen.

Sicherlich werden jetzt einige von ihnen Zweifel anmelden: Das klappt doch nie!

Lassen wir die Praxis zu Wort kommen. In den letzten viereinhalb Jahren haben wir ca. 110 Projekte bearbeitet; große und kleine. 160 mal haben wir Konsensbeschlüsse in diesem Zeitraum gefasst. (Wie sie der beiliegenden WiN/Soziale Stadt Mittelübersicht entnehmen können, erhalten viele Projekte in mehreren Jahren Geld, um sich zu etablieren und dann die Chance haben, in eine Regelfinanzierung überführt zu werden, wenn sie sich bewähren. Z.B. der jetzt öffentlich eingeweihte Kinderbauernhof, der 5 Jahre lang von uns mit ca. 50.000 € gefördert wird sich und ab 2005 selber trägt).

Alle basieren auf einem Konsens in der Stadtteilgruppe, die für einzelne Projekte zwischen 750 € - 60.000 € (pro Jahr) Mittel bewilligt hat. Bei diesen Projekten geht es dann um Fragen der Haussanierung, der Wohnumfeldverbesserung, der Einrichtung von Conciergen (unserem Exportschlager), um die Verbesserung der Infrastruktur (damit sind sowohl Spielplätze, Kindergruppenräume, als auch eine aus WiN-Mitteln mitfinanzierte gläserne Polizeiwache gemeint). Spielplätze wurden mit Eltern-Kinderbeteiligung saniert, Schulhöfe umgestaltet mit Hilfe von Eltern und Lehrern ein Mütterzentrum errichtet, ein Gesundheitstreffpunkt für Frauen geschaffen, eine Umwelt-Lernwerkstatt etabliert, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte unterstützt usw., usw. Darüber hinaus gibt es auch einen Bewohnerfonds über 7.000 €; der ausschließlich Bewohner/innen (nicht für Vereine, Träger, Profis etc.) zur Verfügung steht. Damit können kleinere nachbarschaftliche Aktionen, Feste, Initiativen bis zu jeweils 1.500 € gefördert werden. In diesem langen Prozess bildet sich natürlich auch Vertrauen und Kooperation zwischen allen Beteiligten heraus. Was nicht heißt, dass wir nicht in der Tat auch ein Auf und Ab in dieser Entwicklung des Bewohner/innenengagements erlebt hätten und uns auch mit ‚Querulanten‘ auseinander setzen müssen. Und sicherlich ha-

ben wir auch bedingt durch ein Veto von Wohnungsgesellschaften, der Politik oder eben auch der Bewohner/innen manche Projekte verhindert und nicht realisiert. Aber das war dann wahrscheinlich auch gut so, weil sie eben nicht über den nötigen Rückhalt im Quartier verfügt haben bzw. nicht in ihrer Dringlichkeit so gesehen wurden.

## **11 von 100 Fragen zum Tenever - Modell**

### **Bewohnerbeteiligung: Wer beteiligt sich? Wie viele beteiligen sich?**

An Hausversammlungen / Bewohnerplanungssitzungen nehmen zwischen 5 bis 50% der Betroffenen teil. (Wir haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass wir bei Wohnprojekten neben Klingelaktionen auch tagsüber die ganze Zeit im Eingang stehen und informieren, beraten, notieren. Dabei erreichen wir in der Regel 90% der Hochhausbewohner/innen).

An den regelmäßigen Stadtteilgruppensitzungen nehmen zwischen 30 und 70 Bewohner/innen teil. Das ist eigentlich recht viel, wenngleich man sich natürlich immer noch mehr Menschen wünschen würde mit ihren Ideen und Meinungen. Neben Desinteresse ist das auch darauf zurückzuführen, dass viele Bewohner/innen sich durch den aktiven Bewohnertreff (Bewohnerselbstorganisation) oder andere Multiplikatoren (z. B. der sozialen Einrichtungen) wohl gut vertreten fühlen. Wer beteiligt sich? In erster Linie sind es Frauen, wenig Migrantinnen (außer bei Mietfragen, Wohnungsfragen und als es z. B. um die Etablierung einer Moschee ging; und in letzter Zeit verstärkt durch und über die Interkulturelle Werkstatt). Und Kinder und Jugendliche kommen zu den Stadtteilgruppensitzungen nur bei spezifischen Projekten und wenn sie auf ihre Interessen aufmerksam machen wollen (Skaterbahn, Jugendräume, Fußballplatzsaniierungen, aus Protest gegen Kürzungen im Jugendbereich etc.).

Entscheidend ist, das gerade Kindern und Jugendlichen Orte und Mitmachprojekte angeboten werden. Bei ihren konkreten Projekten sind sie aktiv dabei. Natürlich ist jede Spielplatzumgestaltung von ihnen mit ange-regt, in Kindereinrichtungen oder mit Zukunftswerkstätten (siehe Broschüre: Die Neugestaltung eines Hochhausspielplatzes - Kinder als Experten/innen) beplant und mit Aktionen und Festen auch umgesetzt worden. Jedes WiN / Soziale Stadt-Projekt, das

finanziell unterstützt wird, setzt auch auf Eigenleistungen der Jugendlichen (bei der Skaterbahn konzeptionell und ganz praktisch bei der Herrichtung des Platzes; Sanierung von Bolzplätzen, Einrichtung von Cliquenräumen etc.). Oder die Organisation und Spielleitung der Tenever - Liga, in der 30 internationale Mannschaften zweimal die Woche um ihren Pokal spielen (Integration durch Sport), wird von jugendlichen Betreuer/innen gewährleistet. Besonders erwähnen möchte ich noch die mit den sozialen Einrichtungen organisierten Kinderkulturprojekte von Quartier e.V.: Hunderte Kinder arbeiten wochenlang mit Künstler/innen in Schulen und Einrichtungen zu speziellen Themen (Glück, Licht, Lehmbau, Wasser, Wohnung einrichten), um ihre Kunstwerke dann im Quartier und in der Stadtmitte zu präsentieren.

Am meisten aber beteiligen und engagieren sich die Bewohner/innen bei einzelnen Aktionen, praktischen Aktionen mit sichtbarem Ergebnis. So ist die Teilnahme von ca. 300 Erwachsenen und 800 Kindern und Jugendlichen bei unseren Picobello Aktionen sicherlich eine richtige Massenaktion, wo ein Ortsteil einen ganzen Tag lang mit ökologischen Projekten und praktischem Saubermachen picobello herausgeputzt wurde. Oder als bundesweit die NPD mit rassistischen Sprüchen durch Tenever demonstrieren wollte, haben sich viele Bewohner/innen und die sozialen Einrichtungen zusammen geschlossen, um das internationale Quartier zu verteidigen und ein großes internationales Freundschaftsfest zu feiern. So wurde ein Beitrag geleistet, dass die Nazis nicht durchkommen konnten. Oder bei den Wohnumfeldmaßnahmen, der Herrichtung neuer Spielplätze, der Einrichtung von selbstgenutzten Räumen, der Renaturierung eines Baches etc. nehmen Bewohner/innen Spaten und Harke in die Hand. Sie planen nicht nur die Umfeldveränderung, sondern setzen sie auch mit um.

### **Kommen wirklich alle Sichtweisen in den Diskurs oder setzen sich doch vor allem mittelschichtorientierte Kräfte durch?**

Zunächst: ‚Mittelschicht‘ gibt es im Hochhausviertel nicht. Und mit Atmosphäre, Ansprache und Sprache und anderen Artikulationsformen kann man ein Klima schaffen, in dem alle auf ihre Art gleichberechtigt mitwirken. Allerdings werden bestimmte Strömungen in der Bewohnerschaft auch nur dank der Multiplikatoren, insbesondere des Bewohnertreffs und der Interkulturellen Werk-

statt als wichtigste Bewohnerselbstorganisationen, vertreten. Ganz besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die sozialen Netze, die im Wesentlichen durch die sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Mütterzentrum, Gesundheitstreffpunkt, Haus der Familie, Spielhaus, Horte, Arbeitslosenzentrum, Schulen, Kulturbüro etc. dargestellt werden. Gerade vor dem Hintergrund der materiellen Armut und der vielen Migranten/innen in Tenever sind diese Orte der Kommunikation und Beteiligung von zentraler Bedeutung. Hier werden die meisten Bestandteile des Stadtteildiskurses gepflegt. In der Stadtteilgruppe treffen sich möglicherweise alle 6-8 Wochen 50, 60 Bewohner/innen gemeinsam mit Verwaltung usw. Aber in unseren fünf Kindergärten geben Eltern jeden Tag über 500 Kinder ab, sprechen mit den Betreuerinnen über ihre täglichen Sorgen, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen. Das wirkt über das Netzwerk der sozialen Einrichtungen in die Stadtteilgruppe und damit in den Gesamtstadtteil - Diskurs ein. Hier finden viele Bürger/innen, die sich vielleicht nicht trauen auf einer Stadtteilgruppensitzung das Wort zu ergreifen, die Möglichkeit ihre Vorstellungen und Meinungen mit anzubringen. Deswegen gehören zu einer engagierten Bürgergesellschaft unbedingt auch diese Räume und Möglichkeiten, wo Bürger/innen sich meinungsbildend treffen und organisieren können.

### **Welche Formen der Bewohnerbeteiligung werden angewandt?**

Dazu können beitragen Hausversammlungen, thematische Versammlungen, Hofversammlungen, Umfragen, Veranstaltungen, Klingelaktionen, aber z.B. auch die Seniorentreffen (auf denen sich jährlich 10% aller Rentner Tenevers versammeln, um ihre spezifischen Anliegen einzubringen). Schließlich werden Bewohnerseminare, Exkursionen und Bewohnertreffen durchgeführt. Regelmäßig wird auch der Bewohnertreff gesondert über alle wichtigen neuen Projekte informiert.

### **Wie wird Beteiligung gefördert?**

Vor allem, in dem man die Bewohner/innen ernst nimmt. Es ist richtig, die Bewohner/innen und ihr Engagement in den Mittelpunkt zu rücken. Denn schließlich geht es um sie, ihr Gemeinwesen, ihre Bürgergesellschaft. Das erstreckt sich auf die Themen, die Inhalte, die Rechte der Bürger/innen, die Sprache, die Vermittlung, die

Bürgernähe und die Anerkennung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Ein kleines Beispiel: So wie Hollywood seinen Oscar hat, hat Tenever seinen ‚Goldenen Skyscraper‘. Auf einer großen Gala, die wie die Oscar-Verleihung in Hollywood aufgezogen war, haben wir im letzten Jahr ehrenamtliche engagierte Teneveraner/innen und Gruppen mit dem ‚Goldenen Wolkenkratzer‘ ausgezeichnet. Eingeleitet wurde dies mit einem kurzen Filmbeitrag (erstellt vom Quaaak-Kanal - einem Video-Magazin - das der Bewohnertreff in Kooperation mit dem Arbeitslosenzentrum produziert und monatlich über den Offenen Kanal Bremen ausstrahlt) über die aufzuzeichnende Person oder Gruppe. Danach kam eine Laudatio und anschließend ein kultureller Beitrag. Ausgezeichnet wurden nur ehrenamtliche Aktivitäten. Das war ein großes Fest für Tenever.

### **Wie verhält es sich mit der Dialektik von Fachkompetenz und Bewohner-/ Betroffenenkompetenz?**

Das ist ein fruchtbarer Prozess, wenngleich wir den Vorteil haben nun schon 13 Jahre so zu arbeiten. Es ist nicht leicht für einen Freiraumplaner oder einen Architekten, dass Bewohner/innen in ihren Planungen ‚rumkritzeln‘. Aber das Nutzen des ‚Expertenwissens‘ der Bewohner/innen um ihren Alltag und das klare Festhalten an der Erkenntnis, dass die BewohnerInnen schließlich die ‚Betroffenen‘ jeder Veränderungsmaßnahme sind, macht sich letzten Endes positiv bemerkbar: in der Qualifizierung der Projekte und ihrer Akzeptanz (Beispiel Mütterzentrum).

### **Wie können widersprüchliche Interessen zwischen der Gesamtstadt und dem Stadtteil / Quartier gelöst werden.**

Beschlüsse im Konsens fassen wir ja nur zu zusätzlichen innovativen Stadtteilprojekten. Wir haben dabei den Vorteil, dass wir ja keine Beschlüsse über Kürzungen herbeiführen müssen. Vollkommen unbenommen kann und wird die Gesamtstadt im Rahmen ihrer Verantwortung auch Maßnahmen im Stadtteil durchführen. Diese werden sicherlich im Rahmen des Stadtteildiskurses thematisiert und so Einfluss genommen. Die Stadtteilgruppe hat aber keine Möglichkeiten, Beschlüsse der Gesamtstadt zu verhindern.

### **Ist die Vergabe von öffentlichen Mitteln nicht Aufgabe gewählter Parlamente und nicht willkürlicher, auch noch in wechselnder Zusammensetzung tagender Gremien?**

Auf den Hinweis, dass doch über Steuergelder nur von demokratisch gewählten Gremien entschieden werden darf, können wir nur sagen: Erstens hat die Politik dem Stadtteil diese Summen ja per Beschluss zur Verfügung gestellt. Und schließlich sitzen die Politiker/innen ja mit am Tisch. Wenn sie mit einer Maßnahme nicht einverstanden sind, können sie ebenfalls von ihrem Vetorecht Gebrauch machen. Politikbeschlüsse werden so volks- und realitätsnäher. Politik setzt den Rahmen (z.B. durch Vergrößerung oder auch Verkleinerung der Quartiersbudgets) und diskutiert die Prioritäten einfach aktiv mit allen konkret Beteiligten.

### **Verlängert sich durch die umfangreiche Bewohnerbeteiligung und deren Vetorechte nicht die Dauer bis zur Realisierung von Projekten?**

Nein! Wir haben Projekte, die nach einem viertel Jahr umgesetzt sind; und wir haben Projekte, die von der Idee bis zur Umsetzung 8 Jahre brauchten. In der Regel war daran nicht die Bewohnerbeteiligung Schuld, sondern die Komplexität der Projekte (Aufbringen der Grundfinanzierung, rechtliche Probleme etc.). Im Gegenteil, gerade die Bewohner/innen und die Stadtteilgruppe drängen mit ihrem Stadtteildiskurs auf schnellere Entscheidungen; machen öffentlichen Druck.

### **Staatliche Zuwendungen brauchen doch eine gründlichere Prüfung (z.B. Einhaltung Landeshaushaltsordnung etc.) als es eine Stadtteilgruppe vermag?**

Das ist richtig. Deshalb erteilt die Stadtteilgruppe ja im Konsens nur das ‚WiN Gütesiegel‘ für ein Projekt und steckt den Rahmen ab mit bis zu wieviel WiN Mitteln das Projekt aus dem Quartiersbudget gefördert werden soll. Die sachliche Detailprüfung und auch der wirksame Zuwendungsbescheid werden von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe gewährleistet. Der obliegt auch das gesamtstädtische Controlling über das Programm WiN. Allerdings werden aber nur dann Zuwendungsbescheide erteilt, wenn vorher die Stadtteilgruppe im Konsens über das jeweilige Projekt entschieden hat.

## **Das mit dem Vetorecht kann doch nicht klappen. Es gibt doch immer Unzufriedene und Querulanten?**

Die Praxis hat ja bewiesen, dass es klappt. Allerdings haben wir in den dreizehn Jahren auch turbulente Sitzungen gehabt. Sitzungen wurden vorzeitig beendet. Es gab Ideen, das Konsensprinzip neu zu definieren als ‚Konsens minus 1‘. Und es gibt natürlich auch Möglichkeiten durch gutes Moderieren und Steuern eine Konsensatmosphäre zu schaffen. Schließlich geht es um Verbesserungsprojekte für Tenever - schwieriger ist die Aufteilung des Jahresbudgets auf die einzelnen Projektanmeldungen - denn in der Regel sind die Bedarfe der Projektträger doppelt so groß wie das Budget des Quartiers. Hier ist es Aufgabe der Projektgruppe sowohl zusätzliche Finanzquellen der Resorts oder von Sponsoren etc. für die Projekte zu erschließen. Und es kommt darauf an, sehr genau den Stadteildiskurs (und die Stimmungen) mit zu berücksichtigen, um einen konsensfähigen Vorschlag unterbreiten zu können. Hilfreich ist dabei natürlich, dass sich in den letzten Jahren unter den Hauptakteuren auch Frauen, zumindest Verständnis entwickelt hat.

## **Gibt es auch bei der millionenschweren Sanierung Bewohnerbeteiligung?**

In den letzten Jahren wurden ja bereits einige Hochhäuser erfolgreich mit Bewohner/innenbeteiligung und WiN-Unterstützung saniert. Die jetzt von 2003 - 2008 geplante umfangreiche Sanierung (Erwerb der in Konkurs gegangenen ‚Krause-Gebäude‘, umfangreiche Modernisierung, Abriss einzelner Blöcke, städtebauliche Maßnahmen etc.) ist wesentlich initiiert und konzeptionell mitentwickelt worden von den Akteuren der Stadtteilgruppe. Allerdings gibt es kein Veto-Recht zu einzelnen Maßnahmen / Investitionen. Aber jede Stadtteilgruppensitzung befasst sich mit Sanierungsfragen (mehr Mieter/innen kommen mit Ideen und auch ihren Sorgen), wesentliche Fragen der Sanierung und des Abrisses werden streitbar (wie viel Conciergen pro Hof) diskutiert. Zudem arbeiten Vertreter/innen der Stadtteilgruppe in den von der Sanierungsgesellschaft gebildeten Arbeitsgruppen (Technik, Freiflächenplanung, Umzugmanagement) aktiv mit und berichten über kontroverse Fragen in der Stadtteilgruppe. Und schließlich unterliegen alle konkreten Sanierungsschritte und -projekte der Betroffenen-Beteiligung. Diese wird auch von der Projektgruppe unterstützt.

## **Abschlussbemerkungen**

Die Beteiligung, Mitbestimmung und Mitentscheidung von Bewohner/innen ist ein Kernelement von Quartiersentwicklung; denn um sie geht es. Sie sind die Experten/innen ihres Alltags und die Betroffenen aller Veränderungen.

Die Bildung von Quartiersbudgets in Verbindung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen für die Bürger/innen hat sich bewährt. Es ist ein Beitrag für bürgernähere Entscheidungen über die Verwendung kommunaler Finanzen. So wird auch ein Beitrag geleistet für eine engere, transparentere Zusammenarbeit von Bürger/innen, Politik und öffentlicher Verwaltung mit dem Ergebnis größerer Akzeptanz.

Das Konsensprinzip ist gerade auf der überschaubaren Quartiersebene eine Möglichkeit der Entscheidungsfindung.

Die Rolle des Stadteildiskurses (und der Möglichkeit dazu z.B. über solche lokalen Foren wie die Stadtteilgruppe Tenever mit allen relevanten Kräften des Gemeinwesens) ist von besonderer Bedeutung und auch ein wichtiger Seismograph für Verwaltung und Politik.

Auf der Grundlage können auch größere und finanziell umfangreichere Quartiersentwicklungsprogramme entwickelt werden. So ist es eben auch dem Engagement und den Vorschlägen der Stadtteilgruppe Tenever zu verdanken, dass der Bremer Senat nun mit 31 Mio. € ein insgesamt 74 Mio. EURO umfassendes Sanierungsprogramm (Pilotprojekt Stadtumbau West) für diese städtebauliche Sünde der 70er Jahre beschlossen hat.

All das ist gut, zum Teil phantastisch, aber um seiner Rolle als Integrationsquartier gerecht zu werden, bedarf es für Tenever noch ganz anderer Maßnahmen, die mit den Mitteln aus WiN / Sozialer Stadt nicht allein zu lösen sind:

- Sanierung der Wohngebäude und größere städtebauliche Maßnahmen;
- Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Bewohner/innen als existenzielle Grundlage;
- Überwindung der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung (mit all ihren Segregationsprozessen);
- Denkt man an die Integrationsleistungen (Kinder, Neubürger etc.) solcher Quartiere wie Tenever für die Gesamtstadt, dann ist es richtig, dass die Gesamtstadt diesen Quartieren und ihren Bürger/innen mehr als die normale Unterstützung zukommen lässt.

Aus meiner Sicht sind die Fortsetzung solcher Programme wie Soziale Stadt und WiN

zwingend erforderlich - zur Stärkung der Integrationskraft unserer Quartiere und auch weil sie solche Zustände wie in den Banlieues von Paris oder mancher englischer Vorstädte (bisher) verhindern helfen.

**Hier einige Beispiele für WiN - / Soziale Stadt - Projekte, die dem Ziel der familiengerechten und kinderfreundlichen Quartiersentwicklung besonders und gesondert Rechnung tragen:**

- Schaffung eines Frauengesundheits-treffpunktes (mit inhaltlicher und räumlicher Kooperation mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst);
- Initiierung von ‚Familienorientierter Arbeit‘ für viele Einrichtungen mit solchen Einzelprojekten wie - Ausbau der Räumlichkeiten für diese familienorientierte Arbeit der Kindertagesheime Andernacher Str. und Schevemoorer Heide (Mündliche Ausführungen zur besonderen Bedeutung der Kindertagesheime und ihrer Kontakte für die gesamte Quartiersarbeit) - Vergrößerung des Hauses der Familie für diese Arbeit mit dem Schwerpunkt ‚Familienbildung‘;
- Errichtung und Betrieb einer Umweltlernwerkstatt mit 3.000 Teilnehmer/innen (insbesondere Kinder der Kindereinrichtungen und Schulen);
- Kinderkulturprojekte mit Künstlern/innen durch das Tenever-Kulturbüro / Quartier e.V.;
- Ausbau des Hallenbades Tenever mit gesondertem Eltern-Kinder-Bereich (statt wie von einigen geplant: Schließung des Bades);
- Bau einer ‚Halle für Bewegung‘ mit Spiellandschaft insbesondere für Eltern-Kinder-Gruppen als auch alle Vorschuleinrichtungen zu für Tenever notwendigen Geringstpreisen;
- Monatliche (demnächst wohl halbmonatliche) Frauenbadetage im fensterverhangenen Hallenbad, um insbesondere muslimischen Frauen und Mädchen die Möglichkeit des Badens zu geben;
- Schaffung eines Mütterzentrums mit Café, Internationalem Mittagstisch, Second-Hand-Shop und Internetcafe, Nähwerkstatt, Qualifizierungsprojekten etc., nicht nur als kommunikativer Treffpunkt sondern auch zur Schaffung von Frauenarbeitsplätzen;
- Ausbau der Versorgung unter Dreijähriger;
- Initiierung und Unterstützung zur flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen in Tenever im Grundschul- und Sek 1 - Bereich (eine Gesamtschule als Ganztagschule haben wir schon seit 30 Jahren);
- Unterstützung für Kinderferienprogramme (auch mal raus aus dem Beton);
- Aufbau eines Kinderbauernhofes als eine Attraktion für den Bremer Osten;
- Vielfältigste Umgestaltung vieler Spielflächen, insbesondere der allen öffentlich zur Verfügung stehenden KTH- / Hortspielflächen sowie Schulhöfen, aber auch bei Wohnungsgesellschaften (natürlich alle mit Kinder / Betroffenen Beteiligung; siehe auch Broschüre über Zukunftswerkstätten zur Spielflächenumgestaltung bei einem Hochhaus);
- Fit-Point als SportanimationsZentrum und Ausleihstation (umsonst!) für Spiel/Sportgeräte;
- Schaffung einer Tenever-Liga mit 30 Kinder-Jugend-Freizeitmannschaften. Zweimal pro Woche spielen diese interkulturellen Mannschaften unter dem Motto ‚Integration durch Sport‘;
- Große Skateranlage (allerdings: von der Initiative bis zur Realisierung: 8 Jahre!);
- ‚Spiel im Grünen‘ (einladende Spielgeräte am Wegesrand, Streetballkörbe, Bolzplätze);
- Ausbau der Jugendeinrichtungen (u.a. Jugendcafe, Cliquesräume, Mädchencafe) Fahrradausleihstationen und Fahrradkurse (wichtig z.B. für Migrantinnen);
- Projekt für Schulverweider/innen;
- Unterstützung zum Erhalt der Stadtteilbibliothek;
- Einführung von Tempo 30-Zonen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der kinderreichsten Straße Bremens;
- Internationale Kleingartenanlage ‚Grüne Oase‘ und Grabeland für die Hochhausbewohner/innen;
- Familienfeste, Familienexkursionen und Gala Tenever;
- usw.

## Diskussion

Die knapp 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops stiegen schon während des informativen, umfangreichen und engagierten Input von Joachim Barloschky an unterschiedlichen Stellen in eine Diskussion ein. Neben konkreten Nachfragen zur Arbeit der Projektgruppe Tenever ging es hierbei vor allem um die Reflexion eigener Erfahrungen der Beteiligung. Die Gruppe der Diskutanten/innen einigte sich auf sieben Kernfragen, die im Anschluss an die Mittagspause eingehender erörtert werden sollten. Die Kernfragen waren:

- (1) Methoden und Instrumente: Wie fängt man mit Beteiligung an?
- (2) Wie überwindet man Sprach- und Kulturbarrieren?
- (3) Wie erreicht man besonders benachteiligte Bewohnergruppen?
- (4) Wie sehen Entscheidungswege im Konsensprinzip tatsächlich aus?
- (5) Welchen Stellenwert haben Gremien für die Beteiligung?
- (6) Welche Rolle haben Verwaltung und Politik in Beteiligungsprozessen?
- (7) Was muss man bei der Einbindung von Trägerstrukturen beachten?

### Methoden und Instrumente

In der Regel werden bewährte und bereits vieldiskutierte Methoden eingesetzt wie etwa Werkstätten, Foren, Befragungen usw. Wichtig ist immer ein Grundsatz:

Die Quartiersentwicklung muss vor Ort sein (also in kontinuierlichem Kontakt zu den BewohnerInnen) und die Menschen im Stadtteil müssen informiert sein, um mitzuarbeiten.

Informationen lassen sich auch durch Presse – vor allem kostenfreien und oft stadtteilbezogenen Anzeigenblättern – oder einen offenen Kanal streuen. Aktive Pressearbeit sollte ein wichtiger Bestandteil der Quartiersentwicklung sein, damit etwaige Negativ-Berichterstattung ggf. mit der Chefredaktion der Ortszeitung besprochen und verhindert werden kann. Nicht zuletzt sind Aktionen/ Feste und natürlich die Mundpropaganda wichtige Voraussetzungen zur Aktivierung und Beteiligung von Bewoh-

ner/innen. Ein pragmatischer Vorschlag von Joachim Barloschky ist, sich als Quartiersentwickler mit einem Infotisch einen ganzen Tag vor einen Wohnblock zu stellen und ein- und ausgehende Bewohner/innen anzusprechen. So würde man ‚locker‘ 80% aller Mieter/innen des Blocks/Hauses erreichen. Von fundamentaler Bedeutung ist es, die Wirksamkeit von Quartiersentwicklung so schnell wie möglich zu zeigen – also praktische Beispiele und Ergebnisse schaffen. Selbst wenn ein erstes Projekt lediglich die Verlängerung der nächtlichen Straßenbeleuchtung bis nach 1:00 Uhr zur Folge hat, so zeigt sich doch für alle Bewohner/innen, das sich etwas tut. Wichtigere Projekte können somit auf mehr Beteiligung bauen, wenn klar ist, das der Einzelne im Quartier etwas verändern kann.

### Sprach- und Kulturbarrieren

In einem Entwicklungsgebiet ist der Migrantenanteil der Bewohnerschaft in der Regel sehr hoch, wobei häufig unterschiedlichste Nationen, Sprachen und Kulturen auf engstem Raum zusammen (oder eben nicht zusammen) leben. Die Quartiersentwicklung sollte nicht durchgängig jeweilige Muttersprachen anbieten – das kann sie auch nicht, wenn etwa 40 unterschiedliche Sprachen gesprochen werden; es bietet sich daher an, Angebote schon in deutscher Sprache als gemeinsames Medium umzusetzen. Ergänzend ist es natürlich geboten, Bewohner/innen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der QE aktiv, d.h. aufsuchend anzusprechen. Hierzu der pragmatische Vorschlag, in den Einrichtungen des Stadtteils – etwa in Kindertagesstätten – immer einmal nachzuhören, ob es etwa besondere Probleme gibt. Die Kitas werden in der Regel auch von Migrantenfamilien genutzt, und die Kinder der zweiten oder dritten Generation sind das Potential für eine sprachliche und kulturelle Integration der Bewohnerschaft im Stadtteil. Darüber hinaus sollte der interkulturelle Stadtteildiskurs durch interkulturelle Werkstätten oder die direkte Ansprache von Sprecher/innen einzelner Migrantengruppen aktiv mitgestaltet werden.

### Besonders benachteiligte Gruppen

...sind grundsätzlich am schwersten zu beteiligen, weil man sie einfach schlecht erreicht. Das zeigt auch die verhältnismäßig geringe Beteiligung (gemessen am Anteil, der Gesamtbevölkerung) in vielen Quartiersentwicklungsgebieten. Auch Jugendli-



che, die sich häufig in Cliques (oder auch Gangs) zusammenfinden, beteiligen sich nur am Diskurs, wenn sie ein aktuelles Eigeninteresse durchsetzen möchten – das ist aber auch OK! So wurde darüber berichtet, welchen Effekt eine ‚Horde‘ von Jugendlichen hat, wenn sie zur Umsetzung ihrer Bedürfnisse bei Stadtteilkonferenzen auftreten. Die Erfahrung zeigt, dass solche Auftritte auch Wirkung zeigen. Dahingegen scheint es eine Illusion zu sein, das Ziel einer kontinuierlichen Beteiligung von Jugendlichen an QE-Prozessen aufrechtzuerhalten – dies scheitert nicht zuletzt an der zeitlichen Unterschiedlichkeit von Interessenbekundung und Umsetzungsmaßnahme (besonders deutlich in mehrjährige Planungs- und Bauphasen für Spiel- und Freizeitflächen). Hier hat Beteiligung klare Grenzen!

### Entscheidungswege im Konsensprinzip

...sind notwendig, um die Glaubwürdigkeit von Entwicklungsprozessen im Quartier aufzubauen. Dargestellt am Beispiel des Konsensprinzips bei der Entscheidungsfindung in Bremen Tenever (s.o.) wurde noch einmal betont, dass drei Prinzipien unabdingbar sind:

- Bewohnerbedürfnisse und -interessen ernst nehmen
- Empathie
- Bewohner/innen Rechte geben,

denn wenn der/die einzelne merkt, dass Mitreden und Mitarbeiten im Quartier etwas bewirkt, wird er/sie auch zukünftige Maßnahmen und Prozesse verantwortlich mitgestalten. Transparente Entscheidungswege und ein ernstgemeintes Orientieren an den Bewohnerbedürfnissen sind Grundlagen für das Gelingen von sozialen Entwicklungsprozessen.

### Der Stellenwert von Gremien

Gremien wie etwa Stadtteilkonferenzen, Steuerungsgruppen oder Stadtteilforen haben im Quartiersentwicklungsprozess einen zentralen Stellenwert als Organ der Bewohner/innen, aber auch anderer beteiligter Stellen wie Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen, Verwaltung und Politik. Solche Verbände sind enorm wichtig, um Beteiligungsprozesse umsetzbar und in Entscheidungsfindungen einsetzbar zu machen. „Also gilt es, um Gremien fortwährend zu kämpfen“, so ein Kommentar. Solche Einrichtungen dienen einerseits als Steuerungsinstrument der Umsetzung von Quartiersentwicklung, sie sind aber – und das ist

ihre besondere Qualität – auch ein Korrektiv für politische Entscheidungen. Der Sozial- oder Baudezernent wird sich zweimal überlegen, ob er ein Gremium übergeht und sich im nachhinein für (Fehl-)Entscheidungen vor versammelter Gruppe verantworten wird. Im Hinblick auf die quantitative Beteiligung von Bewohner/innen sollte man realistischere aber davon ausgehen, dass das Aktivierungspotential zur Mitarbeit in der Regel bei 1-3% der Einwohnerschaft des Quartiers liegt. „Wenn 80 Aktive bei der Stadtteilkonferenz dabei sind, ist das gut – und im übrigen auch praktikabel.“

### Die Rolle von Verwaltung und Politik

Verwaltung und Politik sollten sich immer als Teil des Gesamtprozesses sehen. Wohlweislich, dass der sog. Paradigmenwechsel (hin zum moderierenden/ kooperativen Staat) vor allem für Verwaltung eine enorme Herausforderung ist, ist hierbei aktive Teilnahme und unterstützende Steuerung von öffentlicher Seite gefragt. Als Beispiel hierfür zeigt sich die Konstellation in Bremen-Tenever, in der der Quartiersentwickler zwar Beschäftigter der Verwaltung (ASD) ist, seinen Arbeitsmittelpunkt aber vor Ort im Quartier – und damit in Vermittlungsfunktion zwischen Bewohner/innen und Staat – hat. Dies ist in nicht allzu vielen Quartieren der Fall. Die zentrale Stärke von Verwaltung und Politik als Bestandteil des Gesamtprozesses ist die Garantie der Rechtmäßigkeit (und damit der Rechtfertigung) von Entscheidungen und finanziellen Förderungen.

### Einbindung von Trägerstrukturen

Gerade im Hinblick auf die Frage der Nachhaltigkeit von Quartiersentwicklungsprozessen ist es ein vornehmliches Ziel, das Netzwerk sozialer Einrichtungen in die Entwicklung zu integrieren. Es geht nicht lediglich um die Vermeidung von doppelten Strukturen, sondern vielmehr um die Verankerung der Ziele und Ansätze von Quartiersentwicklung in Einrichtungen der Regelförderung. Natürlich ist dieser Ansatz nur möglich, wenn sich beide Seiten – die QE und die Regeleinrichtungen – auf einen Austauschprozess einlassen („Es ist immer ein Geben und Nehmen“). Besonders gute Erfahrungen wurden aus der Zusammenarbeit von QE und Sporteinrichtungen berichtet, denn vor allem für Kinder und Jugendliche sind Sportstätten und Vereine mit offenen Angebote wichtige Anker im Stadtteil. Es geht also immer und überall um Koope-

rationen und Dezentralisierung (Vernetzung), dies ist nicht zuletzt eine wesentliche Kernaufgabe der Quartiersentwicklung nach dem Motto: „Nicht selber machen, sondern Angebot und Nachfrage zusammenführen, Kontakte herstellen und Kooperationen anregen“.

**Weitere Informationen:**

[www.bremen-tenever.de](http://www.bremen-tenever.de)

Projektgruppe Tenever  
Joachim Barloschky  
Neuwieder Str. 44a  
28325 Bremen  
Tel. 0421 / 42 57 69  
mail: [projektgruppe@bremen-tenever.de](mailto:projektgruppe@bremen-tenever.de)

## Lebensqualität vor Ort verbessern

### Wie werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren?

Um in den Genuss der ressortübergreifenden Förderung zu kommen, verlangt das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ von den Kommunen, dass sie stadtteilbezogene integrierte Handlungskonzepte aufstellen, wozu auch die Bewohnerbeteiligung und –aktivierung in den benachteiligten Gebieten gehören. Der Umsteuerungsprozess wird programmatisch als „Erneuerung von unten“ beschrieben, wobei die Bewohner/innen „die Entwicklung ihrer Stadtteile selbst in die Hand nehmen sollen“. Neben der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung, Wohnungsbau-gesellschaften und örtlichen Institutionen sollen auch die Bewohnerschaft zum Akteur werden – ein hoher Anspruch, da es die Bewohnerschaft als „handlungsfähiges Subjekt“ im Regelfall nicht gibt. Wie soll dieses „Konstrukt“ aussehen und was muss geschehen, damit so etwas in benachteiligten Gebieten entsteht?

### Aufbau von eigenständigen Interessen- vertretungen

Mit dieser Frage und deren praktischer Umsetzung beschäftigt sich das Büro für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren (GWA-Büro) seit Anfang der 80er Jahre. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit war von Beginn an ausgerichtet

auf benachteiligte Stadtteile, in denen die Lebensqualität z.B. durch schlechte Wohnbedingungen oder eine unzureichende Infrastruktur spürbar eingeschränkt war. Das GWA-Büro unterstützt und berät Bewohner/innen (unzufriedene, empörte, motivierte ...) beim Aufbau eigenständiger Interessenvertretungen bzw. Bürgergruppen, die auf Dauer zusammenarbeiten und eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen. Den von uns praktizierten Arbeitsansatz nennen wir heute „Gemeinwesenarbeit als Organisationsberatung“. Es geht um die Entwicklung angemessener Organisationsformen, die den Möglichkeiten und Fähigkeiten der beteiligten Bewohner/innen entsprechen und die sich an demokratischen Prinzipien orientieren.

### Spezielles Know-how

Um diese Ziele zu erreichen, hat das GWA-Büro in den vergangenen Jahren ein spezielles Know-how entwickelt, das einer ständigen Reflexion bedarf, da die Verhältnisse vor Ort sehr unterschiedlich sind, z.B. was die Größe der Wohnquartiere anbetrifft, oder sich durch Fluktuation die Zusammensetzung der Bewohnerschaft ändert. So ist beispielsweise auch immer wieder die Frage zu stellen, ob die einmal entwickelten Organisationsformen noch geeignet sind, die formulierten Ziele und angestrebten Verbesserungen auch zu erreichen.

***Mit dem jüngsten Projekt „Wohnquartiersbezogene Aktivierung in Düren Süd-Ost“ ist es gelungen, Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ zu finden, das eng an das bereits 1993 aufgelegte NRW-Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ anschließt. Das GWA-Büro erhielt 1999 den Auftrag, die Bewohner/innen wohnquartiersbezogen beim Aufbau von eigenständigen Interessenvertretungen zu beraten. Es geht nicht darum, möglichst schnell angebotsorientierte Projekte zu entwickeln, sondern im Stadtteil mit den Bewohner/innen neue Strukturen aufzubauen oder vorhandene zu stärken, damit die Bewohnerschaften zum Akteur werden und den Veränderungsprozess aktiv mitgestalten.***

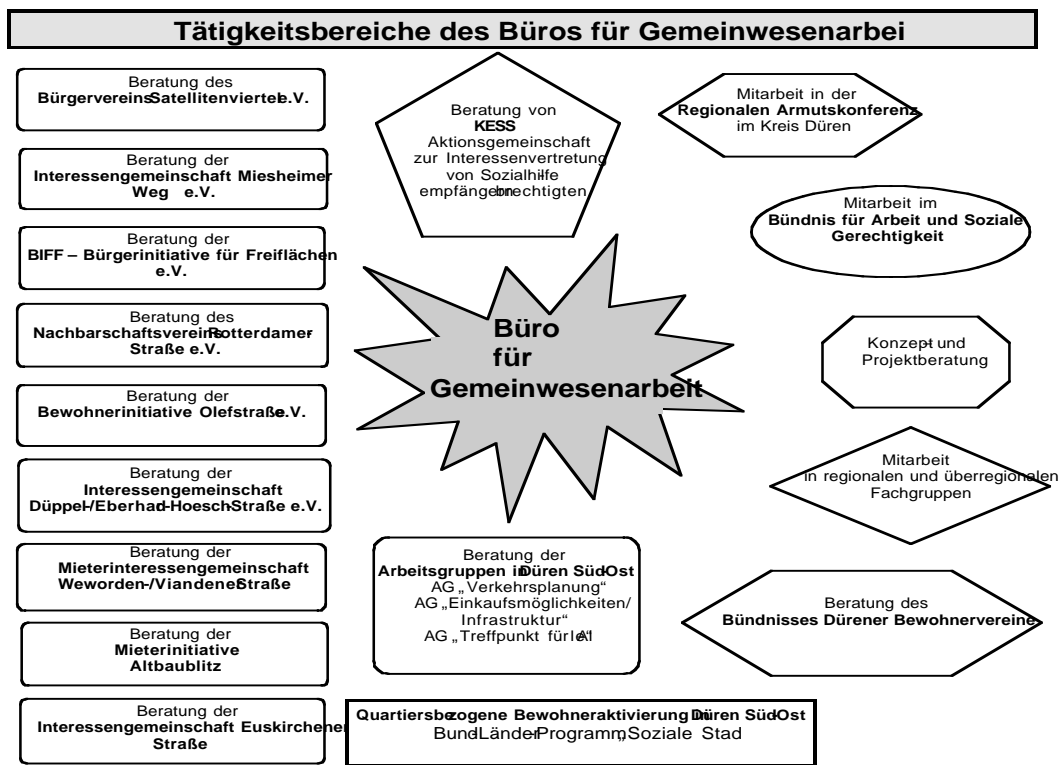
## Erfolgreiche Arbeit des Bürgervereins Satellitenviertel e.V.

Die erste selbständige Interessenvertretung entstand im Dürener Satellitenviertel. Im Laufe seiner Geschichte wurde der Bürgerverein Satellitenviertel e.V. zu einer der größten Bewohner/innen-Selbstorganisationen in der BRD. Für seine erfolgreiche Arbeit erhielt der Bürgerverein 1999 unter 187 Bewerbern den 1. Preis in einem bundesweiten Wettbewerb des Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. mit Sitz in Münster. Das Schaubild gibt einen Einblick in den Aufbau und die verschiedenen Aktivitäten des Bürgervereins.

Die Arbeitsgruppen agieren selbständig und treffen satzungsgemäß die Entscheidungen, die für die Erledigung ihrer Aufgaben notwendig sind. Bei umfangreichen Aktionen, die risikobehaftet sind und einen ho-

hen Arbeits- und Organisationsaufwand nach sich ziehen, z.B. Verweigerung einer Mieterhöhung mit Hunderten von Familien, und kostenaufwendigen Vorhaben sind vorher Beschlüsse der Mieterversammlung einzuholen.

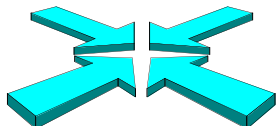
Jede Arbeitsgruppe wählt eine/n Vertreter/in und eine/n Stellvertreter/in, die die Arbeitsgruppe nach außen und im Gesamtvorstand vertreten. Der Gesamtvorstand ist zuständig für alle Aufgaben und Fragen, die nicht von den Arbeitsgruppen abgedeckt werden. Der geschäftsführende Vorstand ist lediglich ausführendes Organ, hat jedoch wichtige Aufgaben wahrzunehmen, z.B. die Vorbereitung des Gesamtvorstands, der inklusive der zwei beratenden Mitglieder (Berater/innen des GWA-Büros/von der Jahreshauptversammlung gewählt) insgesamt zwölf Personen umfasst.



*In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben des GWA Büros vielfältiger geworden und das Wirkungsfeld wurde erweitert. Heute gehören zu unserem Büro 10 Kolleginnen und Kollegen, davon 8 Gemeinwesenarbeiter/innen mit einem Beschäftigungsumfang von 6,0 Stellen.*

# Der Bürgerverein heute

## Aufbau und Aktivitäten



**Jahreshauptversammlung** oder außerordentliche Mitgliederversammlung

**Mietersammlung** (1 x monatlich)

**Gesamtvorstand** (Treffen 1 x monatlich) bestehend aus:

**Geschäftsführender Vorstand** 1. und 2. Vorsitzende/-r sowie zwei Kassierer/-innen und

je zwei Vertreter/-innen aus Arbeitsgruppen sowie zwei beratende Mitglieder

**Mieterat**

**Arbeitsgruppen:**

Sprechstunde

Mieten

Bürgerhaus

Grabeland

Geselliges

Kinder- und Jugendabteilung



Ist eine selbständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft des Satellitenviertels



ihm gehören mittlerweile über 500 Familien als Mitglied an



Ist eine der größten Bewohner/-innen – Selbstorganisationen in der Bundesrepublik



vertritt die Belange der Bewohnerschaft gegenüber Behörden, Institutionen und in der Öffentlichkeit



Bemüht sich um mehr Nachbarschaft und Gemeinschaft im Viertel



Setzt sich ein für bessere Freizeitangebote, führt Familienwochenenden, Bildungsurlaube und multikulturelle Reisen durch



Bietet 2 x wöchentlich Sprechstunden an, 5 x Hausaufgabenhilfe, Bastelnachmittage und jährlich eine zweiwöchige Ferienaktion



veranstaltet Sommerfeste, Weihnachtsfeiern und Tanzabende



Verwaltet 28 Stadtrandgärten



setzt sich ein für mehr und bessere Kinderspielplätze sowie für Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene



Bereitstellung von Räumen für Aktivitäten der BewohnerInnen und für private Feiern

**Der Bürgerverein erreicht auch Verbesserungen in Zusammenarbeit mit gemeinsamen Aktionsbündnissen auf – und Kreisebene:**



Aktionsgemeinschaft **KESS**, mit der Interessengruppe Sozialhilfe e.V. und dem Arbeitslosenzentrum Düren e.V. zur Erreichung von Verbesserungen für alle Sozialhilfeempfänger/-innen im Kreisgebiet

**Bündnis** Dürener Wohnvereine

**Regionale Armutskonferenz** und **Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit** im Kreis Düren zur Herstellung von Öffentlichkeit zur Armutproblematik und Gesprächen mit Verwaltung und Parteien

Stand: 2/2001

## Keine Stellvertretung

Gemeinwesenarbeit, wie wir sie verstehen, ist im Wesentlichen das Tätigwerden der Bewohnerschaft, wobei die Außenvertretung durch die gewählten Bewohnervertreter/innen selbst wahrgenommen wird.

Die Mitarbeiter/innen des GWA-Büros handeln nicht stellvertretend für die Bewohnerorganisation, sondern beraten und unterstützen sie im Innenverhältnis, z.B. in den Arbeitsgruppen, wenn es um die Planung von Aktionen oder die Vorbereitung von Verhandlungen geht.

Unsere Aufgaben gehen über den bekannten Arbeitsansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ hinaus und beinhalten im Wesentlichen Aufbauarbeit und Aktivierung, Organisationsberatung, Strategie- und Taktikberatung sowie Recherchen und Hintergrundarbeit. Je nach Entwicklungsstand werden unsere Beratungsleistungen wie auch die Verantwortlichkeiten der Bewohnerschaft geklärt und die Verteilung der Aufgaben ausgehandelt.

Dies erfordert auf Beraterseite ein hohes Maß an Rollenklarheit, nicht selten stolpern wir über unsere eigene Sozialarbeiter-Geschichte und geraten in die Rolle des Fürsorgers, der für alles Verständnis hat und zu früh aufhört zu fragen, was der andere aus eigener Kraft selbst tun kann. Dafür reichen deklaratorische Erklärungen nicht aus, neben Haltung (Neugierde) und Menschenbild (aufrechter Gang) ist auf Beraterseite ein hohes Maß an Kommunikationsfähigkeit, Erfahrung und Flexibilität erforderlich.

## GWA = Organisationsberatung

Nach unseren Erfahrungen brauchen Bewohnerorganisationen je nach den vorhandenen Ressourcen und je nach Komplexität der Situation oder Fragestellung mehr oder weniger Unterstützung im Sinne von Organisationsberatung. Organisationsberatung stellt nicht die Souveränität der Organisation in Frage. Schließlich nehmen auch gut bezahlte Manager Beratung von außen in Anspruch. Dann können auch Bürger/innen, die sich ohne besondere Vorbildung in ihrer Freizeit für hoch komplexe Problemlösungen engagieren – manchmal geht es auch schon mal um eine Million, Beratung in Anspruch nehmen, ohne dass damit ihre Selbständigkeit in Frage gestellt wird. Dabei ist es jedoch wichtig, dass die Berater immer wieder ihre Rolle und ihren Auftrag (und ihre begrenzten Möglichkeiten/Einfluss) transparent machen und sich aus den Entscheidungen, die von Bewohnerseite zu treffen sind, sowie den Außenvertretungsaufgaben konsequent heraushalten.

Dieses Rollenverständnis verträgt sich nicht mit den sogenannten „intermediären Instanzen“, die sich selbst als Vermittler zwischen der Lebenswelt im Stadtteil und dem Rathaus, der Verwaltung etc. definieren, ohne dass darüber ein Auftrag von Seiten der Bewohnerschaft eingeholt wurde. Dabei wird nach unserem Dafürhalten auch der Frage zu wenig Beachtung geschenkt, welche Effekte dadurch letztlich erzielt werden und insbesondere welchen Gebrauchswert sie aus Bewohnersicht haben. Es geht nicht um Schwarz-Weiß-Malerei, sondern um die differenzierte Betrachtung, dass es neben der Einrichtung von „intermediären Instanzen“ auch andere GWA-Konzepte gibt, die sich in der Praxis bewährt haben.

*„Die jetzige Organisationsstruktur des Bürgervereins berücksichtigt die unterschiedlichen Interessen der Bewohnerschaft und führt sie unter ein Dach zusammen. Jede Altersgruppe, jede Nationalität im Viertel ist beteiligt und eingeladen zur Mitarbeit. Alle wichtigen Entscheidungen werden von der Mieterschaft gemeinsam getroffen ...“*

*„Heute ist der Bürgerverein in ganz Düren bekannt und wird als eigenständige Interessenvertretung der Bewohnerschaft anerkannt und ernst genommen. Durch seine langjährigen Aktivitäten hat er mit dazu beigetragen, dass durch solidarisches Handeln und Hilfe auf Gegenseitigkeit spürbare Verbesserungen für unser Viertel und darüber hinaus erreicht werden konnten ...“*

Auszüge aus der Rede des Bürgervereinsvorsitzenden H. Blatzheim anlässlich der Preisverleihung am 24.11.1999 in Münster

Bewohnerorganisationen können eine größere Durchsetzungs- und Gestaltungskraft entwickeln, wenn sie klug agieren und sich ihre Unabhängigkeit bewahren. Sie sind authentischer, unterliegen keiner Weisungsbefugnis, können souverän handeln, phantasiereiche Aktionen entwickeln und den direkten Weg zur Entscheidungsinstanz gehen, ohne in den Amtsmühlen zerrieben oder den Vorzimmern von Wohnungsbaugesellschaften zu versauern.

Für den Aufbau selbständiger Bewohnerorganisationen sind professionelle Beratungskapazitäten erforderlich, sowohl was den Umfang als auch die Qualifizierung anbetrifft.

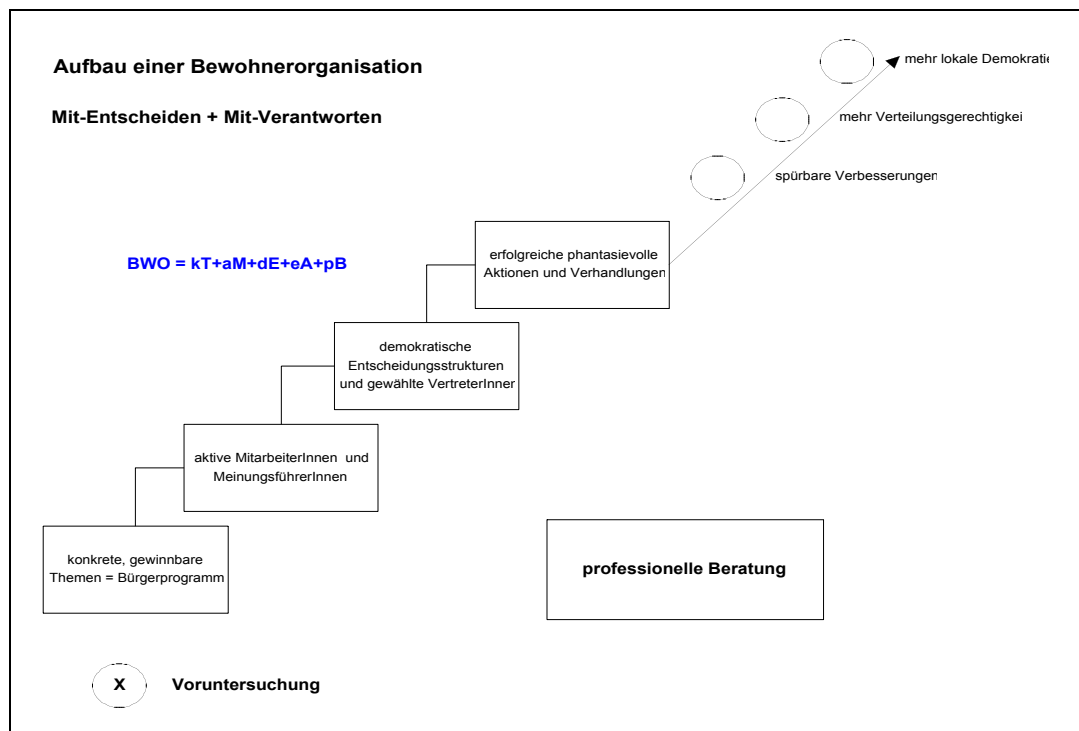
Verkannt werden sollen dabei nicht die Schwierigkeiten und alltäglichen Unabwägbarkeiten, die den Aufbau von Bewohnerorganisationen erschweren können (Überforderung der aktiven Bewohner/innen wie auch der Berater/innen, ausbleibende Erfolge, Größe des Gebiets, Fluktuation, Alleingänge einzelner Bewohnervertreter/innen, Unsicherheit in der Beraterrolle, voreilige Übernahme von Aufgaben, die in den Verantwortungsbereich der Bewohnerorganisation fallen ...).

### GWA-Bausteine

Wir fangen in einem Gebiet immer da an, wie die Situation ist und nicht, wie sie unserer Meinung nach sein soll. Wir eröffnen

auch im Stadtteil kein Büro oder einen „Laden“, da sich die Bewohnerschaft mit dem Träger – egal, welcher Couleur – im Regelfall nicht identifiziert (Stichwort: Kolonialisierung der Lebenswelten). Sofern im Laufe des Aktivierungsprozesses von Seiten der Bewohnerschaft ein Bedarf artikuliert werden sollte, können wir sie dabei unterstützen, dass sie eigene Räumlichkeiten bekommen. Wir diskutieren in der ersten Aktivierungsphase mit den Bewohner/innen nicht darüber, was richtig oder verkehrt ist. Wir versuchen z.B. in offenen Gesprächen herauszufinden, was ihnen unter den Nägeln brennt, welche Wünsche und Bedürfnisse (= Eigeninteresse) sie haben und was sie bereit sind, selbst für die notwendig erachteten Verbesserungen zu tun. Es geht dabei nicht um allgemeine Probleme, sondern um konkrete Themen, die gewinnbar sind. Im weiteren Verfahren wirken wir darauf hin, dass

- interessierte Bewohner/innen zusammenkommen und einen Aktionskern bilden, der auf Dauer zusammenarbeitet;
- über Konsensfindung und Bildung von Prioritäten aus Eigeninteressen gemeinsame Interessen werden;
- Entscheidungsabläufe und Verantwortlichkeiten abgestimmt und erste Absprachen getroffen werden, wie die gewünschten Veränderungen gemeinschaftlich umgesetzt werden können.

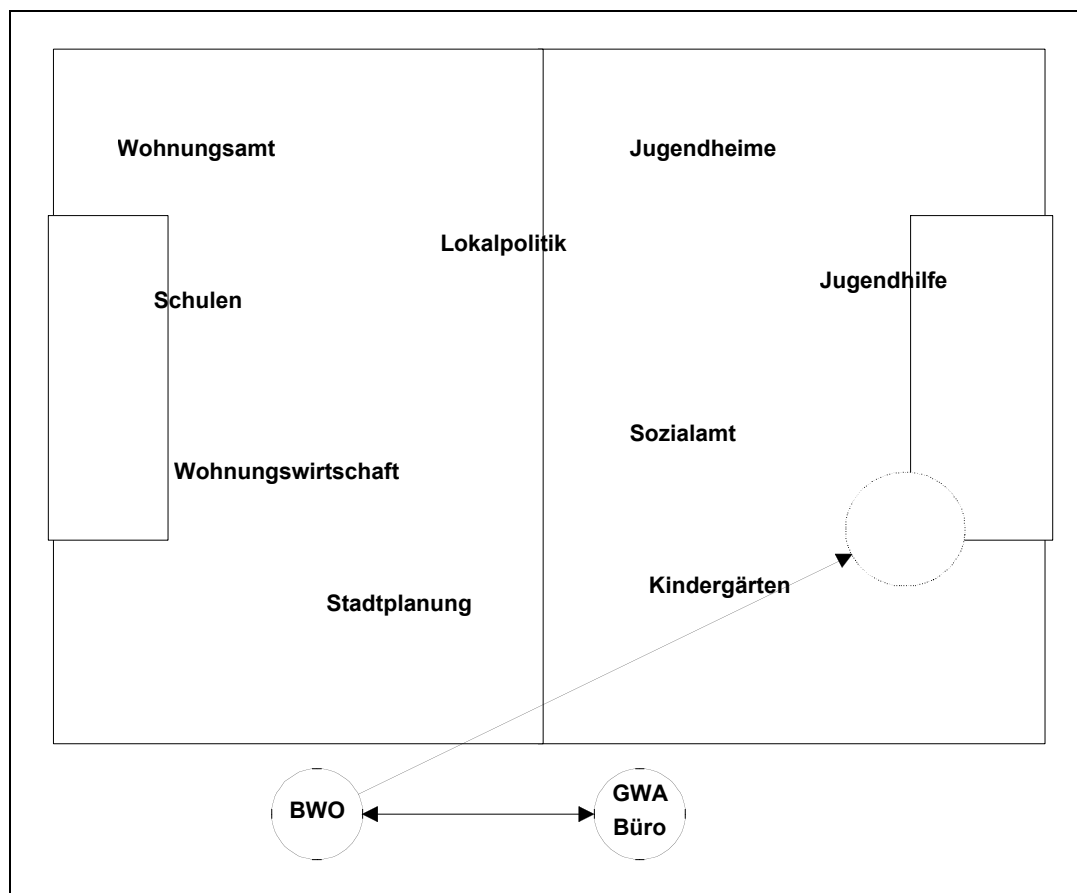


## Eigenes Programm der Bewohnerschaft = Bürgerprogramm

Aus den konsensfähigen Interessen entsteht ein Programm (= Bürgerprogramm), mit dem sich möglichst viele Bewohner/innen in einem Gebiet identifizieren können und was Perspektive sichtbar macht.

Es handelt sich dabei um konkrete Themen, die von der Beseitigung gravierender Wohnungsmängel über die Verweigerung ungerechtfertigter Nebenkosten- Nachforderungen bis zur Durchführung von Ferienspielaktionen oder der Schaffung besserer Einkaufsmöglichkeiten in Wohngebietsnähe reichen.

Bei der Umsetzung des Bund-Länder-Programms hat sich gezeigt, dass ein von der Bewohnerschaft aufgestelltes Bürgerprogramm nicht immer mit dem von der Stadt aufgestellten Handlungsprogramm kompatibel ist und zu Zielkonflikten führen kann. Mit Unterstützung des städtischen Projektbüros konnten jedoch verschiedene Vorhaben auch im sozialen Bereich auf den Weg gebracht und über das Bund-Länder-Programm gefördert werden, was auf Grund der knappen Finanzen über den städtischen Haushalt kaum möglich gewesen wäre, z.B. die Finanzierung der Hausaufgabenhilfe oder die Übernahme der Mietkosten für Bürgervereinsräume.



## Spürbare Verbesserungen für die Bewohnerschaft

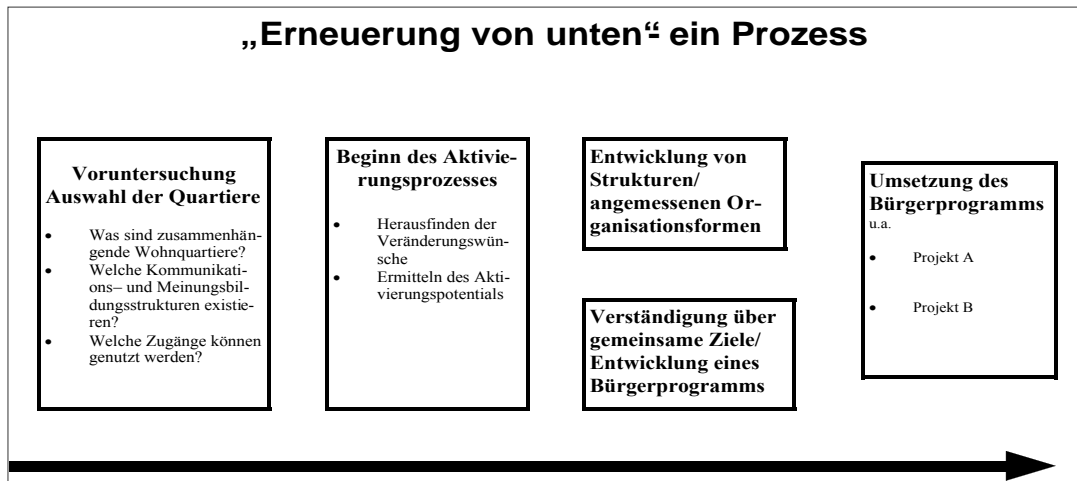
Die Aktivitäten der Bewohnerorganisationen haben für die Bewohner und die verschiedenen Wohnquartiere zu spürbaren Verbesserungen geführt und Effekte erzielt, die auch für die Kommune von nicht unerheblichem Nutzen sind. Beispielhaft sind zu nennen:

1. Materielle Verbesserungen und größere Wohnzufriedenheit durch ge-

wonnene Mietkonflikte, Beseitigung von Wohnungsmängeln, Korrektur von fehlerhaften Nebenkosten-Abrechnungen, Abwendung von Räumungsklagen, erfolgreiches Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhung und Mietwucher, Verhinderung von Nachverdichtung, Umsetzung einer sozialverträglichen Modernisierungsstrategie, Kostenreduzierung durch neues Müllkonzept für Hochhäuser



2. Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Wohnumfeld, Bau eines großen Spielparks, Verkehrsberuhigung, Erhalt von Frei- und Spielflächen, Schaffung eines Bürgerparks, Errichtung einer Kleingartenanlage, Stadtrandgärten für türkische Bewohner/innen, Errichtung einer Spielanlage mit den Pächter/innen der Stadtrandgärten, günstigere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnquartiersnähe
3. Verbesserung der Nachbarschaft und des Gemeinschaftsgefühls sowie gegenseitiger Hilfe im Alltag, Organisation von Festen und Ferienspielen, Schaffung und Unterhaltung von Treffpunkten, Hausaufgabenhilfen als integriertes Angebot, Frauentreffs, wohnortsnah (Bildungs-) Angebote für Kinder und Erwachsene
4. Verbesserung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen und Altersgruppen durch die von den Bewohnerorganisationen geschaffenen neuen Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten
5. Mehr Eigeninitiative, z.B. Mitarbeit bei der Erstellung und Unterhaltung von Spielplätzen, regelmäßige wöchentliche Sprechstunden, Mitarbeit in den Arbeitsgruppen, Übernahme von Vertreterpositionen, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen
6. Einsatz für mehr Gerechtigkeit anhand von konkreten Themen vor Ort, Stärkung des Rechtsbewusstseins, nicht nur Recht haben, sondern sie auch bekommen, Ankopplung ans Rechtssystem
7. Entwicklung von „Hilfe auf Gegenseitigkeit“ und mehr Verantwortung für das Gemeinwesen



### Ausreichende Beratungsressourcen

Gerade Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Gebieten brauchen eigene Formen für Zusammenkünfte, Interessensaustausch und gemeinsames Handeln. Über herkömmliche Beteiligungsangebote allein werden sie nicht erreicht. Das hapert oft schon an der Sprache, z.B. Dialekt kontra Mittelschichtssprache. Programmatisch wird im Bund-Länder-Programm der Bürgerbeteiligung und –aktivierung bis hin zum Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisationen“ ein hoher Stellenwert eingeräumt. De facto sind die dafür zur Verfügung stehenden Res-

sourcen jedoch oft nicht ausreichend, wenn sie unter das Quartiersmanagement subsumiert werden, das noch andere Aufgaben hat. Es ist deshalb sinnvoll und empfehlenswert, wie in Düren einen freien Träger, der nicht Teil der Verwaltungsstruktur ist, speziell mit dem Aufbau von Bewohnerorganisationen zu beauftragen und daneben separat ein städtisches Projektbüro einzurichten, das für die Koordination innerhalb der Verwaltung, die Abwicklung von Projekten und die Akquirierung der Fördermittel etc. zuständig ist.

**Auszüge aus dem Vertrag** zwischen der Stadt Düren und der Evangelischen Gemeinde zu Düren über die „Erteilung eines Auftrags zur quartiersbezogenen Aktivierung im Stadtteil“

Nach dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist die Aktivierung der örtlichen Potentiale und insbesondere der Aufbau „selbsttragender Bürgerorganisation“ grundlegende Voraussetzung für den erfolgreichen Ablauf der Stadterneuerung. Die Aufgabenteilung zwischen dem Projektbüro/Stadt Düren und dem GWA-Büro/Evangelische Gemeinde zu Düren orientiert sich an dieser Zielvorgabe:

- Das Projektbüro betreibt ein projekt- und maßnahmenbezogenes Stadtteilmanagement.
- Das GWA-Büro setzt die Aktivierungsarbeit, den Aufbau und die Beratung von Bewohnerorganisationen fort.

Je nach Entwicklungsstand der Aktivierung wird zwischen zwei Kategorien von Gebieten unterschieden:

- a Gebiete, in denen die Primäraktivierung des GWA-Büros noch nicht abgeschlossen ist,
- b Gebiete, in denen aus der Primäraktivierung Bewohnerorganisationen entstanden sind.

Es besteht Konsens darüber, dass in den Gebieten der Kategorie a Beteiligungsangebote seitens des Projektbüros den Prozess der Aktivierung beeinträchtigen können. Von daher werden dort bis zum Abschluss der Primäraktivierung keine Beteiligungsangebote an die Bewohner/innen gemacht. In den Gebieten der Kategorie b wird durch das GWA-Büro Organisationsberatung angeboten, um den Prozess des Aufbaus von angemessenen Organisationsformen und –strukturen zu unterstützen. Beteiligungsangebote des Projektbüros werden unmittelbar an die bestehenden Organisationen gerichtet. Vierteljährlich findet zwischen der Projektgruppe und dem GWA-Büro ein Informationsaustausch statt.

Wenn Bewohnerschaften zum Akteur werden sollen, bedarf es eines eigenständigen Prozesses, der Raum und Zeit braucht und der auf Seiten der Bewohner/innen eigenen Bedingungen (Freizeit/nicht Arbeitszeit) unterliegt. Wird er zu sehr oder zu früh von außen gestört, kommt es zu Brüchen und Zielkonflikten. Von professioneller Seite ist dafür ein eigenständiger Arbeitsansatz erforderlich, der vom GWA-Büro seit Jahren in verschiedenen Dürener Stadtteilen erprobt und weiterentwickelt wird.

# Thesen für den Workshop

## These 1

Nach dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt soll neben der Lokalpolitik, der Stadtverwaltung, Wohnungsbaugesellschaften und örtlichen Institutionen auch die Bewohnerschaft zum Akteur werden. In benachteiligten Stadtteilen gibt es die Bewohnerschaft als „handlungsfähiges Subjekt“ jedoch im Regelfall nicht.

## These 2

Die Bewohnerschaft eines Wohnquartiers wird erst dann zu einem handlungsfähigen Akteur, wenn sie eine eigenständige Interessenvertretung = Bewohnerorganisation aufbaut, mit der sie sich identifizieren kann. Es handelt sich dabei um eine Organisation, die von der Bewohnerschaft selbst getragen wird und eine repräsentative Vertretung des jeweiligen Wohnquartiers darstellt.

## These 3

Im Laufe des Organisationsprozesses entstehen auf Wohnquartiersebene neue Kommunikations-, Kooperations- und Entscheidungsstrukturen, die eine nachhaltige Wirkung für die Quartiersentwicklung haben und den Gemeinwesenenaufbau befördern.

## These 4

Handlungsleitend für eine Bewohnerorganisation sind die konsensfähigen Interessen, die in einem Bürgerprogramm zusammengefasst werden. Bewohnerorganisationen vertreten nicht nur ihre eigenen Interessen und wollen spürbare Verbesserungen für ihr Wohnquartier erzielen. Sie werden auch zu einem bedeutsamen Gegenüber (Verhandlungs-/ Kooperationspartner) für die Lokalpolitik und die Stadtverwaltung (Jugendhilfe, Sozial-/Wohnungsamt, Stadtplanung ...), in dem sie ihr Alltagswissen und ihre eigenen Ressourcen in die Quartiersentwicklung einbringen.

## These 5

Wie in der PvO-Dokumentation dargelegt wurde, reichen herkömmliche Beteiligungsformen wie Runde Tische, Foren nicht aus, damit Bewohnerschaften in benachteiligten Stadtteilen zu Akteuren werden. Um den eigenständigen Prozess der Bewohnerorganisation in Gang zu setzen, bedarf es ausreichender professioneller Beratungskapazitäten, wobei auf Beraterseite ein spezielles Know-How und ein hohes Maß an Rollenklarheit entwickelt werden muss.

## Diskussion

Im Workshop mit Hermann J. Schaaf, an dem 10 Personen teilnahmen, stellte der Referent zunächst den Arbeitsansatz des Büros für Gemeinwesenarbeit der Evangelischen Gemeinde zu Düren vor. Dabei ging er bereits im Kontext seines Vortrages auf konkrete Nachfragen der Teilnehmer/innen ein.

Nach der Mittagspause wurde eine weitergehende Diskussion über den Ansatz der Bürgeraktivierung durch zwei vorgegebene Fragen angeregt, zu denen die Teilnehmer/innen stichwortartige Beiträge auf Moderationskarten leisteten:

### **Frage 1: Welche Erfahrungen haben Sie mit Bürgeraktivierung gemacht?**

- abhängig von sozialem und kulturellem Kapital
- Menschen kommen auf (unkonventionelle) Ideen
- kann viel Spaß machen
- Gefahr der Alibi-Veranstaltung
- «Aller Anfang ist schwer»
- Einfühlen in unterschiedliche Mentalitäten notwendig
- braucht Zeit
- bestimmte Bewohnergruppen lassen sich schwer aktivieren
- Resignation der Bewohner/innen (es passiert nichts) => Wegzug
- Bedenken der Politik, Dinge nicht steuern zu können
- keine Unterstützung durch Politik
- Ohnmacht der Bürger: man kann eh nichts tun!
- Überzeugungsarbeit schwer in der Politik
- Fragebogenaktion zur Aktivierung von Senioren/innen für ein Stadtteilzentrum : Vorgaben nötig!
- zu hohe Ansprüche
- Bewohner/innen lassen sich schwer in die vorhandenen Entscheidungsstrukturen einbinden
- positive, weil ...
  - Verantwortung übernommen wird
  - Kontakte hergestellt/ vertieft werden
  - Qualität des Lebens steigt
  - demokratische Spielregel
- wenig, weil ...
  - Bürger/innen nicht im Mittelpunkt der Aktivitäten
  - kein Bewusstsein bei den Programmgestaltern
  - lokale Politik Angst vor Machtverlust
  - Vertretungshandeln praktiziert wird

- Bewohner/innen lassen sich schwer in die vorhandenen Entscheidungsstrukturen einbinden

### **Frage 2: Was sind aus Ihrer Sicht notwendige Bestandteile einer nachhaltigen Bürgeraktivierung?**

- Politische Unterstützung
- Einbau in den Verwaltungsprozess
- Institutionalisierung => Identifikation
- Belange der Bürger/innen annehmen!
- Bürger/innen ernstnehmen
- Entscheidungsmacht muss an Bürger/innen abgegeben werden
- Räume
- tatsächlich vorhandener Entscheidungsspielraum und Einflussmöglichkeiten
- Identifikation mit dem Wohngebiet
- Bewohner/innen müssen sich angesprochen fühlen
- Verhinderung der Fluktuation im Stadtteil
- Unterstützung der Verwaltung/ Politik
- politischer Wille
- Prinzipien/ Grundsätze
- Vision
- finanzielle Grundausstattung
- Coaching/ Beratung
- Menschen sind wichtig, jede/r
- Verantwortung übertragen
- Langmut
- Vertrauen
- gesamtheitliche gesellschaftliche Sicht
- Spielregeln

Die weitere Diskussion konzentrierte sich auf einige für die nachhaltige Bürgeraktivierung besonders bedeutsame Aspekte:

#### **■ Schaffung von Problembewusstsein / bottom-up-Ansatz**

Für eine dauerhafte Bürgeraktivierung ist es erforderlich, dass sich das Gemeinwesen ausgehend von den Bedingungen im Quartier von unten nach oben entwickelt. Ein aus einem solchen Bottom-up-Ansatz erwachsendes Bürgerprogramm steht aber möglicherweise in einem Zielkonflikt mit einem bereits existierenden Handlungsprogramm mit Top-down-Ansatz.

#### **■ Wie lässt sich ein erfolversprechender Anfang für eine Bürgerbeteiligung finden?**

Wie die Erfahrung eines Workshopteilnehmers mit einer Fragebogenaktion für die Seniorinnen und Senioren eines Quartiers belegte, ist das anonyme Verteilen von Fra-

gebögen kein geeignetes Mittel, um eine größere Resonanz zu erzielen, jedenfalls dann nicht, wenn zuvor noch kein Kontakt zur Bewohnerschaft aufgebaut worden ist. Erfolgversprechender ist da die klassische Methode der aktivierenden Befragung, bei der im Rahmen von jeweils ca. einstündigen Gesprächen Veränderungswünsche von Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern erhoben und im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich dargestellt werden. Hierdurch kann der erforderliche Impuls für eine Bürgeraktivierung gesetzt werden.

Thematisiert wurde allerdings auch der mit einem solchen Befragungsansatz verbundene hohe (Kosten)aufwand.

#### ■ **Beteiligung aller relevanten Bevölkerungsgruppen im Quartier**

Damit Bürgeraktivierung dauerhaft gelingt, ist es erforderlich, dass alle im Quartier wohnenden relevanten Bevölkerungsgruppen hieran beteiligt sind (z.B. Familien mit Kindern ebenso wie Singles). Vorbedingung hierfür ist eine entsprechende strukturelle Analyse der Bewohnerschaft sowie die konkrete Ansprache noch nicht aktivierter Gruppen.

#### ■ **Positive Effekte der Bürgeraktivierung für Bewohner/innen, Verwaltung und Politik herausstellen**

Um die erforderliche Akzeptanz für Bürgeraktivierung zu schaffen, muss sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den beteiligten Stellen in Verwaltung und Politik der konkrete, vielfach auch ökonomische Nutzen dieses Ansatzes verdeutlicht werden (so führt z.B. eine funktionierende Mülltrennung zu verringerten Kosten für die einzelnen Haushalte).

#### ■ **Klare Zielvorgaben**

Damit Bürgerbeteiligung gelingt, ist es unerlässlich, dass immer wieder klare Ziele (z.B. die Beteiligung einer genau bestimmten Personenzahl an einer öffentlichkeitswirksamen Aktion) formuliert werden, deren Erreichung in die Verantwortung der Bewohnerschaft gelegt wird. Hierbei muss auch die Übernahme von Verantwortung verbindlich eingefordert werden, Quartiersentwicklung darf nicht den Fehler machen, zu viele Aufgaben selbst zu übernehmen. Gemeinwesenarbeit sollte vielmehr als unterstützende Organisationsberatung praktiziert werden.

#### ■ **Erforderliche Ressourcen**

Um eine nachhaltige Bürgeraktivierung zu initiieren, sind Zeit, Interesse, Motivation und positive Emotionen (Bürgerbeteiligung muss Spaß machen!) vonnöten.

#### ■ **Stadtteilbüro – ja oder nein?**

Die Einrichtung eines Stadtteilbüros durch die Quartiersentwicklung wurde vom Referenten skeptisch beurteilt. Häufig würde dies von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers als «Kolonialisierung der Lebenswelt» empfunden.

#### **Weitere Informationen:**

[www.stadtteilarbeit.de/Projekte/Hermann.J.Schaaf](http://www.stadtteilarbeit.de/Projekte/Hermann.J.Schaaf)

Hermann J. Schaaf  
Gemeinwesenarbeit der  
Ev. Gemeinde zu Düren  
Schenkelstr. 7  
52349 Düren

Tel.: 02421 / 188-169

Fax: 02421 / 188-188

E-Mail: [hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de](mailto:hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de)

**Krimhild Strenger (STEG Hamburg);  
Rüdiger Kuehn (SME-Jugendhilfezentrum  
Hamburg)**

## **Vernetzung von Jugendhilfe und Quartiersentwicklung in der Praxis**

### **Entstehungsgeschichte des Ko- operationverbundes Schanzen- viertel**

#### **Der Auftrag**

Als Ende 1999 der Hamburger Senat durch eine Senatsdrucksache ersucht wird, ein Konzept zur Förderung von Angeboten im Bereich der Schnittstelle zwischen Hilfen zur Erziehung und offener Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln, horchten die Einrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit und die Steg Stadtentwicklungsgesellschaft mbH im Schanzenviertel auf.

Genau zu diesem Thema wurde im Sommer 1999 die Arbeit aufgenommen.

Auftrag der STEG ist seit 1999 im Rahmen des Quartiersmanagement die Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen im Schanzenviertel durch Koordinierung und Abstimmung vorhandener Angebote und die Verknüpfung mit anderen Themenfeldern der sozialen Stadtteilentwicklung wie z.B. Erhalt preiswerten Wohnraums, Wohnumfeldverbesserungen oder Förderung der Gewerbeentwicklung zur Sicherung und Schaffung wohnortnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Unter anderem setzte die STEG damals an 2 Punkten an:

1. Organisation der Träger Hilfen zur Erziehung und offener Kinder- und Jugendarbeit in einem Arbeitskreis als Vorstufe zur Bildung eines sozialen Netzwerkes.
2. Zusammenführung und Koordination der Belange der drei Bezirksämter und Fachbehörden in einem Facharbeitskreis.

Der von der Bürgerschaft zum Ausdruck gebrachte Wille, die unterschiedlichen Angebote der Jugendhilfe im sozialräumlichen Kontext zu bündeln und zu Schnittstellenprojekten zusammenzuführen, knüpfte an die Arbeit der STEG an und so kann es nicht verwundern, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis und aus dem Facharbeitskreis auf die dann im Februar 2000 folgende Ausschreibung vom Amt für Jugend

bereits vorbereitet waren. Man sprach sich für einen Sozialraum Schanzenviertel aus und für eine gemeinsame Arbeit in einem Kooperationsverbund. Mit Unterstützung von Politik (damals das 9er-Gremium) und Verwaltung (6er-Gremium) wurde das Schanzenviertel zum Sozialraum erklärt und ein gemeinsamer Antrag konnte gestellt werden. Hier orientierte man sich an dem Auftrag des Amtes für Jugend. Im folgenden einige konzeptionelle Ziele aus der Ausschreibung:

#### **Schnittstellenprojekte**

- sollen Hilfen aus unterschiedlichen Leistungsbereichen der Jugendhilfe zusammenführen.
- müssen sich auf die Individuen und die Sozialräume, in denen sie leben, beziehen.
- sollen zur Stabilisierung individueller Lebenslagen beitragen und gleichzeitig die strukturelle Innovation des Gesamtsystems der Jugendhilfe wie auch seine Durchlässigkeit zu außerprofessionellen Hilfesystemen fördern.
- sollen niedrigschwellig ausgerichtet und leicht zugänglich sein und Hilfen anbieten, die im Alltag der Adressaten eine Entlastung bedeuten.
- sollen dazu beitragen, dass neue Kooperationen und darüber neue Möglichkeiten der Problemlösungen entstehen.
- sollen Hilfe zur Selbsthilfe fördern.
- sollen die Kooperationsarbeit zwischen den Einrichtungen und Institutionen fördern.
- sollen die Kooperationsarbeit mit Institutionen außerhalb der Jugendhilfe ermöglichen.

Nicht zu vergessen ist das Ziel, das in der Senatsdrucksache formuliert ist. Hier geht es vor allem um die Reduzierung der Veranlassung von teuren Hilfen zur Erziehung.

#### **Das Quartier**

Das Schanzenviertel erstreckt sich in seinem sozialräumlichen Kontext über Teile der drei Hamburger Bezirke Mitte (westlicher Teil des Stadtteils St.Pauli-Nord), Eimsbüttel (Stadtteil Eimsbüttel-Süd/westliche Teile von Rotherbaum) und Altona (Teile des Stadtteils Altona-Altstadt).

Das Gebiet des Schanzenviertels zeichnet sich durch ein großstädtisches Flair, vor allem im zentralen Bereich von Schulterblatt, Susannenstraße, Bartelsstraße und Schanzenviertelstraße aus. Durch die innenstadtnahe

und zentrale Lage, die gute Infrastruktur, die Vielfalt an Lebensformen sowie die z.T. sehr ausgeprägten sozialen Netze und guten Bedingungen zur Kontaktaufnahme bietet es immer noch vielen Bewohner/innen eine hohe Lebensqualität.

Doch die Wahrnehmung des Viertels, seiner Probleme, aber auch seiner Vorzüge gerade durch Familien mit Kindern ändert sich. Viele Bewohner/innen fühlen sich durch den stark zunehmenden Verkehr, durch die Entwicklung des Viertels zu einer Vergnügungsmeile mit Imbissen, Cafés und Bars, durch Vermüllung und Hundedreck beeinträchtigt. Auch die immer stärker zu spüren den Auswirkungen der offenen Drogenszene und die Konfrontation mit dem fortschreitenden sozialen Elend stellen für viele Haushalte mit Kindern eine Belastungsgrenze dar. (Nachzulesen in Lebenssituation von Haushalten mit Kindern im Schanzenviertel, Untersuchung der STEG Dez. 2001).

Die Anteile an nichtdeutscher Bevölkerung, Sozialhilfeempfängern/innen und Arbeitslosen, allein Erziehenden und HZEFällen liegen im Schanzenviertel über dem Hamburger Durchschnitt. Exakte Zahlen zu ermitteln gestaltet sich schwierig, da die statistischen Gebiete auf deren Basis das Landesamt die Daten ermittelt, nicht überall mit den Grenzen des Sozialraumes Schanzenviertel übereinstimmen.

### Der Antrag

Im Mai 2001 war es endlich soweit. Ein gemeinsamer Antrag des „Kooperationsverbund Schanzenviertel für eine stadtteilbezogene Familienförderung“ konnte gestellt werden.

Unter den Trägern und Institutionen herrschte eine starke Kooperationsbereitschaft, getragen von der Unterstützung der jeweiligen Bezirksämter und durch die lokale Politik. Die Motivation, inhaltliche Konzepte zu verändern und zu verbessern und die Bereitschaft, alte Strukturen in Frage zu stellen und nach neuen Organisationsmöglichkeiten zu suchen, war und ist auch immer noch sehr hoch.

Folgende Ziele wurden formuliert und werden nach wie vor verfolgt:

- Bezirksübergreifende Information, Koordination und fachlicher Austausch unter den Beteiligten und Mitwirkenden.
- Abstimmung der vorhandenen Angebotspalette insbesondere im Hinblick auf niedrigschwellige Angebote der Familienförderung, um Hilfen zur Erziehung zu vermeiden bzw. zu verkürzen.

- Initiierung von und Anstiftung zu Kooperationen, Projekten und Aktionen.
- Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer Lobbyarbeit zur Familienförderung im Schanzenviertel Hamburg.

### Zwei Jahre KOOP – und was passiert danach?

Januar 2004: ??????,  
 September 2003: Fachtagung,  
 Juni 2003: Gemeinsame Teilnahme an den Schanzenspielen,  
 Mai 2003: Abgabe des Handlungskonzeptes,  
 März 2003: Zuwendung bis Dez. 2003 gesichert,  
 Februar 2003: Fachgespräch: „Bildung ist mehr als Schule“,  
 Oktober 2002: Start von PROREGIO, Projekt zwischen Schule und Jugendhilfe,  
 September 2002: Fachtagung: „Ein Viertel in Bewegung“,  
 Juni 2002: Gemeinsame Teilnahme an den Schanzenspielen,  
 November 2001: Öffentliche Vorstellung der Handlungsfelder und der laufenden Projekte: „Markt der Möglichkeiten“,  
 Aug./Sept. 2001: Start der ersten Projekte,  
 Mai 2001: Gründung des KOOP,  
 März 2001: Gemeinsamer Antrag für ein Schnittstellenprojekt wird gestellt,  
 Februar 2001: Das Schanzenviertel wird zum Sozialraum erklärt,  
 Februar 2001: Workshop zur Erarbeitung eines Antrages für ein Schnittstellenprojekt,  
 Januar 2000: Netzwerk und Facharbeitskreis werden von der STEG eingerichtet,  
 Dezember 1999: Der Senat wird ersucht, ein Konzept für Schnittstellenprojekte vorzulegen,  
 Juni 1999: Die STEG wird beauftragt, die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien im Schanzenviertel zu verbessern.

### Der KOOP – ein aktionsorientiertes Handlungsmodell

Die strukturelle Besonderheit des KOOP hat ihren Ursprung in der historisch im Gebiet gewachsenen Zusammenarbeit der handelnden Einrichtungen und Träger. Das kooperierende bzw. strukturierende Quartiersmanagement der STEG bedeutet für die jeweils bezirklichen Anteile der drei beteiligten Jugendämter eine einzigartige Möglichkeit der bezirksübergreifenden Projektentwicklung.

Es besteht eine klare Leitungs-, Geschäftsordnungs- und Managementstruktur, die

vor allem durch folgende Kriterien präzisiert wurde: klare, neue Arbeitstechniken, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen, Fallarbeit in Kooperation, Flexibilität in Bezug auf Nachfrage, gemeinsame Verantwortung für die Projekte und eine niedrigschwellige Angebotspalette. Mit der Zeit hat die KOOP-Projektstruktur die Funktion eines Stadtteilarbeitskreises übernommen.

Eine zentrale Stellung nehmen die Handlungsfelder ein, die im KOOP gemeinsam beraten, verantwortet und bearbeitet werden. Die Handlungsfelder sind in einzelne Angebote und Aktionen strukturiert. Die übergeordneten Ziele werden aktionsorientiert verfolgt, die dabei entstehenden Veränderungsprozesse aktiv begleitet und unterstützt. Die Handlungsfelder im KOOP - Beschäftigung, Sport, Familienförderung und Schule - werden integriert und miteinander verknüpft, konzipiert und bearbeitet.

Durch diese neue Projektstruktur und Arbeitsweise ist nach Meinung des KOOP ein Perspektivwechsel weg von Institutionslogik hin zu einem Handlungsmodell vernetzten, feldbezogenen Handelns erzeugt worden. Diese neue Arbeitsstruktur ermöglicht auch die arbeitsteilige Einbeziehung des ASD in Projekte der verschiedenen Handlungsfelder auf Grundlage der Feld- und Netzwerklogik.

Bei über 26 Partnerinnen und Partnern ist es notwendig, den Entwicklungsprozess und die laufende Arbeit zu steuern, zu koordinieren und zu strukturieren. Der KOOP hat sich für eine Doppelspitze in der Geschäftsführung entschieden. Die Aufgaben teilen sich SME (Träger Hilfen zur Erziehung) und die STEG.

Die Anforderungen, die über das Schnittstellenprojekt an die Träger und Institutionen gestellt werden, sind so hoch und umfangreich, dass die Arbeit vor allem von kleinen Trägern nicht geleistet werden kann. Die Kapazitäten sind auch ohne zusätzliche Projekte bereits ausgeschöpft. Daher sieht sich die Geschäftsführung als eine Serviceinstanz für die Partnerinnen und Partner des KOOP. Sei es die Finanzabwicklung, die konzeptionelle Absicherung des KOOP, die Einladung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen, die Organisation von Veranstaltungen, die Koordination von Projekten, die Öffentlichkeitsarbeit – die Geschäftsführung erledigt einen großen Teil dieser Aufgaben. Dies ist auch erforderlich, um effektive Arbeit leisten zu können und den Entwicklungsprozess voranzutreiben.

Die Ergebnisse der letzten zwei Jahre sprechen für sich. Zahlreiche Projekte in den

vier Handlungsfeldern (siehe nächstes Kapitel) laufen sehr erfolgreich. Die Kooperationspartner haben sich auf Arbeitstechniken eingelassen, die den Entwicklungsprozess steuern und weiterentwickeln. Auf den regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen wird ergebnisorientiert gearbeitet. Das heißt, die Sitzungen werden von der Geschäftsführung vorbereitet und durchgeführt. Die Moderation wird von der STEG geleistet, was sich sehr bewährt hat, da diese externe Institution nicht direkt in der dichten, inhaltlichen Arbeit steckt. Mit Methoden wie Meta-Plan, Arbeitsaufträge für Kleingruppen und Diskussionsleitung, können in den Sitzungen Entscheidungen getroffen werden, die die Weiterarbeit ermöglichen. So werden auch Projekte auf den Weg gebracht, die noch nicht endgültig ausgereift sind, um handlungsfähig zu bleiben und nicht in Wartepositionen zu verharren. Es findet eine ständige Überprüfung an den Bedarfen der Zielgruppe statt.

Doch es gibt noch mehr Ergebnisse: Das Vertrauen zwischen den Einrichtungen und Institutionen ist gewachsen, es herrscht eine Flexibilität zwischen Angebot und Nachfrage, Fallarbeit wird in Kooperation geleistet, die Projekte werden in gemeinsamer Verantwortung getragen.

Um den Informationsfluss zwischen den Sitzungen zu gewährleisten, nutzt die Geschäftsführung als Instrument die Rundbriefe. Regelmäßig werden die Partnerinnen und Partner über die neuesten Entwicklungen im KOOP, im Schanzenviertel und in der Hamburger Jugendhilfe informiert. Konkrete Drucksachen werden ebenso verschickt wie interessante Zeitungsartikel, Aufsätze und Termine über Veranstaltungen. Auf wichtige Details, die bedeutend sind für die kommende KOOP - Sitzung, wird gesondert hingewiesen. Dies hat zur Folge, dass die Partnerinnen und Partner in der Regel auf die Inhalte der Sitzungen vorbereitet sind.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Verzahnung von Einrichtungen, Sozialen Diensten, Schulen und anderen Institutionen mit dem Ziel verbindlicher Einzelfallarbeit und gemeinsamer Angebotsentwicklung den Aufbau von kooperativen Arbeitsformen erfordert und die gemeinsame Prüfung und ggf. Veränderung und Umsteuerung vorhandener, gewachsener Angebotstrukturen notwendig ist. Aus den Erfahrungen von zwei Jahren KOOP sind für die Umsetzung dieser Ziele folgende Aufgaben und Methoden unumgänglich:



- Die Ziele müssen in gemeinsam verantwortete Handlungsfelder umgesetzt werden.
- Es muss eine gemeinsame Entscheidungsebene geschaffen werden.
- Die Sicherstellung externer Moderation und Steuerung ist notwendig, um eine sachliche Arbeitsebene beizubehalten.
- Die Geschäftsführung muss sich als Serviceinstanz und Koordinator sehen.
- Regelaufgaben müssen abgesichert sein, um die Kapazitäten von Kolleginnen und Kollegen nicht über Gebühr zu strapazieren.
- Es muss eine Trennung der Arbeitsebenen erfolgen, um gute Basisarbeit, wie auch die Weiterentwicklung von Projekten leisten zu können.
- Die Handlungsfelder benötigen eine Federführung, die bestimmte Aufgaben wie Koordination und Informationsfluss übernimmt.
- Es müssen Klärungswege für Konflikte angeboten werden, um diese möglichst zeitnah zu bearbeiten.
- Für die weitere Entwicklung ist es notwendig, arbeitsfeldübergreifende Fachauseinandersetzungen zu führen.

## Der Fall im Feld:

### Von der klassischen Arbeitsteilung zu einem integrierten Handlungskonzept.

Der KOOP ist angetreten, Alternativen und vernetzte Hilfen gerade auch im Einzelfall zu entwerfen.

Um im Folgenden deutlich zu machen, was der KOOP als Schnittstelle bietet, ist es notwendig, zwei Fallbeispiele vorweg zu dokumentieren.

#### 1.Fall: Räumungsklage

Eine ausländische Familie mit drei Kindern soll innerhalb von einer Woche die Wohnung räumen. Es besteht ein Räumungstitel, der Räumungstermin per Gerichtsvollzieher ist festgesetzt. Die Familie hat sich in jüngster Vergangenheit vielfach bemüht, neuen Wohnraum zu finden – ohne Erfolg. Ein Beratungstermin beim ASD wurde wahrgenommen mit dem Ergebnis, dass die Familie eine Bescheinigung über selbige bekommen hat. Die Mutter nutzt die offene Sprechstunde der Schule. Die KOOP Beraterin setzt sich nach dem Besuch der Mutter in ihrer Sprechstunde zunächst mit der Behörde zur Wohnungssicherung in

Verbindung. Im Weiteren mit dem Amtsgericht, dem Gerichtsvollzieher, dem Vermieter, bzw. seiner anwaltlichen Vertretung, sowie der Behörde für Wohnungsangelegenheiten. Die Räumung konnte bei dem vorgegebenen Termin und im Beisein des Anwaltes des Vermieters, des Gerichtsvollziehers und der Beraterin aufgeschoben werden. Nach erneuter Prüfung des Antrags auf einen Dringlichkeitsschein konnte mit Hilfe der STEG neuer Wohnraum gefunden werden. Mutter und Kinder nehmen inzwischen regelmäßig unterschiedliche Angebote in einer Einrichtung im Stadtteil wahr.

#### 2.Fall: Umschulung

Ein 9jähriger türkischer Junge scheint aufgrund aggressiver Verhaltensauffälligkeiten körperlicher und verbaler Art an einer Grundschule nicht mehr länger tragbar und wird der Schule verwiesen. Die Schule hat zuvor versucht, schulinterne Hilfen zu bieten. Darüber hinaus sind weder REBUS<sup>1</sup> noch der ASD informiert.

Die Klassenlehrerin der neuen Schule stellt fest, dass das Kind sich auch nach Schulschluss bis zum späten Nachmittag auf dem Schulgelände aufhält. Sie wendet sich an die Beraterin des KOOP / PROREGIO und erkundigt sich nach Betreuungsangeboten und weitergehenden Unterstützungsmöglichkeiten.

Die KOOP-Beraterin lädt zu einem Gespräch ein. Es findet ein Elterngespräch statt, wo die scheinbaren Probleme konkreter benannt, mögliche Hilfsangebote aufgezeigt werden. Gemeinsam wird telefonisch Kontakt mit dem ASD aufgenommen, ein Gesprächstermin zur Erörterung weitergehender Unterstützungsmöglichkeiten vereinbart.

#### Eskalationsstufen

In den beschriebenen Fällen sind ansteigende Eskalationsstufen zu erkennen. Im Fall 1 hat der ASD pflichtgemäß gehandelt. Nach der Institutionslogik wurden die Betroffenen durch die Beratung unterstützt. Die Familie erhält eine Bestätigung für das Wohnungsamt und ist entlassen. Damit ist der Fall für die Institution vorerst erledigt. Die Probleme der Familie sind jedoch über-

<sup>1</sup> REBUS = Regionale Beratungs- und Unterstützungsstellen in Hamburg. Im Jahr 2000 wurden insgesamt 15 multiprofessionelle Teams (aus den Bereich Pädagogik, Sozialarbeit und Psychologie) zur Unterstützung der sozialräumlichen Prävention bzw. Stadtteilarbeit gegründet, deren Angebote niedrigschwellig nutzbar sind.

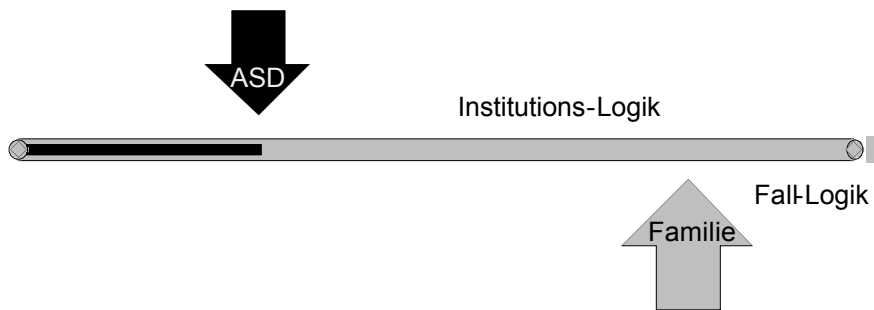
haupt nicht gelöst. Noch immer steht die Räumungsklage bevor, noch immer gibt es keine Wohnung, noch immer sind die Problematiken da, die zu der Räumungsklage führten. Bei der weiteren Bearbeitung durch die Mitarbeiterin des KOOP gerät der Fall in das Feld und entfernt sich von der Institutionslogik zur Falllogik. Im Mittelpunkt steht der Fall im Feld. Es wird überprüft, was im Sinne eines Netzes zu tun ist. Zentrale Themen der Fallproblematiken werden bewegt:

- Kontakt zum Amt für Wohnungssicherung;

- Wohnungssuche in Kooperation mit der STEG;
- Unterstützungsmöglichkeiten für die Kinder in Bezug auf Schule, Betreuung etc. werden aufgezeigt;
- Anbahnung, Verankerung und Betreuung in einer offenen Kindereinrichtung.

Wäre dieses Netz nicht gespannt worden, wäre dieser Fall sehr wahrscheinlich eskaliert und zurück in die Institution (hier ASD) gegangen.

### Einordnen der Eskalationsstufen aus Sicht des jeweils Handelnden



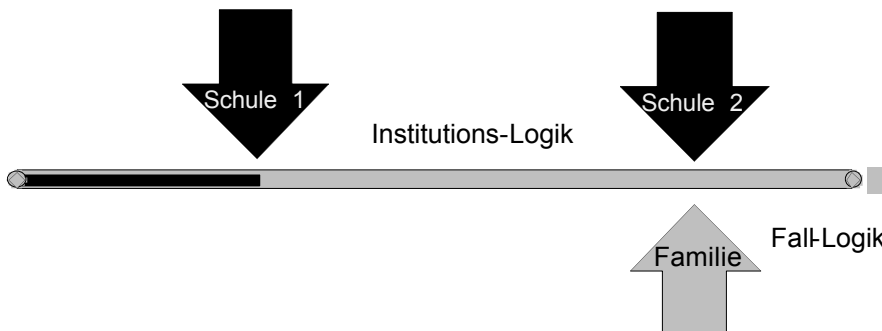
Im zweiten Fall ist es die Schule, die aus ihrer Institutionslogik heraus handelt. Das Kind wird so schwierig, dass es die Schule wechseln muss. Damit ist der Fall für die Institution erledigt. Die Probleme, die das Kind hat, sind jedoch nicht vom Tisch. Die Einzelfallarbeit führte lediglich zu Ausgrenzung. Es gab keine Informationen an andere Institutionen wie ASD oder REBUS.

Kooperation und Vernetzung führte zur Problemlösung für das Kind und die Familie und zur Einrichtung unterschiedlicher, aber gezielter, Unterstützungsmaßnahmen. Auch hier ist der Weg von der Institutions- zur Falllogik deutlich zu erkennen.

In der neuen Schule wurde ein Netz gespannt zum Projekt PROREGIO, zur KOOP-Mitarbeiterin in der Schule, zum ASD. Die

Wäre dieses Netz nicht gespannt worden, wäre dieser Fall sehr wahrscheinlich ebenfalls eskaliert und beim ASD gelandet, wo möglicherweise Hilfen zur Erziehung nicht mehr zu vermeiden gewesen wäre.

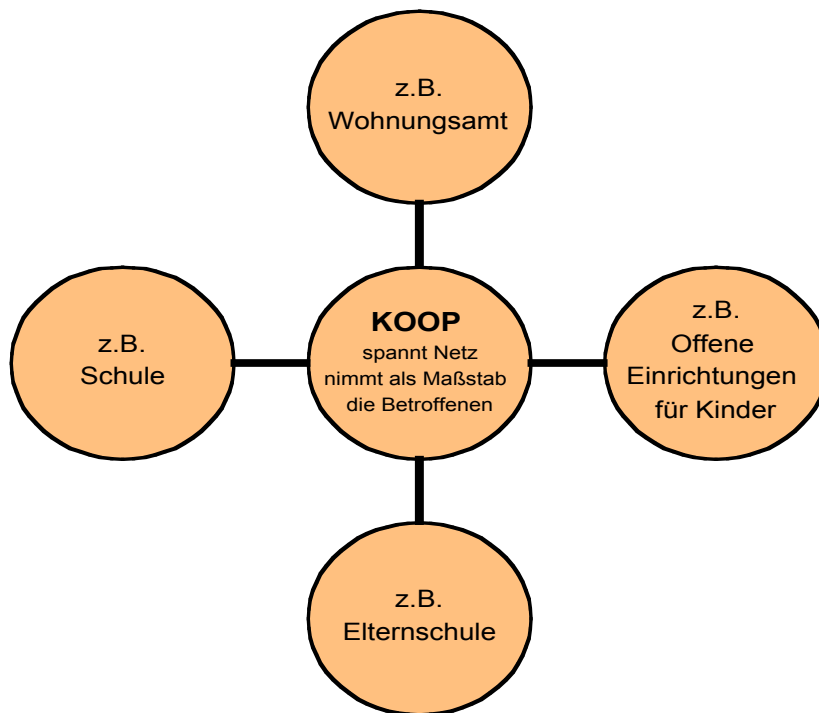
### Einordnen der Eskalationsstufen aus Sicht des jeweils Handelnden



## Alternative Handlungsüberlegungen

Der KOOP ist als ein Gebilde zu sehen, das zwischen Fall und Feld steht. Er ist die Schnittstelle, die die Betroffenen zum Maß-

stab nimmt. Im Folgenden wird der Versuch einer ganzheitlichen Betrachtungsweise unternommen.



Der KOOP ist also nicht als Einrichtung oder Institution zu sehen, sondern als eine Art Medium für Vernetzung. Dieses Medium hat den Auftrag, methodisch den Fall im Feld zu bearbeiten. Dazu gehört es,

- Netze zu spannen,
- Strukturen zu schaffen,
- Kontrakte zu schließen,
- Koordinationsarbeit zu leisten,
- Aktive Begleitung und Unterstützung zu gewährleisten.

Werden Problemlagen rechtzeitig und am Ort, wo sie entstehen, aufgegriffen, besteht die Chance, Eskalationen zu vermeiden.

In diesem Sinne sind die Angebote und die Methodenentwicklung für den KOOP zentral, um tatsächlich integrierende Hilfen zu leisten und Konflikte zu deeskalieren.

Es erscheint erwartbar, dass bei einem konsequenten Ausbau dieser Hilfen HZE tatsächlich vermieden werden kann.

In den letzten zwei Jahren der Entwicklung des KOOP wurden zwei Phasen durchlaufen. Zur Zeit befindet sich der KOOP in der dritten Phase.

Die Phasen im Einzelnen:

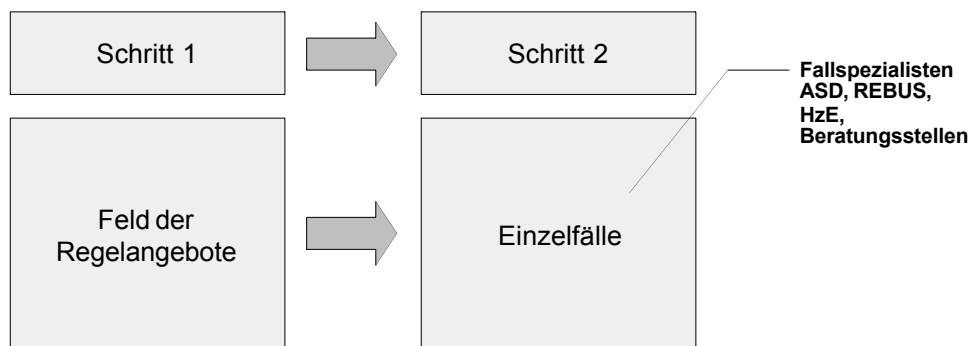
- Institutionelle Vernetzung: Institutionen lernen sich kennen, arbeiten zusammen
- Programmatische Vernetzung: Vier Handlungsfelder, Angebote und Projekte werden geschaffen
- Der Fall im Feld: Vernetzung im konkreten Einzelfall

Diese Phasen zu durchlaufen hat Zeit und Energie gekostet. Nun ist aber ein Stadium erreicht, in dem Früchte geerntet werden können. Sich auf Schnittstellen einzulassen, bedeutet langfristig auch Zeitersparnis. Notwendig dafür ist, dass die Institutionen sich verändern und handlungsfähig machen. So könnte bspw. der ASD seine Kapazitäten in das Feld verlagern, um von Beginn an die Fälle zu begleiten.

Der KOOP ist als Gebilde bzw. Handlungsmodell zu sehen, das genutzt werden kann. Es will die Institutionslogik durchbrechen und für die Fallogik genutzt werden.

In der Praxis sieht das folgendermaßen aus:

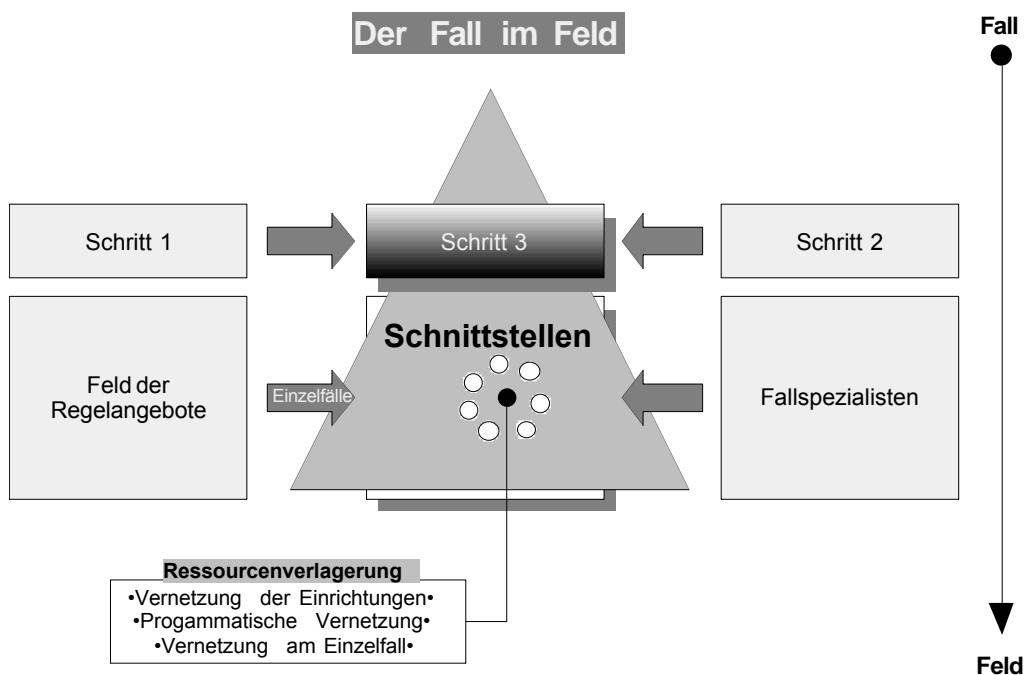
## Klassische Arbeitsteilung



Für Veränderungen reicht die reine Verteilung bzw. Umverteilung von Geld nicht, es muss ein Handlungskonzept entwickelt werden.

Gelingt es, die Fälle zwischen Fall und Feld in gemeinsamen Unterstützungsangeboten zu integrieren, kann ein Beitrag geleistet werden, die Fallogik zu unterstützen. In der Spitze können dadurch auch HzE vermieden werden. Voraussetzung dieser Arbeit sind die Methoden und Kontrakte innerhalb des KOOP. Bleibt es bei der klassi-

schen Arbeitsteilung, besteht immer die Gefahr, dass der Fall aus dem Feld geht, eskaliert, beim ASD landet und HzE in Anspruch genommen werden müssen. Mit einem integrierten Handlungskonzept können netzwerkaktivierende Hilfen geschaffen werden. Unumgänglich sind hier Veränderungen bei den Institutionen und den Mitarbeitern/innen. Der KOOP übernimmt die zentrale Aufgabe, diesen Prozess zu strukturieren und zu moderieren.



Anhand der Eskalationsstufen hat der KOOP zeigen können, dass es effektive Möglichkeiten der Prävention gibt, und so ein Beitrag zur Deeskalation geleistet werden kann.

## Ein Kooperationsverbund – 4 Handlungsfelder – 18 Projekte

Bevor die Handlungsfelder Familienförderung, Beschäftigung, Sport und Schule im Einzelnen vorgestellt werden, noch einige Grundgedanken aus denen heraus die Projekte in den Handlungsfeldern initiiert wurden.

Präventionsarbeit leisten bevor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, ist der Ausgangsgedanke für alle Projekte. Dazu ist es notwendig einen ganz unkomplizierten Zugang zu den Angeboten zu schaffen. Niedrigschwelligkeit hat oberste Priorität. Bei allen Planungen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern wird die Zielgruppe in den Fokus genommen und deren Bedarfe in den Vordergrund gestellt.

Vordergründig steht nicht die Beratung im Mittelpunkt, sondern die gemeinsame Aktion. Nähen, Spielen, Surfen im Internet, sportlicher Betätigungen - über derartige gemeinsame Aktivitäten wird Vertrauen aufgebaut. Dadurch kann Beratung im Vorfeld stattfinden. Die Kolleginnen und Kollegen suchen zum Teil die Zielgruppen auf; sei es in der Schule, auf Spielplätzen oder in Einrichtungen, man ist präsent und signalisiert Kommunikationsbereitschaft. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass Beziehungsarbeit aufgebaut wird, die einen tragfähigen Boden hat.

### Handlungsfeld Familienförderung

Im Bereich der Familienförderung wird belasteten Familien mit Kindern im Alter bis zu 6 Jahren, insbesondere jungen allein erziehenden Müttern, von Trennung und Scheidung betroffenen Eltern und ausländischen Familien in besonderen Problemlagen durch niedrigschwellige Angebote der Zugang zu offenen Einrichtungen im Stadtteil ermöglicht. Die enge Zusammenarbeit der in den Institutionen tätigen Menschen hilft den Adressaten, ihr persönliches Netzwerk auf- bzw. auszubauen, damit sie im Bedarfsfall zeitnah und kurzfristig auf ein angemessenes Unterstützungsangebot zurückgreifen können.

Auf diesem Wege werden Krisen kurzfristig abgefangen und das Selbsthilfepotential der einzelnen Familien und der Nachbarschaften gestärkt.

#### Die Partner:

*Kinderglück e.V., Jesus Center e.V., Elternschule Am Grindel und Sternschanze, SME e.V., Schule Ludwigstraße, ASD, Praxis T. Bickel*

### Handlungsfeld Sport

Kindern und Jugendlichen einen möglichst unkomplizierten und niedrigschwelligen Zugang zum Sport zu ermöglichen, war und ist erklärtes Ziel aller Partner des KOOP.

Die sozialen Einrichtungen müssen immer wieder erleben, dass die von ihnen betreuten Kinder und Jugendlichen nicht in die herkömmlichen Sportvereine zu integrieren sind, da sie große Anpassungsschwierigkeiten haben. Die Angebote der Sportvereine stimmen oft nicht überein mit den Wünschen und Möglichkeiten der zum Teil sehr verhaltensauffälligen Kinder und Jugendlichen. In der Regel sind es zu hohe Anforderungen an Disziplin, Zuverlässigkeit und vor allem Leistungsfähigkeit, die sie am organisierten Sport scheitern lassen.

Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass gemeinsame sportliche Aktivitäten in hohem Maße integrativ und präventiv sind. Durch die Teilnahme am Mannschafts- oder Gruppensport und Integration in einen funktionierenden sozial-kulturellen Vereinsbetrieb können individuell schwer belastete Lebenslagen entscheidend stabilisiert werden. Gemeinschaftssinn erleben und die eigene Leistung zeigen, Zuspruch erfahren und auch als nicht so gute/r Sportler/in in der Gruppe einen anerkannten Platz zu haben, das sind unersetzliche Güter für Kinder und Jugendliche.

Von diesen positiven Bezügen profitieren nicht nur die von Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Kinder und Jugendlichen, es stabilisiert sich auch das Familiengefüge; von einer erwünschten Einbeziehung der Eltern in die Vereinsarbeit einmal ganz abgesehen.

Der Aufbau eines Spiel- und Sportangebotes für Kinder und Jugendliche in einem Stadtteil, in dem Angebote für die sportliche und spielerische Freizeitgestaltung kaum vorhanden waren, erforderte eine Bedarfsanalyse, eine umfangreiche Organisation und viel Geduld in der Umsetzung. Die unterschiedlichen, bereits vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen der KOOP-Partner wurden gebündelt. Diese Bündelung führte zu Synergie-Effekten, die es ermöglichen, dass ein vielfältiges und buntes Sport- und Spielangebot gemacht werden kann, an dem die Adressaten/innen ohne viel Aufwand teilnehmen können.

Die einzelnen Angebote werden räumlich und inhaltlich immer wieder überprüft und können somit jederzeit an veränderte Bedarfe angepasst werden.

### **Die Partner:**

*KIZ e.V., Schule Ludwigstraße, SME e. V., Schule Altonaer Straße, Mädchentreff e.V., Kinderglücke.V., Café Eins, Schule Arnkielstraße*

### **Handlungsfeld Beschäftigung**

Das Job-Projekt im Café Eins ist ein Beschäftigungsprojekt für Jugendliche, die in der Regel in anderen Einrichtungen betreut werden.

Im Job-Projekt sollen Jugendliche, die keine berufliche Perspektive haben, an Arbeit und Ausbildung herangeführt werden. Dabei werden die grundlegenden Bausteine von Arbeit wie: Leistung, Produktion, Erfolg, Misserfolg, Teamarbeit, Hierarchie, Zeitplanung, Struktur von Abläufen, Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozess usw. erfahrbar.

Das Ziel ist es, die Leistungsbereitschaft und Motivation für den Einstieg in das Berufsleben zu fördern.

Das Job-Projekt im Café Eins bietet flexible, jugendgerechte, niederschwellige Arbeitsplätze im Bereich der Gastronomie.

Im Café Eins wird von Montag bis Donnerstag ein Mittagstisch zu marktüblichen Preisen angeboten. Es gibt täglich mindestens zwei Gerichte, eins davon vegetarisch. Dazu gibt es Salate und Nachspeisen. Es werden täglich ca. 30 Gerichte verkauft. Das Küchenprojekt beliefert die Kantine in der Schule Altonaer Straße im Rahmen des Projektes PROREGIO. Jugendliche aus dem Küchenprojekt kochen selbständig beim Kooperationspartner SME.

Bis zu acht Jugendliche können täglich von einem Koch angeleitet werden. Die Arbeitsplätze umfassen Tätigkeiten in der Küche, Reinigung und Service. Die Arbeitszeiten betragen drei bis vier Stunden an drei bis vier Tagen in der Woche. Die Einsatzgebiete werden an die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte angepasst. Jugendliche können von 9 Uhr bis 15 Uhr arbeiten und bei den Arbeitszeiten mitbestimmen. Im Team sind jugendliche Berufsanfänger/innen die Regel. Der Einstieg in die Berufstätigkeit erfolgt so in einer gewohnten Umgebung und nicht als Außenseiter. Die Jugendlichen werden direkt nach der Arbeit oder wöchentlich ausgezahlt. Wer nicht kommt, verdient auch kein Geld. Das fördert die Arbeitsmotivation und unterstützt das angenehme Arbeitsklima.

### **Die Partner:**

*ASD Eimsbüttel, Jugendgerichtshilfe Eimsbüttel, Jugendgerichtshilfe Altona, SME e.V., Sozialarbeit und Segeln e.V., Jesuscenter e.V., Schule Altonaer Straße, Rebus, Freies Kinder und Stadtteilzentrum – KIZ e.V..*

### **Handlungsfeld Schule**

Die Schulen im Stadtteil erlangen eine wachsende Bedeutung als Ort der Sozialisation und der „Freundschaftsbildung“ für Kinder und Jugendliche. Der Wandel von Familienformen und die abnehmende Bedeutung von Nachbarschaften zeigen sich auch und gerade in den Klassenzimmern. Und auch eine zunehmende Individualisierung und der Verlust von Erfahrungsräumen im Wohnumfeld der Schülerinnen und Schüler zeichnen sich deutlich in den Schulen ab. Darauf müssen die Schulen reagieren.

Immer mehr Schulen öffnen sich in Hamburg ihrem Stadtteil. Sie arbeiten mit Initiativen, Vereinen und Betrieben zusammen, organisieren kulturelle Veranstaltungen, gestalten die Schulhöfe um und öffnen sie an den Nachmittagen für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteiles. Das Konzept nennt sich „Nachbarschaftsschule“ oder „Schule im Stadtteil“. Es macht Sinn – soweit die bisherigen Erfahrungen. Neben der optimalen Nutzung von Ressourcen und dem verbesserten Austausch von Informationen im Stadtteil können vor allem die Schülerinnen und Schüler Probleme im Stadtteil aufgreifen und ihre Umwelt selbst mitgestalten.

Eine Strategie zur Entwicklung von Schule und Stadtteil verknüpft pädagogische und stadtentwicklungspolitische Ansätze: Es geht um die Frage, wie Schulen die Lebensbedingungen in ihrem Stadtteil mitgestalten können. Und wie können Stadtentwicklung und andere Politikfelder Unterstützung leisten?

Die STEG hat die Erfahrung gemacht, dass die Schulen auf ihrem Weg zur Stadtteilschule Unterstützung brauchen. Das ehrenamtliche Engagement von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Verwaltungspersonal bringt solch einen Prozess oft in Gang, trägt ihn aber selten auf Dauer. Benötigt werden professionelle Hilfe durch die Weitergabe von Fachwissen und die Unterstützung bei der Kommunikation mit Behörden und Ämtern sowie z. B. mit Sportvereinen und Gewerbetreibenden im Stadtteil. Aber auch finan-

zielle Mittel sind notwendig, um den Ansatz „Schule und Nachbarschaft“, der in Hamburg seit einigen Jahren gefördert wird, verfestigen zu können.

Der Prozess zur Öffnung der Schule in den Stadtteil dauert lange und ist manchmal auch sehr beschwerlich. Die Schule Altonaer Straße geht dennoch diesen Weg. Mit Beteiligung vieler Akteure aus dem Stadtteil wurde der Schulhof schon zu großen Teilen umgestaltet. Noch ist die neue Pausenhalle im Bau, doch wenn diese im Herbst fertig gestellt ist, wird der Öffnung des Schulhofes nichts mehr im Wege stehen. **Ein Schritt in diese Richtung ist PROREGIO.** PROREGIO ist die Abkürzung für ein "Projekt regionaler Kooperation von Jugendhilfe und Schule" und bezieht sich auf außerunterrichtliche Nachmittagsangebote und weitere Formen der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfeeinrichtungen. Vornehmliches Ziel des Projektes ist eine verbesserte schulische Förderung entsprechender Kinder, sowie eine sozial stärkere Integration. Dies erfolgt im Rahmen einer Grundversorgung durch Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung und daran anschließender Angebote sportlicher und kultureller Art.

#### **Die Partner:**

*KIZ e.V., Mädchentreff e.V., AIZAN für Mädchen e.V., Sozialarbeit und Segeln e.V., SME e.V., Café Eins, Schule Altonaer Straße*

#### **Kontakt:**

**SME e.V.** Stadtteilbezogene Milieunahe Erziehungshilfen  
Margarethenstraße 36a  
20357 Hamburg  
T. 040 – 43.20.08.0  
F. 040 – 43.20.08.11  
[www.SME-Jugendhilfezentrum.de](http://www.SME-Jugendhilfezentrum.de)

**STEG Hamburg**  
Schulterblatt 26-36  
20357 Hamburg  
T. 040 – 43.13.93.66  
F. 040 – 43.13.93.33  
[www.steg-hh.de](http://www.steg-hh.de)

## **Diskussion**

Die Diskussion der etwa 35 an dem Workshop beteiligten Konferenzteilnehmer/innen ist in der Bewertung des vorgestellten Ansatzes zu dem deutlichen Schluss gekommen, dass Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und Quartiersentwicklung in hohem Maße sinnhaft sind. Die Vernetzung in der Praxis muss daher auf hohem politischen Niveau getragen werden (etwa beim Bürgermeister etc.) und im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit vor allem im Implementationsprozess durch bspw. Coaching unterstützt werden. Gerade letzteres wird jedoch in der Praxis selten erlebt – was eine originäre Aufgaben im Kontext des Programms E&C darstellen könnte?!

#### **Wer soll koordinieren/ moderieren?**

Ein Kooperationsprozess zwischen Jugendhilfe und Quartiersentwicklung muss koordiniert werden. Dies ist aber weniger Aufgabe der Verwaltung (als Zuständig für das ‚Gemeinwohl‘), sondern bedarf einer unabhängigen Instanz. Hierbei müssen aber alle wichtigen Akteure einbezogen werden; Quartiersentwickler sind dabei in der Lage, den Kommunikationsprozess von außen zu unterstützen.

#### **Rahmenbedingungen**

Kooperationen kosten erst einmal Geld, bevor sie dazu führen (können), dass öffentliche Gelder eingespart werden. Dies führt vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation der Städte und Gemeinden dazu, dass Änderungen der Förderstrukturen notwendig sind, damit Kooperationen mit Schule, Sport, Beschäftigungsträgern etc. ermöglicht werden.

Um einen Vernetzungsprozess inhaltlich zu steuern/ zu begleiten, gibt es unabhängige intermediäre Agenturen wie etwa die STEG. Besonders wichtig hierbei ist als Grundlage jeglicher Maßnahmen eine aktuelle sozialräumliche Planung, denn nur hierdurch können erfolgreiche Kooperation systematisch geschaffen werden.

#### **Wo stehen wir eigentlich?**

Die Implementation sozialräumlicher kooperativer Unterstützungsstrukturen bewegt sich immer noch auf der Modellebene (10 % Budget der HzE-Mittel für den Sozialraum) Für eine Weiterentwicklung sind „neutrale“ Moderatoren als geschäftsführende Stellen

denkbar, um vor allem Ziele zu definieren – und nicht Ergebnisse vorzuformulieren! Zur Förderung der Akzeptanz des kooperativen Systems (als ersten Schritt) und der anschließenden Weiterentwicklung des Bestehenden (als zweiten Schritt) muss wohl von einer langen Zeitschiene, etwa einem „5-Jahres-Plan“ ausgegangen werden.

In jedem Fall aber bedarf es einer veränderten Ressourcensteuerung/ differenzierter Förderstrukturen und natürlich dauerhafter politischer Unterstützung.

### **Und die Nachhaltigkeit?**

Es wurde kritisch bemerkt, dass die Finanzierung sozialräumlicher Jugendhilfemaßnahmen nur möglich sei, wenn sehr negative Entwicklungen attestiert würden (i.S.v. Pflichtaufgaben). Gefordert sei daher ein positives Denken im Hinblick auf eine zielgerichtete Ressourcenorientierung, der Aufbau einer geeigneten Infrastruktur und schließlich die Sozialraumbudgetierung als freiwillige geplante Leistungen des Hilfetragers.

Einige Stimmen aus der praktischen Arbeit meinten hingegen (aus der Perspektive benachteiligter Menschen im Quartier), dass es mit der Nachhaltigkeit nicht klappt, weil benachteiligte Menschen in benachteiligten Quartieren sich nach Beendigung des QE-Prozesses nicht selbst organisieren könnten. Sie seien hiermit überfordert und im Falle von Misserfolgen unmittelbar frustriert, desillusioniert.

Andere Erfahrungen hingegen zeigten, dass der Abbau von Vorurteilen, der gezielte Aufbau dauerhafter Beziehungen (persönlicher Art) und die Schaffung entsprechender prozessunterstützender Strukturen sehr wohl zu einer nachhaltigen Aktivierung/ Vernetzung führen können. Die zeigt nicht zuletzt der hier vorgestellte Ansatz.



**Thomas Joschonek**

**Freiberuflicher Dozent in der Sozialraum-, Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, Hannover**

## **Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit - Der Schlüssel für nachhaltige Wirkung im Stadtteil?**

### **Vorrede**

Zu meiner Person: Ich bin Dipl.-Sozialpädagoge und habe bei der ev. Kirche gearbeitet. In Hannover-Linden konnte ich durch meine langjährige Tätigkeit in der Jugend- und Stadtteilarbeit an vielen Prozessen und Entwicklungen im Stadtteil teilhaben und mitmischen. Ich bin jetzt freiberuflich in verschiedenen Feldern tätig.

Die Einladung zu dieser Fachkonferenz war für mich auch eine Einladung über diese Arbeit nachzudenken. Ich habe Gespräche geführt und mir noch einmal selbst Fragen gestellt. Dinge, in die ich damals involviert war, sehe ich heute mit Abstand zum Teil ganz anders. Die Arbeit dafür, dass die Arbeit überhaupt stattfinden kann, nahm einen Großteil meiner Tätigkeiten ein. D.h. Finanzierungen finden, Sponsoren suchen, Anträge schreiben, Kontakte knüpfen, gemeinsam kämpfen, Bündnisse schmieden und öffentlich werden, gehörte ständig zur einer immer angefragten, bedrohten und auf wackligen personellen Stützen stehenden Arbeit. Die Klausel KW in meinem Arbeitsvertrag (d.h. künftig wegfallend) schwebte damals immer über meiner beruflichen Existenz und der Existenz der Einrichtung.

Später wurde ich dem gegenüber gelassener und hatte eine ausreichende Basis auf verschiedenen Ebenen (Bewohner/innen, Jugendliche, Träger, Kooperations- und Bündnispartner und mein eigener Mut zu Neuem) – ein Kirchturm wurde beklettert, ein Skateplatz im öffentlichen Raum entstand – gegen Widerstände aber mit den Menschen aus Linden.

1. Sozialraumorientierung, Gemeinwesenarbeit, Nachhaltigkeit
2. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen
3. Lernende Stadtteile - Lernende Institutionen Sozialraumorientierung als Anfrage

an die Professionalität und strukturelle Bedingungen

Beginnen möchte ich meinen Vortrag mit einigen Ausführungen zu den Begrifflichkeiten.

Einige Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen der Stadtteilarbeit führen dann im dritten Teil in die Praxis der Lernenden Stadtteile und dort tätiger Institutionen. Zum Schluss komme ich zu dem Thema, welche Anfragen Sozialraumorientierung an Professionalität und strukturelle Bedingungen stellt.

### **Sozialraumorientierung, Gemeinwesenarbeit, Nachhaltigkeit**

Ich möchte die Begriffe aus der Vortragsüberschrift nehmen, um Bedeutungen und Bezüge untereinander deutlicher zu machen.

Sozialraumorientierung hat seinen Ursprung in der Stadtsoziologie und ermöglicht mit den zugehörigen Konzepten eine Analyse, die die räumliche Umgebung mit sozialem Handeln in Verbindung bringt. Zwei extreme Blickwinkel auf die gleiche Realität im Quartier lassen sich ausmachen:

der steuerungstechnische Blick der Bürokratie – Stichworte Geld und Ressourcen und der von den Individuen her definierte Blick auf Lebenswelt.

Gemeinwesenarbeit als Arbeit mit der Basis (Stadtteilbewohner/innen) verstanden, muss sich permanent bewusst werden, mit welchen Menschen gearbeitet wird und wer beteiligt ist. Die einfachen Fragen

- Was wollt ihr?
- Was braucht ihr?
- Wie kommt ihr dem Ziel am Nächsten?
- Wer macht dabei mit?

bilden gewissermaßen das Hintergrundprogramm, das ständig mitläuft.

Vergegenwärtigen wir uns das noch mal anhand des nächsten Schaubildes genauer und betrachten wir auch die Rolle der GWA-orientierten Profis.

#### **Bürger haben...**

...Wünsche  
...Sorgen, Probleme  
...Ideen  
...Fähigkeiten  
...manchmal kein Interesse

### **Profis haben...**

...Methoden  
...(Arbeits-)Zeit  
...Einfluss  
...Rollenkonflikte  
...Bedingungen (die sie begrenzen)

Nachhaltigkeit möchte ich an dieser Stelle nicht definieren, wohl aber vorschlagen, das Thema zu einem Diskurs im Stadtteil zu machen.

Wer definiert Nachhaltigkeit? Wer beurteilt wie, ob eine Maßnahme in diesem Sinne erfolgreich ist. Dazu gilt es Verfahren im Stadtteil zu finden.

Ein Vorschlag ist, betroffene Bürger effektiv in Planungsprozesse einzubeziehen (Programm Soziale Stadt). Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ([www.dialog-nachhaltigkeit.de](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de) vom 24.6.2003) benennt Indikatoren als Gradmesser für Nachhaltigkeit, darunter sind Ausbildungsabschlüsse der unter 25-jährigen (Nr 9.), Ganztagsbetreuungsangebote (Nr 17.) und die Zahl der ausländischen Hauptschulabgänger/innen ohne HS-Abschluß (Nr 19.) genannt. Es bedarf also offensichtlich einer Verständigung darüber, wenn wir auf der Ebene eines Stadtteils agieren.

### **Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen**

Die Ich-AG und die Soziale-Stadt-Gebiete haben eins gemeinsam: sie werden zeitlich befristet bis zur endgültigen Entlassung in die Selbständigkeit gefördert.

Ob diese Rechnung für die Stadtteile aufgeht? Ich wage es zu bezweifeln. Kosten verändern und verschieben sich. Die Landkarte der Probleme führt in den Wettbewerb, der da heißt – wer hat die meisten Probleme? Die Stigmatisierung der Gebiete muss für die Anpassung an die Förderstrukturen und die politische Durchsetzbarkeit fortge-

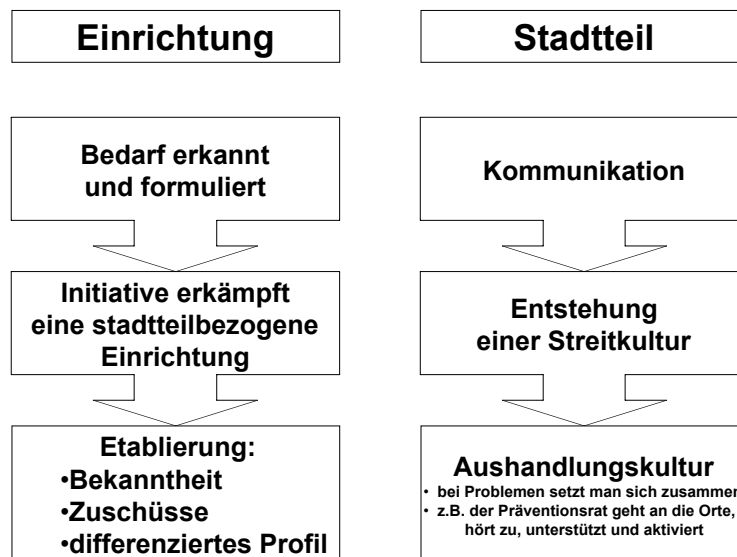
schrieben werden und welcher Bewohner lässt sich schon für einen „heruntergekommenen Stadtteil“ aktivieren – da zieht man doch lieber gleich weg – wenn es geht.

Noch eine andere Problematik spielt häufig eine ungünstige Rolle: zu kleinräumig ausgerichtete Maßnahmen, orientiert an den Sanierungsgrenzen, vernachlässigen Ressourcen, die die Quartiere quasi ein paar Meter weiter bieten können. Ein Beispiel: Ein Bolzplatz in einem Stadtteil hat keine Tore mehr – es wäre nicht viel Aufwand, welche aufzustellen aber die Stadt hat kein Geld, da alles in das benachbarte Soziale-Stadt-Programmgebiet fließt. Man wartet also bis die Fördermittel des Programms kommen – wird das zukünftige Strategie der Kommunen sein?

Schwächen und Stärken der Gebiete liegen oft dicht beieinander. Verbindungslinien, Zusammenhänge und mögliche Brücken sind nicht einbezogen. Die Gebiete sollten also groß genug sein. Kultur, alte und neue Mittelschichten können sich stabilisierend auf die Stadtgebiete und die Infrastruktur auswirken. Ein Eigeninteresse der Bewohner/innen, das mit anderen in Kontakt tritt und nicht nur die eigenen Interessen über alles stellt, ist eine wichtige Voraussetzung für die Motivation und den Aufbau selbsttragender Bürgerorganisationen (vgl. Programm Soziale Stadt). Anmerkung: Die Jugendlichen auf dem Bolzplatz sagen, hier kommt ja niemand vorbei, um sich das mal anzuschauen!

### **Lernende Stadtteile - Lernende Institutionen**

Wie kann sie denn nun die Mobilisierung der Kräfte aussehen? Das klassische Modell findet Bedarfe heraus und erkämpft eine stadtteilbezogene Einrichtung. Diese etabliert sich, macht sich einen Namen und bekommt eine Finanzierung zustande.



Auf der Stadtteilebene entstandene Kommunikations-, Kooperations-, Streit- und Bündnisstrukturen auf einer freiwilligen Basis sind informelle Stützen für weiterreichende Prozesse und haben das Potenzial für Problembewältigungsstrategien. Ein gutes Beispiel sind die Ideen, die während ei-

nes Symposiums zum Thema „Wem gehören die Strassen und öffentlichen Plätze in Linden?“ aufgetaucht sind und sich in der fortschreitenden Arbeit verschiedener Institutionen und Netzwerke im Stadtteil niederschlagen haben.

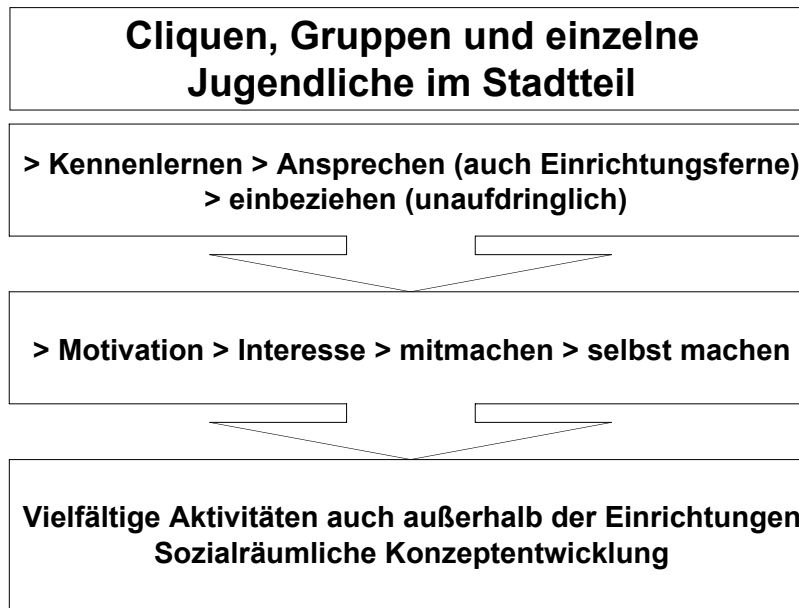
**Ideen beim Symposium**  
**„Wem gehören die Straßen und öffentlichen Plätze in Linden?**  
**- Gewalt und Drogen im Stadtteil“**  
 Veranstaltung des Lindener Institutes für Öffentlichkeits- und Gemeinwesenarbeit am 5. 11. 1997

- \*Kommunale Kriminalprävention um Sicherheitsgefühl der BürgerInnen zu erhöhen
- \*Stadtteilgestaltungsrat: Beteiligung von BürgerInnen an Stadtteilarbeit
- \*Regionalanalyse für Linden
- \*Schauen, was macht den Stadtteil lebenswert
- \*„Psychologie“ des öffentlichen Raumes beeinflussen
- \*Prävention: Bestimmte Gruppen erst gar nicht auffällig werden lassen
- \*Kinder schon im Kindergarten unterstützen
- \*In Problemsituationen Jugendliche und Erwachsene zusammenbringen
- \*Am Ort selber (z.B. auch auf dem Spielplatz) BürgerInnen beteiligen
- \*Netzwerk aus Schulen, Sozialarbeit und Polizei installieren

- \*Beteiligung der BürgerInnen
- \*BürgerInnen sollen Zivilcourage zeigen
- \*Kontakte suchen und gezielt fördern
- \*Selbstbehauptungstraining
- \*Diskussion führen über die Rolle der Medien
- \*Polizei soll gestärkt werden
- \*Wie sehen die Räume, die Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden, aus? – Mal ansehen!
- \*Jugendliche müssen von der Straße geholt werden
- \*Sich für ausgegrenzte Jugendliche interessieren
- \*Präventives Konzept zur Jugendgewalt
- \*Streitschlichtungsladen

Ein methodisches Vorgehen für die Jugendarbeit ist auch hier der Ansatz, Räume zu gestalten, Raum zu geben und nicht in erster Linie Menschen zu verändern. Diesen

Ansatz möchte ich Ihnen intensiver vorstellen.



Aus Einrichtungen herausreichende Konzepte sind stets an die Aktivitäten und Lebenswelten gekoppelt. Nach einer erlebnispädagogisch ausgerichteten Ferienfreizeit mit Stadtteiljugendlichen gab es viele Gespräche, auch zu dem Thema, wo denn biteschön in der Stadt mal so zwischendurch geklettert werden könnte. Der Kirchturm wurde inspiziert und es entwickelte sich die Idee, dort eine Klettermöglichkeit einzubauen. Durch die Stadtteilrunde wurde ein Kontakt zu einer Fachkraft für solch einen Ausbau hergestellt. Geld wurde besorgt. Alle fanden die Idee toll. Die Kirchengemeinde hat stets auf Ermöglichung gedacht und so ließen sich Hindernisse aus dem Weg räumen. Die Stadtteilarbeit hat in dieser Kirchengemeinde in der Art Einzug gehalten, dass immer wenn über neue Ideen oder Konzepte in sozialer oder kirchlichdiakonischer Arbeit gesprochen oder gestritten wurde, die Frage mitdiskutiert wurde, was hat das mit dem Stadtteil zu tun – eine Leitfrage für stadtteilorientierte Ansätze in Institutionen, die nicht genuin mit GWA zu tun haben.

Das Projekt wurde als Aneignungs- und Beteiligungsprojekt durchgeführt, sorgte für Furore und einer Menge guter Öffentlichkeit. Das Image der Kirche wurde aufgewertet.

Klettergriffe in die Natursteinwand einhauen, Routen planen aber auch den Taubenkot aus dem Kirchturm schaffen – an allem waren kleine und große Leute beteiligt. Die

Jugendgerichtshilfe schickte Jugendliche mit Gerichtsauflagen, Schulklassen bauten mit und durften dann klettern. Ehrenamtliche konnten gewonnen werden, die bei Festen und Ferienpassaktionen Verantwortung übernehmen wollten.

Schließlich wurde auch eine Außenroute gebaut – das Projekt war akzeptiert.

Schwieriger gestaltet sich die Aneignung von öffentlichem Raum – ein Teil der Straße für einen Skateplatz herzurichten.

Das Projekt stieß immer wieder auf die Interessen anderer und stand, obwohl eine Finanzierung gesichert war, auf der Kippe. Die Wende brachte der öffentliche Druck – das Projekt konnte beim Präventionsrat der Stadt vorgestellt werden und plötzlich konnten sich alle beteiligten Ämter koordinieren, was vorher schwierig war.

All das ist natürlich nicht kostenlos zu haben. Die Aktivierung örtlicher Potentiale und der Aufbau von tragfähigen Strukturen lässt sich trotz vieler Aktivierter und Ehrenamtlicher nur mit dem Einsatz von Hauptamtlichen, die sich der Kontinuität der Arbeit verpflichtet fühlen und einen langen Atem mitbringen. Dies macht die folgende tabellarische Auflistung der Aufgabenverteilung deutlich.

## Typische Verteilung von Aufgaben in Aneignungs- und Beteiligungsprojekten

	Kinder und Jugendliche	GWA – orientierte Profis und Kooperationspartner	Bündnispartner
Herumspinnen	X		
Ideen	X		
Konzept		X	
Planen	X	X	
Kontakte knüpfen	X	X	X
Finanzierung		X	X
Durchsetzen		X	X
Konflikte		X	?
Umsetzen	X	X	
Feiern und Nutzen	X	?	?
Öffentlichkeit		X	?
Folgen tragen	X	X	X

Profis halten alles zusammen und bieten den Kindern, Jugendlichen und Bewohnern/innen die Plätze und Räume im Projekt, die sie interessieren. Ehrenamtliche picken sich die Rosinen heraus und das ist auch o.k. so.

Und noch eine Bemerkung zu den Projektbeispielen: es gibt immer Folgekosten

und –arbeiten: außer Reparaturen hat man sich ja näher an die Leute heranbewegt und wird mehr von ihnen angefragt und involviert.

GWA-orientierte Profis haben also eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung von Gemeinwesenprozessen.

### Funktionen und Aufgaben von GWA - orientierten Profis

- sorgen für Kommunikation und Motivation
- sind Bindeglieder
- halten bestimmte Dinge am Laufen
- sprechen Leute gezielt an
- bringen Informationen und Anliegen in Institutionen
- schaffen neue Organisationsstrukturen
- verabschieden sich dann oder widmen sich anderen Projekten

Die Aktivitäten der Menschen sind die Ausgangspunkte und nicht Zuständigkeiten, Immobilien/Einrichtungen, der Fall oder die Säule im KJHG (Kita, OJA, ASD, HzE).

Unflexible Erziehungshilfen und borniertes Einrichtungsdenken gedeihen auf dem Boden knapper Finanzen und enger Strukturen, die sich nicht den neuen Erfordernissen, die die Fortentwicklung unserer Stadtviertel benötigt, öffnen. Im Kontraktmanagement stehen diese Themen alle als schwieriger Aushandlungsprozess an: genug Raum für mögliche verdeckte und engstirnige Trägerinteressen?

Ein weiteres Beispiel: Wie funktioniert Konfliktlösung ohne auf einseitige Reglementierungen und ordnende Staatsgewalt zurückzugreifen?

Eine schöne Spielfläche vor einer Lückekindereinrichtung lädt viele jüngere Gruppen zum Treffen ein. Eine Gruppe Jugendlicher wird aktiv, baut sich einen Unterstand/Hütte und „hängt dort ab“. Die Treffen gehen bis weit in den Abend, es werden Leute angepöbelt, der Lärm steigt. Ein Ärgernis – Aktive aus dem Stadtteil arrangieren eine Gesprächsrunde: KSD, Kindereinrichtung, Bürgerschule, Sprengelleute und Jugendhilfebetreuer/innen setzen sich mit Jugendlichen zusammen, es wird verabredet, dass die Jugendlichen eine Ansprechperson benen-

nen, sie dafür sorgen, dass nach 22.00 Uhr die Lautstärke deutlich gesenkt wird und keine Passanten/innen angepöbelt werden. In vier Wochen sehen sich dann alle wieder. Bezeichnend ist, dass sich dieser Stadtteil und seine Aktiven mit den Konflikten um das Sprengelgelände eine Aushandlungskultur zugelegt hat, die in solchen Situationen wieder aktiviert werden kann.

### **Sozialraumorientierung als Anfrage an die Professionalität und strukturelle Bedingungen**

Sozialraumorientierung als ein grundlegender Aspekt benötigt durchgreifende Veränderungen institutioneller Praxisstrukturen.

Die Institutionen überleben vielleicht nicht – Quartiersmanagement kann sich als Institution nicht halten. Vielleicht wandelt sich die Form und es lassen sich Institutionen von der Idee, stadtteilorientiert weiterzuarbeiten, infizieren. Gemeinwesenarbeit, Partizipation und Beteiligung kann sich als neue Herausforderung und Bestandteil der Arbeit niederschlagen. Ein eigenes Management dafür ist erforderlich – von einigen Aufgaben muss sich verabschiedet werden – das eine zu tun erfordert das andere zu lassen.

## **Professionalität der Fachkräfte**

- **Sozialraumorientierung als kritisches Analyseinstrument und zur Konzeptentwicklung (vgl. Deinet)**
- **Aneignungsmöglichkeiten auf gegenständlicher, räumlicher, situativer, sozialer und politischer Ebene entwickeln**
- **Modelle außerhalb von Reglementierung**
- **Zeitkapazitäten innerhalb des Stellenpools**
- **Community Organizing > viel Energie in die Selbstorganisation der Bürger (Leadership – stärken, schulen, unterstützen)**
- **Effektives (Selbst-)management und Qualitätsentwicklung**

Sicher können wir allerdings davon ausgehen, dass Nachhaltigkeit im Gemeinwesen nicht kostenlos zu haben ist.

Ich bedanke mich bei Ihnen und hoffe, Ihnen noch einige Anregungen gegeben zu haben.

Thomas Joschonek  
Bethlehemplatz 3  
30451 Hannover  
☎ /7 (0511) 210 49 55  
e-mail Thomas@Joschonek.de  
www.supervision-coaching-training.de

Zum Weiterlesen:

Deinet, Ulrich (1999): Sozialräumliche Jugendarbeit. Eine praxisbezogene Anleitung zur Konzeptentwicklung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Opladen  
Joschonek, Thomas. Kletter- und Inlineskateprojekte als Aneignungsform einer sozialräumlichen Kinder- und Jugendarbeit. Das didaktische Prinzip von Denken und Machen in der sport-, körper- und bewegungsbezogenen sozialen Arbeit. In: Pitz, Gunter A.; Böhmer, Henning (Hrsg.) 2002: Wahrnehmen - bewegen - verändern. Beiträge zur Theorie und Praxis sport-, körper- und bewegungsbezogener sozialer Arbeit. Hannover  
von Kietzell, Dieter. Gemeinwesenarbeit: eine Kern-Kompetenz im Quartiersmanagement auf [www.stadtteilarbeit.de](http://www.stadtteilarbeit.de)  
Rothschuh, Michael. Szenen des Community Organizing auf [http://rothschuh.bei.t-online.de/CO\\_0\\_Einleitung.htm](http://rothschuh.bei.t-online.de/CO_0_Einleitung.htm)

## E&C-Team der Lawaetz-Stiftung

### Feedback der Konferenzteilnehmer/innen

Die Veranstaltungsreihe der Regional-Konferenzen im Rahmen des Bundesmodellprogramms E&C war bisher als kontinuierliches Informations- und Austauschforum für Praktiker/innen und Interessierte der E&C-Standorte angelegt. Bis zum Ende der ersten Programmperiode Mitte 2003 sind – wie geplant - insgesamt fünf Konferenzen in der Region Nord-West durchgeführt worden.

Die Lawaetz-Stiftung als Veranstalterin dieser und anderer Fachkonferenzen richtet ihr Tagungskonzept passgenau auf die Bearbeitung aktueller Informations- und Diskussionsbedarfe der Teilnehmer/innen aus. Ein Bestandteil des Qualitätsmanagements ist hierbei die Erhebung der ‚Kundenzufriedenheit‘.

Zu diesem Zweck befand sich in der Mappe der Tagungsunterlagen ein Erhebungsbogen zum Teilnehmer/innenfeedback. Nachfolgend sind die Bewertungen der Konferenzbesucher/innen dokumentiert.

### TeilnehmerInnen - Feedback

	stimmt		stimmt nicht	
	++	+	-	--
1. Die <b>Fachkonferenz</b> hat meine Erwartungen erfüllt	1	17	3	0
2. Die <b>Vorträge</b> waren fundiert und informativ	2	14	4	1
3. Die <b>Inputs in den Workshops</b> waren fundiert und informativ	13	7	1	0
4. Die <b>Moderations- und Diskussionsformen</b> haben mir gut gefallen	3	14	4	0
5. Die <b>Einbeziehung</b> der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war aktiv und ausreichend	3	16	2	0
6. Ich habe <b>Impulse und Anregungen</b> für meine Arbeit erhalten	7	9	5	0
7. Der <b>äußere Rahmen und die Organisation</b> haben mir gefallen	3	16	2	0

### Folgendes fehlte mir / Folgendes könnte verbessert werden (Einzelnennungen):

- Zu Organisation: Es war zu eng, die Arbeitsgruppen hätten mehr abgestimmt werden müssen (Anzahl pro Gruppe)
- Der Austausch über die vielfältigen und sehr unterschiedlichen Strukturen von Quartiersentwicklung / unterschiedlicher Finanzierung / Laufzeiten / Beteiligungsformen etc.
- Mehr Zeit für Diskussion!!! Moderation hätte pointierter sein können
- Noch mehr Zeit für Erfahrungsaustausch
- Noch deutlicher die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen (für die Bewohner unserer Quartiere) thematisieren
- Zu 3.: Sehr viel Licht, aber auch Schatten
- Zu 7.: Der große Veranstaltungsraum könnte Farbe ab!
- Fundamentale Probleme werden nie ausdiskutiert und immer nur oberflächlich angedeutet; nie gelöst blockieren sie unsere Arbeit. Was heißt Empathie und Kommunikation in Praxis statt in der Theorie
- Best-practice-Beispiele für Veränderungsprozesse => integrativer Ansatz => Jugendhilfe / Sozialamt / Wohnungsamt / Stadtplanung etc. ... Wo gibt es so etwas? Was hat sich innerhalb der VW geändert, wenn Programme auslaufen?
- Mir war vieles zu theoretisch, hatte wenig Bezug zu meiner beruflichen Praxis, setzte viel Diskussionen und Wissen voraus



### **Was ich noch mitteilen möchte (Einzelnennungen):**

- Der Einführungsvortrag hätte damit rechnen müssen, dass die meisten Teilnehmer in der Praxis waren, zumindest darüber Bescheid wussten, insofern etwas am Thema vorbei.
- Auch vegetarisches Gericht anbieten
- Gut besucht
- Zu 4.: Herr Brocke war erfrischend, Pausen waren professionell betreut!!!
- Zu 3.: Theorie und Praxis, etwas mehr Ehrlichkeit bitte!
- Zu 7. (Bewertung „-“): Die Kritik zu 7. bezieht sich nicht aufs Ambiente, sondern eher auf die räumliche Enge
- Ich finde die In-Puts immer zu speziell. Vielfach geht es zu sehr um Detail-Aspekte des jeweiligen Projekts und Grundsatz-Fragen haben nicht mehr genug Raum

# TAGUNGSPROGRAMM

Mittwoch, 25. Juni 2003

- 9.30 Empfang und Begrüßungskaffee
- 10.00 **Begrüßung zur Fachkonferenz**  
Johann Daniel Lawaetz - Stiftung  
Grußwort: Uwe Riez  
Behörde für Soziales und Familie Hamburg; Amtsleiter Familie, Jugend und Sozialordnung
- 10.20 **Neues aus dem E&C-Programm**  
Hartmut Brocke  
Vorstand der Stiftung SPI
- 10:45 **Soziale Nachhaltigkeit im Quartier  
Handlungsansätze zur Sozialen Stadtentwicklung**  
Dr. Heike Herrmann  
Technische Universität Hamburg-Harburg (Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie)
- 11.45 Kaffeepause
- 12:00 **Aktivierung, Beteiligung und Vernetzung als Instrumente  
einer nachhaltigen Quartiersentwicklung**
- Workshop 1:**  
***Bürgeraktivierung: So werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren***  
Hermann J. Schaaf, Gemeinwesenbüro der Evangelischen Gemeinde zu Düren
- Workshop 2:**  
***Wo Quartiersentwicklung draufsteht, ist auch Beteiligung drin:  
Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit von sozialer Entwicklung***  
Joachim Barloschky, Projektgruppe Tenever – Quartiersentwicklung Bremen
- Workshop 3:**  
***Vernetzung von Jugendhilfe und Quartiersentwicklung in der Praxis***  
Krimhild Strenger, STEG Hamburg / Rüdiger Kuehn, SME-Jugendhilfezentrum Hamburg
- 12:30 Mittagspause
- 13.30 **Weiterführung der Diskussion in den Workshops 1-3  
und Zusammenführung der Ergebnisse**
- 15:00 Kaffeepause
- 15:15 **Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit  
Der Schlüssel für nachhaltige Wirkung im Stadtteil?**  
Thomas Joschonek  
Freiberuflicher Dozent in der Sozialraum-, Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, Hannover
- 15:45 **Aktive Diskussion**
- 16:15 Ende der Fachkonferenz

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der E&C-Fachkonferenz

1.	Abel, Hendrik	Projekt TOUCH des Vereins Jugendhilfe Göttingen	Untere Karspüle 37073 Göttingen	0551 / 70 79 417 0551 / 70 79 418	<a href="mailto:touch@jugendhilfe-goettingen">touch@jugendhilfe-goettingen</a>
2.	Alvarado, Cristian	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Amandastr. 60 20357 Hamburg	040 / 39 84 12-02 040 / 39 75 48	<a href="mailto:alvarado@lawaetz.de">alvarado@lawaetz.de</a>
3.	Anders, Fred	Universität Osnabrück	Seminarstrasse 20 49069 Osnabrück	0541 / 969 – 48 95 0541 / 969 – 43 33	<a href="mailto:fanders@uos.de">fanders@uos.de</a>
4.	Appel, Christine	Planungsbüro Appel	Osterloh 5 25524 Itzehoe	04821 / 95158	<a href="mailto:planungsbuero.appel@web.de">planungsbuero.appel@web.de</a>
5.	Barloschky, Joachim	Quartiersentwicklung Projektgruppe Tenever	Neuwieder Straße 44a 28325 Bremen	0421 / 42 57 69 0421 / 42 81 36	<a href="mailto:projektgruppe@bremen-tenever.de">projektgruppe@bremen-tenever.de</a>
6.	Basoglu, Semra	Büro soziale Stadt Gaarden	Mathildenstr. 23 24148 Kiel	0431 / 720 16 04 0431 / 720 16 05	<a href="mailto:SBGaarden@aol.com">SBGaarden@aol.com</a>
7.	Behn, Beate	Lawaetz-Service GmbH	Amandastraße 60 20357 Hamburg	040 / 43 25 44 26 040 / 43 25 44 65	<a href="mailto:behn@lawaetz.de">behn@lawaetz.de</a>
8.	Bernhardt, Jürgen	Stadtteilbüro Mettenhof	Bergrenning 30 24109 Kiel	0431 / 530 81 58 0431 / 530 81 59	<a href="mailto:SBMettenhof@web.de">SBMettenhof@web.de</a>
9.	Bethlehem, Klaus	LWL-Landesjugendamt	Warendorfer Str. 25 48133 Münster	0251 / 591 – 45 81 0251 / 591 – 32 45	<a href="mailto:K.bethlehem@lwl.de">K.bethlehem@lwl.de</a>
10.	Biewers, Sandra	Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Forschungsschwerpunkt Sozial-Raum- Management	Mainzer Str. 5 50678 Köln	0221 / 8275 –39 36 0221 / 8275 – 33 49	<a href="mailto:sandra.biewers@dvz.fh-koeln.de">sandra.biewers@dvz.fh-koeln.de</a>
11.	Birkenkamp, Annerose	M / JAT ASD 2 Jugendamt Mitte – St. Georg	Klosterwall 6 20095 Hamburg	040 / 428 54 – 5187 040 / 428 54 – 2580	

12.	Bode, Dagmar	Universität Osnabrück Quartiersmanagement Belm	Seminarstrasse 19 a/b 49069 Osnabrück	0541 / 969 – 48 95 0541 / 969 – 43 33	<a href="mailto:dbode@uos.de">dbode@uos.de</a>
13.	Borchers, Kay	WiN-Büro Gröpelingen	Stuhmer Str. 2 28237 Bremen	0421 / 361 93 13 0421 / 361 93 13	<a href="mailto:hh.k.borchers@gmx.de">hh.k.borchers@gmx.de</a>
14.	Brocke, Hartmut	Stiftung SPI Berlin	Müllerstr. 74 13349 Berlin	030 / 45 97 93-0 030 / 45 97 93 66	<a href="mailto:brocke@stiftung-spi.de">brocke@stiftung-spi.de</a> ; <a href="mailto:info@stiftung-spi.de">info@stiftung-spi.de</a>
15.	Bunn, Hartwig	Stadt Lüneburg	Lüner Str. 3 21335 Lüneburg	04131 / 39 11 35	
16.	Cornelius, Stephan	Nachbarschaftsbüro Wollepark	Am Wollepark 2 27749 Delmenhorst	04221 / 12 39 85 04221 / 12 39 84	<a href="mailto:quartiersmanager@hotmail.com">quartiersmanager@hotmail.com</a>
17.	Dau-Schmidt, Wulf	Soziale Stadt Elmshorn Hainholz	Schillerstr. 4 24116 Kiel	0431 / 55 63 52 0431 / 55 63 51	
18.	de Boer, Winfried	Stadt Lauenburg, Stadtjugenpflege	Amtsplatz 1 21481 Lauenburg / Elbe	04153 / 59 09-225 04153/ 59 09-299	<a href="mailto:Winfried.deBoer@Lauenburg-Elbe.de">Winfried.deBoer@Lauenburg-Elbe.de</a>
19.	Drehse, Hedwig	Stadt Essen Büro Stadtentwicklung	Rathaus / Porscheplatz 45121 Essen	0201 / 88 88 - 730 0201 / 88 88 - 702	<a href="mailto:staedtenetzwerk@stadtentwicklung.essen.de">staedtenetzwerk@stadtentwicklung.essen.de</a>
20.	Dreyer, Friedrich	Stadt Lüneburg / Stadtteilladen	21315 Lüneburg	04131 / 24 98 70 04131 / 30 95 90	<a href="mailto:Friedrich-Wilhelm.Dreyer@Stadtlueneburg.de">Friedrich-Wilhelm.Dreyer@Stadtlueneburg.de</a>
21.	Düsterloh, Rainer	Amt für Jugend und Familie	Hinrich Schmalfeldstr. 27576 Bremerhaven	0471 / 590 26 64 0471 / 590 36 22 664	<a href="mailto:Rainer.Duesterloh@magistrat.bremerhaven.de">Rainer.Duesterloh@magistrat.bremerhaven.de</a>
22.	Gäthke, Griet	MOTTE e.V. – Stadtteil- und Kulturzentrum in Ot-tensen	Eulenstr. 43 22765 Hamburg	040 / 39 92 62 – 14 040 / 39 92 62 – 11	<a href="mailto:info@dieMOTTE.de">info@dieMOTTE.de</a>
23.	Gillner, Peer	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Am Felde 2 22765 Hamburg	040 / 39 90 94-83 040 /39 25 98	<a href="mailto:gillner@lawaetz.de">gillner@lawaetz.de</a>

24.	Goritz, Ingolf	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Neumühlen 16-20 22763 Hamburg	040 / 39 84 12 – 0 040 / 39 75 48	<a href="mailto:goritz@lawaetz.de">goritz@lawaetz.de</a>
25.	Günther, Lars	Amt für Soziale Dienste, Stadt Kiel	Bergenring 36 24109 Kiel	0431 / 901 – 46 34 0431 / 901 – 646 60	<a href="mailto:Lars.Guenther@Lhstadt.Kiel.de">Lars.Guenther@Lhstadt.Kiel.de</a>
26.	Herrmann, Dr. Heike	Technische Universität Hamburg-Harburg	Woellmerstraße 1 21071 Hamburg	040 / 428 78-34 27 040 / 428 78-27 94	<a href="mailto:h.herrmann@tu-harburg.de">h.herrmann@tu-harburg.de</a>
27.	Heymann, Sonja	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung Stadtteilbüro Schnelsen-Süd	Vörn Brook 9a 22459 Hamburg	040 / 55 50 57 68 040 / 55 50 57 69	
28.	Hirschfeld, Joachim	Bezirksamt Bergedorf Jugendamt Jugendhilfeplanung	Alte Holstenstr. 46 21031Hamburg	040 / 428 91-26 00 040 / 428 91-30 50	<a href="mailto:joachim.hirschfeld@bergedorf.hamburg.de">joachim.hirschfeld@bergedorf.hamburg.de</a>
29.	Hoffmann, Clemens	MOTTE e.V. – Stadtteil- und Kulturzentrum in Ottensen	Eulenstr. 43 22765 Hamburg	040 / 39 92 62 – 41 040 / 39 92 62 – 11	<a href="mailto:vb@dieMOTTE.de">vb@dieMOTTE.de</a>
30.	Jochem, Erwin	Sanierungsbeauftragter Bezirksamt	Klosterwall 8 20095 Hamburg	040 / 428 54 – 3382 040 / 428 54 – 2909	<a href="mailto:erwin.jochem@hamburg-mitte.hamburg.de">erwin.jochem@hamburg-mitte.hamburg.de</a>
31.	Joschonek, Thomas	Freiberuflicher Dozent	Bethlehemplatz 3 30451 Hannover	0511 / 210 49 55	<a href="mailto:thomas@joschonek.de">thomas@joschonek.de</a>
32.	Klekamp, Ulrike	Jugend- und Sozialamt Stadt Celle	Helmut-Horstmann-Weg 3 29221 Celle	05141 / 125 72 05141 / 122 71	<a href="mailto:Ulrike.Klekamp@Celle.de">Ulrike.Klekamp@Celle.de</a>
33.	Knoblauch, Jürgen	Stadt Dortmund, Jugendamt Jugendhilfeplanung	Ostwall 64 44122 Dortmund	0231 / 502 25 13 0231 / 502 65 12	<a href="mailto:jknoblau@stadtdo.de">jknoblau@stadtdo.de</a>
34.	Krüger, Susanna	Institut für Informationsmanagement Bremen (IfIB)	Am Fallturm 1 28359 Bremen	0421 / 218 23 43 0421 / 218 48 94	<a href="mailto:krueger@ifib.de">krueger@ifib.de</a>
35.	Kuehn, Rüdiger	SME e.V. - Stadtteilbezogene Milieunahe Erziehungshilfen	Margarethenstraße 36a 20357 Hamburg	040 / 43 20 08 – 0 040 / 43 20 08 - 11	<a href="mailto:ruediger.kuehn@SME-jugendhilfezentrum.de">ruediger.kuehn@SME-jugendhilfezentrum.de</a>

36.	Kühn, Wolfgang	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Neumühlen 16-20 22763 Hamburg	040 / 39 84 12-27 040 / 39 75 48	<a href="mailto:kuehn@lawaetz.de">kuehn@lawaetz.de</a>
37.	Kulcke, Tobias	Veddel aktiv e.V.	Immanuelstieg 5 20539 Hamburg		
38.	Lammar, Dr. Francine	Veddel aktiv e.V.	Immanuelstieg 5 20539 Hamburg		<a href="mailto:Francine.lammar@gmx.de">Francine.lammar@gmx.de</a>
39.	Lauenburg, Peter	Mook Wat e.V. Quartiersbüro Dehnhaiide	Hamburger Str. 180 22083 Hamburg	040 / 68 00 41 040 / 20 97 50 63	<a href="mailto:QE@MOOKWAT.de">QE@MOOKWAT.de</a>
40.	Liedtke, Andreas	AG Sozial- und Jugendhilfeplanung / Stadt Siegen	Weidenauer Str. 57076 Siegen	0271 / 404 – 21 03 0271 / 404 – 27 17	
41.	Mählmann, Nils		Ludwigstr. 8 20357 Hamburg	040 / 43 27 45 02	
42.	Mentz, Michael	Arbeit und Leben Hamburg e.V.	Dannerallee 5 22119 Hamburg	040 / 65 72 67 00 040 / 65 72 67 01	
43.	Meyer, Larissa	Projektgruppe Tenever	Neuwieder Str. 44a 28325 Bremen		<a href="mailto:projektgruppe@bremen-tenever.de">projektgruppe@bremen-tenever.de</a>
44.	Meyer, Sabine	Stiftung SPI Berlin, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstraße 51 13347 Berlin	030 / 45 79 86 25 030 / 45 79 86 50	<a href="mailto:s.meyer@eundc.de">s.meyer@eundc.de</a>
45.	Morisse, Wilfried	Büro für integrative Stadtentwicklung	Gerhardstr. 70 24105 Kiel	0431 / 878 48	<a href="mailto:w.morisse@gmx.de">w.morisse@gmx.de</a>
46.	Niss, Thoralf	AWO-Qualifizierungsbüro Vicelin	Anscharstr. 23 24534 Neumünster	04321 / 70 76 10 04321 / 70 76 20	<a href="mailto:jugend-in-arbeit@awo-neumuenster.de">jugend-in-arbeit@awo-neumuenster.de</a>
47.	Paulsen, Jan	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Stadtteilbüro Schnelsen-Süd	Vörn Brook 9 A 22459 Hamburg	040 / 55 50 57 68 040 / 55 50 57 69	

48.	Polkowski, Dieter	Freie und Hansestadt Hamburg BBV	Postfach 30 05 80 20302 Hamburg	040 / ?42840 - 8476 040 / ?42840 - 8462	<a href="mailto:Dieter.Polkowski@bbv.hamburg.de">Dieter.Polkowski@bbv.hamburg.de</a>
49.	Robben, Karin	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Stadtteilbüro Schnelsen-Süd	Vörn Brook 9 A 22459 Hamburg	040 / 55 50 57 68 040 / 55 50 57 69	
50.	Roeder, Carsten	Stadt Itzehoe	Reichenstr. 23 25524 Itzehoe	04821 / 603 – 243 04821 / 603 – 379	<a href="mailto:Carsten.roeder@itzehoe.de">Carsten.roeder@itzehoe.de</a>
51.	Rohde, Volker	Quartiersmanagement Hainholz LH Hannover	Schulenburg Landstr. 58 30165 Hannover	0511 / 600 966 31 0511 / 600 966 33	<a href="mailto:Volker.Rohde@Hannover-Stadt.de">Volker.Rohde@Hannover-Stadt.de</a>
52.	Röttgers, Eberhard	Kattenturmer Stadtteilprojekt	Agnes-Heineken-Str. 74a 28 277 Bremen	0421 / 82 51 79 0421 / 82 79 41	<a href="mailto:kattenturmerstadtteilprojekt@web.de">kattenturmerstadtteilprojekt@web.de</a>
53.	Schaaf, Hermann	Landesnetzwerk GWA - Soziale Stadt c/o Evangelische Gemeinde zu Düren, Büro Ge- meinwesenarbeit	Schenkelstr. 7 52349 Düren	02421/ 188 169 02421/ 188 188	
54.	Scheuermann, Anette	Quartiersmanagement Itzehoe-Edendorf	Emil-V.-Behring-Str. 13 25524 Itzehoe	04821 / 95 74 – 690 04821 / 95 74 – 699	<a href="mailto:quartiersmanagement.edendorf@itzehoe.de">quartiersmanagement.edendorf@itzehoe.de</a>
55.	Schilde, Regine	BFS / FS 2 Behörde für Familie und Soziales	Hamburger Str. 37 22083 Hamburg	040 / 428 63 – 3856 040 / 42863 – 2346	
56.	Schlichting, Heiner	Sozialzentrum Walle – Findorff	Hans Böckler Strasse 9 28217 Bremen		
57.	Schmalriede, Karin	Johann Daniel Lawaetz-Stiftung	Amandastraße 60 20357 Hamburg	040 / 43 29 33 11 040 / 43 29 33 10	<a href="mailto:schmalriede@lawaetz.de">schmalriede@lawaetz.de</a>
58.	Schrader-Bendfeldt, Jürgen	AWO-Niedersachsen	Körtingsdorfer Weg 8 30455 Hannover	0511 / 49 96 84 0511 / 49 95 84	<a href="mailto:juergen.schrader-bendfeldt@bv-hannover.awo.de">juergen.schrader-bendfeldt@bv-hannover.awo.de</a>
59.	Schröder, Claudia	Bezirksamt Wandsbek	Robert-Schuman-Brücke 8 22041 Hamburg	040 / 428 81 22 43 040 / 427 90 51 65	<a href="mailto:claudia.schroeder@wandsbek.hamburg.de">claudia.schroeder@wandsbek.hamburg.de</a>

60.	Schröder, Frauke	Stadtteilbüro Dulsberg	Probsteier Straße 15 22049 Hamburg	040 / 652 80 16 040 / 68 00 09	<a href="mailto:stb@dulsberg.de">stb@dulsberg.de</a>
61.	Schröder, Sylvia	Stadtteilmanagement Flensburg-Neustadt	Schulgasse 10 24437 Flensburg	0461 / 85 12 30 0461 / 85 12 72	<a href="mailto:sylviaschroeder@foni.net">sylviaschroeder@foni.net</a>
62.	Schwab, Hermann	Stadt Osnabrück Dezernat 2 Sozialplanung	Natruper-Tor-Wall 2 49076 Osnabrück	0541 / 323 – 44 28 0541 / 232 – 15 44 28	<a href="mailto:Schwab@Osnabrueck.de">Schwab@Osnabrueck.de</a>
63.	Schwaner, Per	Petrischule Flensburg	Apenrader Str. 164 24939 Flensburg	0461 / 85 25 82 0461 / 85 17 27	<a href="mailto:info@petrische.flensburg.de">info@petrische.flensburg.de</a>
64.	Siebrat, Ulrike	Quartiersmanagement Lauenburg / Elbe KomPlan-Sozialplanung	Rehsprung 1 23569 Lübeck	0451 / 307 25 69 0451 / 702 01 99	
65.	Söhlke, Beatrix	AWO KV Hannover-Stadt e.V.	Holziesen 61 30179 Hannover	0511 / 373 10 24 0511 / 373 10 25	<a href="mailto:lift@awo-hannover.de">lift@awo-hannover.de</a>
66.	Storck-Treudler, Erika	AfSD Bremen, Quartiersentwicklung	Bydolekstr. 5 28759 Bremen	0421 / 65 28 60 0421 / 65 93 714	<a href="mailto:Projekt-grohn@nord-com.net">Projekt-grohn@nord-com.net</a>
67.	Stracke, Reimund	Stadt Dortmund, Jugendamt Fachbereichsleitung Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen	Ostwall 64 44122 Dortmund	0231 / 50 23 0231 / 265 12	<a href="mailto:rstracke@stadtdo.de">rstracke@stadtdo.de</a>
68.	Straßburger, Dr. Gaby	ISSAB (ESSEN)	Holzstr. 7-9 45141 Essen	0201 / 437 64 0 0201 / 437 64 26	<a href="mailto:gaby_strassburger@yahoo.de">gaby_strassburger@yahoo.de</a>
69.	Strenger, Krimhild	STEG Hamburg	Schulterblatt 26-36 20357 Hamburg	040 / 43 13 93 66 040 / 43 13 93 58	<a href="mailto:krimhild.strenger@steg.hh.de">krimhild.strenger@steg.hh.de</a>
70.	Thomas, Eva	Internationaler Bund	Feldenstr. 67 42651 Solingen	0212 / 460 06 0212 / 426 96	<a href="mailto:Eva.Thomas@internationaler-bund.de">Eva.Thomas@internationaler-bund.de</a>
71.	Wagner, Wolfgang	Beratungszentrum der AWO	Hainholzer Damm 3 25337 Elmshorn	04121 / 791 23 04121 / 791 59	<a href="mailto:bfz-hainholz@awo-sh.de">bfz-hainholz@awo-sh.de</a>



72.	Welling, Stefan	Institut für Informationsmanagement Bremen (IfIB)	Am Fallturm 1 28359 Bremen	0421 / 218 23 43 0421 / 218 48 94	<a href="mailto:welling@ifib.de">welling@ifib.de</a>
73.	Werner, Martin	Jugend- und Sozialdezernat Hamburg Mitte, Sozial- und Jugendhilfeplanung	Schopensteh 24 20095 Hamburg	040 / 428 54-25 74	<a href="mailto:Martin.Werner@Hamburg-Mitte.hamburg.de">Martin.Werner@Hamburg-Mitte.hamburg.de</a>
74.	Yildirim, Canan	Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. / Netcafé	Sollingstr. 26 37081 Göttingen	0551 / 509 68 89 0551 / 50 96	<a href="mailto:canan@netcafe-goe.d">canan@netcafe-goe.d</a>
75.	Hintzsche, Hinrich	Kindervereinigung Hamburg e.V.	Altonaer Str. 60 20357 Hamburg	040 / 439 17 86 040 / 430 06 20	
76.	Bode, Julia	Kindervereinigung Hamburg e.V.	Altonaer Str. 60 20357 Hamburg	040 / 439 17 86 040 / 430 06 20	
77.	Jörgensen, Ann-Christin	Jugendkontaktladen AWO Hannover	Holziesen 61 30179 Hannover	0511 / 373 12 15 1	
78.	Heinemann, Heike	Diakoniewerk Jerusalem e.V.	Am Knill 33 22147 Hamburg	040 / 279 00 08	
79.	Behrens, Tobias	Stattbau Hamburg GmbH	Neuer Kamp 25 20359 Hamburg	040 / 43 29 42 – 0	
80.	Roehl, Martin	Bezirksamt Altona	Platz der Republik 1 22765 Hamburg	040 / 428 11 27 92	